



(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 20.13 Uhr)

Bürgermeister Andreas Wolter: Sehr geehrte Anwesende! In Vertretung der Oberbürgermeisterin eröffne ich die 25. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode. Ich möchte die letzten Ratskolleginnen und -kollegen bitten, Platz zu nehmen, damit wir anfangen können. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauer*innentribüne.

An especially warm welcome to a former citizen of Cologne of the Jewish faith, Sam Oschowsky from the United States!

(Beifall)

He just laid stumbling blocks in front of his house, which formerly stood in Kämmergasse 4, together with Oberbürgermeisterin Henriette Reker, and also the two descendants present of Cologne citizens of the Jewish faith, Mrs. Susan Heyman, with her husband James Brennan and Marius Stahl Sommer with his wife Beatriz Ducker Rodriguez from Mexico. A warm welcome to our international guests!

(Beifall)

Zudem möchte ich den Geschäftsführer des Vereins Jüdisches Leben in Europa, Herrn Kovacs, begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße auch alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen sowie alle Mitglieder des Rates und natürlich der Verwaltung. Frau Reker kommt heute ausnahmsweise etwas später, weil sie an der Verleihung des Staatspreises des Landes Nordrhein-Westfalen an Frau Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel teilnimmt. Daher übernehme ich, bis sie hier eintrifft - vermutlich gegen 16.00 Uhr -, die Sitzungsleitung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Herr Derichsweiler, Herr Weber, Herr Michel und Herr Spiegel, und von der Verwaltung ist Frau Diemert heute nicht anwesend. Als Stimmzähler*innen benenne ich Herrn Pütz, Herrn Marx und Frau Ruffen.

Zunächst müssen wir die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und

Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Kommen wir zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegt zum einen ein von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt fristgerecht eingereichter Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema Ostgebäude Stadthaus Deutz vom 15. Mai vor; das ist TOP 1.1. Zum anderen hat die SPD-Fraktion ebenfalls am 15. Mai einen Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Großmarkt in Raderberg - Zukunft des Frischzentrums“ gestellt; das ist TOP 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine Einigung erzielt werden?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein!)

- Gut, dann lasse ich zunächst gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung beider Aktuellen Stunden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD, Herr Zimmermann und die FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Grünen, die CDU, Volt und die AfD. Sonst sehe ich niemanden. Aber das Zweite war die Mehrheit, sodass wir nur eine Aktuelle Stunde haben werden.

Die Stimmenthaltungen habe ich vergessen.

(Zuruf: Nein, müssen wir nicht!)

- Sie enthalten sich. Die FRAKTION hat sich enthalten, okay.

Aber jetzt sind wir schon bei der Frage, welches Thema wir heute diskutieren wollen. Deshalb frage ich: Wer ist für das Thema der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Volt etc.? Wer ist für diese Aktuelle Stunde? - Das sind die LINKEN, die Grünen, die CDU, die FDP, das ist Volt und die AfD. - Wer ist für das zweite Thema? - Das ist die SPD. Wer möchte sich enthalten? - Herr Zimmermann und die Fraktion DIE FRAKTION. Dann ist das heutige Thema der Vorschlag zum Thema



Staatenhaus Ostgebäude. Warum sage ich eigentlich immer „Staatenhaus“? Das ist etwas ganz anderes. Ich bin ein Tupples.

(Heiterkeit)

Zu TOP 1.1: Wer spricht für die Fraktion Die Grünen? - Herr Brust, bitte; dann dürfen Sie beginnen. - Moment, wir sind noch nicht fertig. Ich war viel zu schnell. Entschuldigen Sie, ich mache das heute hier zum ersten Mal. Helfen Sie mir ein wenig dabei.

(Beifall)

Wir haben folgende Punkte, die zugesetzt werden müssen. Zu Beginn der Tagesordnung haben wir die Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführung unter Punkt 0. Danach haben wir die nachträglich eingegangenen Anfragen 4.5 bis 4.7. Außerdem haben wir eine Anregung des Integrationsrats unter 5.4.2, eine haushaltsrechtliche Unterrichtung unter 7.1.2, Verwaltungsvorlagen unter 10.18 und 10.19, Gremienbesetzung 17.8 bis 17.12. Abgesetzt wurden die Punkte 10.1. - dies wurde vom Finanzausschuss zurückgestellt - und 12.1 auf Bitte von Dezernat 6.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Bitte schön.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das ist eine Wortmeldung zu 10.19. Dort erschließt sich uns die Dringlichkeit nicht. Dementsprechend würden wir gern die Dringlichkeit infrage stellen und darüber abstimmen lassen. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann frage ich jetzt die Verwaltung, denn das wurde jetzt zugesetzt: Ist dieser Antrag dringlich? Vielleicht kann das kurz begründet werden. - Herr Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sie wissen alle, wir haben Corona-Stellen in erheblichem Umfang aufgebaut. Jetzt ist man dabei, sie in ganz erheblichem Umfang wieder abzubauen. Wir sehen aber weiterhin die Notwendigkeit, die vor der Coronakrise wirklich nicht gut aufgestellte Infektionsabteilung anhaltend zu stärken und damit gegen möglicherweise neue Infektionslagen gewappnet zu sein. Außerdem gibt es Nachbearbeitungsbedarfe, weil wir immer noch in den verschiedenen Analysen zugange sind, mit den ein-

gegangenen und erhobenen Daten richtig umzugehen. Insofern scheint uns das angemessen und auch organisatorisch überprüft und bestätigt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Cremer bitte noch einmal.

Matthias Büschges (AfD): Fast. Herr Büschges. Sehr geehrter Bürgermeister, das war natürlich keine Begründung für die Dringlichkeit. Deshalb bitte ich noch einmal um eine schnelle Daumenprüfung mit der Satzung und der Geschäftsordnung. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das entscheidet jetzt der Rat, deshalb würde ich den Rat fragen.

(Zuruf von Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: ... Arbeitsverträge! - Ulrich Breite [FDP]: Hallo, Herr Oberbürgermeister!)

Bitte? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Ich hatte mich auch dazu gemeldet.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das habe ich nicht gesehen.

Ulrich Breite (FDP): Gut, dann werde ich versuchen, mich größer zu machen.

(Heiterkeit)

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie müssen sich auf den Stuhl stellen.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Ulrich Breite (FDP): Meine Fraktion erkennt die Dringlichkeit an. Sie haben auch die Dringlichkeit in die Vorlage geschrieben. Ohne dass es darinstehen würde, wäre es natürlich etwas schwierig. Aber sie steht darin, dadurch können wir darüber abstimmen, Herr Beigeordneter, und die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass Ende des Monats die Verträge auslaufen. Darum bringen Sie das in den Rat. Darum werden wir dem auch zustimmen.



Was wir aber kritisieren, ist, Herr Beigeordneter: Das kommt ja nicht von heute auf morgen, dass diese Anträge hier auslaufen. Darum bitte ich Sie, mit Ihrer Verwaltung zu sprechen, dass solche Vorlagen a) fristgerecht und b) frühzeitig kommen, damit wir richtig darüber beraten können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Ich kann die Kritik sehr gut verstehen. Vielleicht kommuniziert man das zumindest mit den Geschäftsführern im Vorfeld auch noch einmal, wenn so etwas ist.

Dann frage ich Sie: Wer ist gegen die heutige Behandlung des Punktes 10.19? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? - Niemand. Dann bleibt der Punkt auf der Tagesordnung.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.5 und 3.1.1 gemeinsam zu behandeln. Ist damit Einverständnis vorhanden? - Okay. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal zur Reihenfolge der Tagesordnung: Unserer Meinung nach erscheint es sinnvoll, die beiden Anregungen unter 5.4, die beide aus dem Integrationsrat kommen und ein ähnliches Themengebiet behandeln, zusammen zu beraten. Das sind die Punkte 5.4.1 und 5.4.2. Außerdem beantrage ich für unsere Fraktion, dass wir den Tagesordnungspunkt 23.4 aus dem nicht-öffentlichen Teil noch einmal zur Beratung zurück in den Liegenschaftsausschuss geben, um in der kommenden Ratssitzung darüber zu befassen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Gibt es sonst noch Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Breite und dann Herr Hock, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister Wolter! Unseren Antrag 3.1.4, den wir zusammen mit SPD und LINKE gestellt haben, ziehen wir hiermit zurück, da wir dann in weiteren Beratungen sind, die noch über die Sommerpause dauern werden, und werden einen neuen Antrag stellen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Breite. - Herr Hock, bitte.

Michael Hock (Die FRAKTION): Herr Wolter, vielen Dank. - Wir würden gern den Tagesordnungspunkt 3.1.9, das ist unser Antrag zum Gestaltungshandbuch, im StEA verhandeln; also, heute nicht hier, sondern er soll in den StEA geschoben werden.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das wäre ein Verweisungsantrag in den Stadtentwicklungsausschuss. Gibt es dagegen Widerspruch oder Stimmenthaltungen? - Dann hätten wir den Antrag auch in den StEA verwiesen und würden ihn heute nicht behandeln.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen; ich habe zumindest keine gesehen. Das ist also nicht der Fall. Damit lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir die geänderte Tagesordnung beschlossen und können in die Sitzung eintreten. Zu Beginn bestellen wir Frau Gensler zur weiteren - - Herr Busch, bitte.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Bevor wir in die Sitzung eintreten, hätte ich noch anzumelden, dass ich mich tatsächlich bei Punkt 6.1.1 als befangen melden muss, weil wir über die Friedhofssatzung abstimmen. Da werde ich dann hinausgehen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das nehmen wir zu Protokoll. Danke schön. - So, aber jetzt fangen wir an und bestellen zu Beginn Frau Gensler zur weiteren Schriftführerin. Vielleicht stehen Sie einmal kurz auf, Frau Gensler, damit wir wissen, mit wem wir es zu tun haben. Herzlich willkommen hier in dieser Runde!

(Allgemeiner Beifall)

Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Damit hätten wir Frau Gensler zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat bestellt.

Jetzt kommen wir zu

Aktuelle Stunde

Das Wort hat Herr Brust, bitte.



Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen müssen, ploppte auf, weil die Verwaltung eine Vorlage für die nächste Ratssitzung eingestellt hat. Darin geht es um die eventuelle Abmietung des Stadthauses Ost. Die älteren Ratsmitglieder unter uns erinnern sich vielleicht noch, dass wir vor 30 Jahren, als wir das Stadthaus angemietet haben, eine Kaufoption dafür beschlossen haben, und wir haben uns jetzt gewundert, wo diese Kaufoption geblieben ist. Deshalb muss man, weil das sehr aktuell und für die Stadt auch sehr teuer ist, dieser Sache einmal dringend auf den Grund gehen, und zwar, bevor die nächste Ratssitzung kommt, da wir dann ja über die eventuelle Abmietung beschließen müssen.

Die ganze Geschichte begann schon im März 1992. Damals beschlossen CDU und SPD hier im Rat gegen die Stimmen der Grünen eine Rahmenvereinbarung mit der Philipp Holzmann AG zur Errichtung einer Mehrzweckhalle, heute Kölnarena genannt, auf einem Gelände, das damals als Grünzug Deutz vorgesehen war. Drei Jahre später beschloss die gleiche Koalition im Hauptausschuss - also nicht im Rat, sondern nur im Hauptausschuss - den Verkauf des städtischen Grundstücks an den in Gründung befindlichen Immobilienfonds Köln-Deutz, Opladener Straße, GbR, vertreten durch Josef Esch, die Esch Fonds-Projekt GmbH, sowie die Oppenheim Immobilien GmbH. In derselben Sitzung - wieder nur im Hauptausschuss - wurde dann auch gleich die Anmietung des heutigen Stadthauses beschlossen. In diesem Beschluss heißt es unter Punkt d) in „Besondere Bedingungen“:

Die Nutzung des Mietobjektes durch die Stadt wird durch die notarielle Beurkundung der Mietverträge, durch Grundbucheintragung, verbunden mit einem Vorkaufsrecht, gesichert.

In der Begründung wird in der Anlage 2 weiter ausgeführt:

Ein zweiter Vorteil

- gemeint ist der Vorteil bei dieser Anmietung -

ergibt sich daraus, dass der Investor angeboten hat, der Stadt den Ankauf des Objektes nach Ablauf der Mietzeit zu 65 Prozent der auf 620,6 Millionen DM festgeschriebenen Gestehungskosten, umgerechnet 403,4 Millionen DM, durch eine einseitige, unwiderrufliche, notariell

beurkundete und grundbuchlich gesicherte Kaufofferte zu ermöglichen.

Ich kann diese Zahlen, glaube ich, hier nennen, obwohl normalerweise so etwas im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Die Zahlen standen ja alle schon in der Presse bzw. vor 30 Jahren schon in unserem Ratsinfo im Rathaus. Beides, was dem Rat damals versprochen wurde, wurde aber nie eingetragen. Es wäre für den Immobilienfonds Köln-Deutz Arena und Mantelbebauung steuer-schädlich gewesen, so heißt es heute. Einleger in diesen Fonds waren zahlreiche bekannte Familien aus dem rheinischen Geldadel. Das ging von Oppenheim bis Neven DuMont. Die Grünen wurden damals durch das Verhalten dieser Leute animiert, ihr Plakat „Wem gehört die Stadt?“ zu entwerfen. Man kann dieses Plakat heute noch in unserem Fraktionsbüro sehen und die Gesichter, die an dem ganzen Geschäft verdient haben, bewundern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Mietvertrag wurde aber erst im September 1997 im Grundbuch eingetragen. Verantwortlich für die ganze Geschichte und auch für die Eintragung war der damalige Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier von der SPD. Ein Jahr später, nach der Eintragung ins Grundbuch, wechselte er innerhalb von zwei Tagen aus seinem Amt des Oberstadtdirektors in die Geschäftsführung des Oppenheim-Esch-Fonds. Aber bereits 1997, bei der Eintragung ins Grundbuch, waren ihm anscheinend die Steuerangelegenheiten der Fondsanleger wichtiger als die Interessen der Stadt, und so unterblieb die Eintragung ins Grundbuch. Die Grünen schrieben damals, 1992 schon, in ihrer Ratszeitung:

(Beifall und vereinzelt Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

„Ruschmeiers Superding zu risikoreich“. Wir wussten zwar damals um die Bedingungen des Vertrags, wir wussten allerdings nicht, wie risiko- und verlustreich dieses Geschäft werden würde. Wir kritisierten damals vor allem die viel zu billige Übergabe des Grundstücks an den Esch-Fonds bzw. an Holzmann. Wir haben damals ausgerechnet, dass beim Kaufpreis etwa 30 Millionen DM zu wenig verlangt wurden. Vor allem aber haben wir immer die Mietbedingungen kritisiert. Der Mietpreis selbst schien einigermaßen akzeptabel, aber nicht die anderen Konditionen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Was war mit den Hallen?)



- Bitte? Ich bin jetzt bei einem anderen Thema.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Mietvertrag sieht vor, dass der Investor nur für die Instandhaltung von Dach und Fach, also für das Dach und die Fassaden zuständig ist. Für alles andere - Aufzüge, Heizung, Klima, Lüftung - sollte die Instandhaltung bei der Stadt verbleiben. Wir mussten damals riesige Flächen zum vollen Quadratmeterpreis anmieten - die Magistrale zum Beispiel, die man kaum nutzen kann -, außerdem 1 450 Parkplätze. Die Verluste, die damals dadurch entstanden sind, sind allerdings Peanuts im Vergleich zu dem, was jetzt droht. Wir hätten 2029 die Möglichkeit gehabt, dieses Areal für gut 200 Millionen zu kaufen, wenn es im Grundbuch eingetragen worden wäre. Mittlerweile ist das Ganze aber mehrmals verkauft worden, zuletzt für 500 Millionen. Man kann also sehen, welche Diskrepanz es dort gibt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Können Sie langsam zum Schluss kommen?

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, noch einen Satz. - Rätselhaft ist, warum der Rat dann am 29.01.1998, also, nachdem der Verwaltung bereits bekannt war, dass es keine Eintragung im Grundbuch gab, eine Ansparkonzeption mit dem Titel „Mantelbebauung der Kölnarena“ beschloss. Es sollte ein Fonds gebildet werden, um das Ganze später zurückkaufen zu können. Dieser Fonds ist auch gebildet worden und besteht bis heute.

Ich denke, wir sollten die Aktuelle Stunde mit dem Auftrag an die Verwaltung beenden, das Ganze noch einmal zu bearbeiten und zumindest folgende drei Fragen zu klären:

Erstens muss ermittelt werden, warum der Eintrag ins Grundbuch damals unterblieb und welcher finanzielle Schaden für die Stadt daraus und durch die Geschäfte insgesamt, einschließlich des damaligen Kaufvertrags entstanden sind.

Zweitens müsste geprüft werden, ob noch ein Rechtsanspruch auf Regress bei den damals Handelnden der Stadt bzw. weiteren Dritten geltend gemacht werden kann.

Drittens müssen wir natürlich aus diesen Vorgängen lernen. Man muss überlegen, ob man dem-

nächst nicht Mitteilungen machen muss, ob tatsächlich Ratsaufträge erfüllt sind, zum Beispiel Grundbucheintragungen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): In diesem Sinne, denke ich, sollten wir nachher die Aktuelle Stunde beenden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke schön. - Noch einmal kurz der Hinweis: Die Redezeit beträgt 5 Minuten. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister*in! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Zuschauertribüne -

(Heiterkeit bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie lernen das Gendern so langsam. Danke schön.

(Ralph Sterck [FDP]: So ist es! - Matthias Büschges [AfD]: Genau!)

Bernd Petelkau (CDU): - und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen jetzt in die Genese - dazu hat der Kollege Brust gerade schon reichhaltig ausgeführt - des gesamten Projekts, glaube ich, nicht noch tiefer einzusteigen. Insoweit glaube ich nicht, dass wir die Zeit jetzt komplett ausschöpfen müssen. Wir müssen feststellen - deshalb ist es sinnvoll, heute auch eine Aktuelle Stunde durchzuführen -, dass dieser Vorgang in Gänze in der Verwaltung auch im Nachgang nicht adäquat behandelt wurde. Denn der Vorgang an sich - dazu gibt es auch einschlägige Dokumentationen, Fernsehverfilmungen über den Polier und andere Dinge -, was damals tatsächlich passiert ist, das wollen wir heute überhaupt nicht aufarbeiten.

Aber die Frage, die sich stellt - das sind die entscheidenden Punkte, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen -, ist: Warum ist erstens im Nachgang ein Ratsbeschluss nicht umgesetzt worden? Das ist etwas, das wir in der Vergangenheit und auch in der aktuellen Zeit immer



wieder mal erlebt haben. Hier müssen wir uns wirklich die Frage stellen: Ist das Beschlusscontrolling in dieser Form aufseiten der Verwaltung angemessen, dass wir am Ende auch sicherstellen, dass nicht nur hier im Rat, sondern auch in den Bezirken dort getroffene Beschlüsse angemessen umgesetzt werden? Das ist die erste Frage oder Denksportaufgabe, die wir in die Verwaltung geben müssen, dass hier etwas passiert.

Das Zweite - dazu werden wir in den nächsten Tagen Akteneinsicht nehmen - ist die Frage: Warum fehlen offensichtlich bestimmte Teile in der Nachbehandlung? Denn nach uns vorliegenden Informationen ist dieses Thema bereits durch einen externen Wirtschaftsprüfer einmal untersucht worden. Diese Daten bzw. Unterlagen erwarten wir bei einer Akteneinsicht, damit wir hier noch einmal tiefer einsteigen können. Weshalb? - Für uns ist es notwendig, dies lückenlos aufzuklären und in der Nachbetrachtung nochmals die Gründe herauszustellen, - erstens -, warum der Rat oder Teile des Rates in den Ausschüssen nicht informiert worden ist, aber um - zweitens - auch noch einmal klarzustellen: Warum wurde das Ganze nicht vollzogen? Denn in der Tat ist es für uns eine finanzielle Belastung; denn würde uns das Grundstück zu einem festgelegten Preis zufallen, hätten wir natürlich einen finanziellen Vorteil, den wir jetzt realisieren könnten, und damit ist uns eine Handlungsoption für die Zukunft unnötigerweise weggebrochen.

Der dritte Punkt - das hat der Kollege eben schon in Angriff genommen - ist die Frage der Haftung: Wer haftet dafür, dass so etwas passiert ist? War das allgemeines Organisationsversagen? War es zwingend erforderlich? Sind es andere Verhandlungssituationen gewesen? Das muss klar herausgearbeitet werden, und das ist das, was wir im Nachgang erwarten: dass uns die Verwaltung das in den Fachausschüssen entsprechend noch einmal genau darlegt. Ich melde für meine Fraktion hier auch noch einmal Akteneinsicht an, denn wir wollen uns im Detail auch nochmals anschauen, was damals genau passiert ist. Und ich glaube, dass das wichtig ist.

Der letzte Punkt noch einmal in der Wiederholung: Ich denke, wir müssen uns alle Gedanken machen - das ist auch die Aufgabe für die Verwaltung, nicht nur für den Rat und seine Ausschüsse, sondern auch für die Bezirksvertretung -, dass wir hier ein adäquates Beschlussmonitoring haben, dass unsere Beschlüsse, das, was hier vom Souverän gefordert wird, am Ende auch umgesetzt werden. - In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Das Wort hat jetzt Herr Detjen. Bitte schön.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Laufen schon 11 Minuten? Nein, noch nicht. Ich habe noch 9.

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie haben Zeit.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Genau. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Anwesende! Erst einmal eine frohe Botschaft: Die festverzinslichen Rücklagen zur Nutzung des Vorkaufsrechts aus dem Jahr 1998/1999 von 69 Millionen DM sind von der Kämmerei gut angelegt worden, und sie haben heute einen Wert von 87,5 Millionen Euro. Die damaligen Ausführungen der Verwaltung - ich zitiere -:

Bei einem aus heutiger Sicht

- 1995 -

durchaus realistischen Zinssatz von 7 Prozent per anno reicht eine einmalige Rücklagezuführung von 53 Millionen DM aus, um den Rückkaufpreis vollständig finanziell abzusichern.

Das war natürlich ein leeres Versprechen. 2019 wurde das Technische Rathaus für circa 500 Millionen Euro an die Gothaer Gruppe verkauft. 2028 wäre der Wert deutlich höher, das heißt, wir hätten mit der Rücklage, die wir jetzt haben, etwa 10 bis 20 Prozent für einen weiteren Kauf, Rückkauf - oder was auch immer - für ein Stadthaus.

Vielleicht sollte man noch einmal darauf hinweisen - das ist bisher noch nicht getan worden -: Bereits im Jahr 2014 hat der damalige Ratskollege Martin Börschel die Einlösung des Vorkaufsrechts für das Technische Rathaus vorgeschlagen, aber die Kämmerei sowie das Amt des Oberbürgermeisters haben dies dementiert. Es gäbe kein Vorkaufsrecht. Es ist also kein neues Thema, sondern ein altes. Das nicht existierende Vorkaufsrecht war unseres Erachtens von Anfang an ein gezieltes Blendmanöver des damaligen Stadtdirektors Ruschmeier, um die Profitmöglichkeiten seines späteren Arbeitgebers, des Esch-Oppenheim-Fonds, auf lange Sicht auszuweiten.



Noch spannender ist meines Erachtens aber die Frage - wenn man jetzt schon an solche alten Sachen rührt -, welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Das, finde ich, ist die eigentliche spannende Frage. Lassen Sie mich dazu einige Punkte ausführen.

Erstens: Die Stadt verkaufte dem Immobilienfonds Esch-Oppenheim für die Errichtung des Stadthauses das Grundstück für 37 Millionen DM. Man muss immer aufpassen mit DM und Euro. Das Grundstück hatte laut Liegenschaftsverwaltung damals einen Wert von 83 Millionen DM. Es wurde also unter Wert verkauft - und das noch nicht einmal mit einem Erbpachtvertrag. Haben wir etwas daraus gelernt? - Meines Erachtens nein, denn noch vor wenigen Jahren haben wir ein städtisches Grundstück an einen Kita-Investor verkauft.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört!)

Zweitens: Wie schon bei der Köln-Messe waren die Baukosten des Stadthauses viel niedriger angegeben, das heißt, der Mietpreis war völlig überzogen. Haben wir etwas daraus gelernt? - Nein, dieses Thema hat noch keine Verwaltung angepackt. Wir werden regelrecht von Investoren über den Tisch gezogen.

Drittens: Auch heute wollen wir wieder ein neues Stadthaus anmieten und nicht selbst planen und bauen. Wir werden wieder eine Diskrepanz zwischen dem Wert des Objekts und den Kosten für die notwendige Sanierung, Bereitstellung haben.

2018 hatte der damalige Stadtdirektor Kahlen einen Neubau in die Diskussion gebracht. Danach passierte gar nichts. Warum nutzen wir für den Neubau nicht ein Grundstück, das so gelegen ist, dass wir die Gebäude für städtische Dienststellen bei Bedarf peu à peu erweitern oder sogar reduzieren können? Die Uni Köln, aber auch die Universitätskliniken zeigen doch, wie man das machen kann.

Viertens: Schreibt die Stadt bei der Anmietung von Verwaltungsgebäuden über ein Investorenmodell generell ein Vorkaufsrecht in die Verträge? Frage ich.

Fünftens zeigt der Fall des Stadthauses, auch bei der Überlassung von gewerblichen Grundstücken Erbbaurecht anzustreben wäre gut, weil es ein formaler Weg wäre, wie städtische Einflussmöglichkeiten genommen werden können, also nicht nur Erbbaurecht bei Wohnungsbau, sondern auch bei gewerblichen Grundstücken.

Ich möchte mit einem interessanten Zitat enden. Vielleicht hören Sie genau zu. Das hat eine innere Ironie. In der Haushaltsrede am 23.11.1995 erklärte der damalige Stadtdirektor Ruschmeier - ich zitiere -:

Der Gesamtkomplex ist in seiner Komplexität, seiner Aufgabenstellung, seiner Dimension sowohl in baulicher als auch in finanzieller Hinsicht und schließlich in seiner privatwirtschaftlichen Finanzierung und Realisierung absolut einmalig in Europa.

Bitter, aber wahr. Lassen Sie uns gemeinsam aus diesen Vorgängen Konsequenzen ziehen und nicht nur einmal in die Bücher schauen. - Danke schön.

(Beifall bei DIE LINKE und Die FRAKTION)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Detjen. - Als Nächster hat Herr Breite das Wort. Bitte schön.

Ulrich Breite (FDP): Verehrter Herr Bürgermeister Wolter! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Amtseinführung des Rates hat uns die Oberbürgermeisterin verpflichtet, unsere Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. Doch wie können wir unsere Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen, wenn wir von der Verwaltung belogen und betrogen werden, wie das 1995 und in den folgenden Jahren der Fall war? Bei dem vorliegenden Fall der Anmietung der Mantelbebauung der Kölnerarena als Technisches Rathaus geht es nicht nur um eine geschichtliche Aufklärung, sondern vielmehr um Konsequenzen für heute und morgen. Wir brauchen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine gewisse Rückversicherung, dass auch tatsächlich das umgesetzt wird, was die Verwaltung uns vorlegt und vom Rat beschließen lässt. Diese Rückversicherung könnte ein Teil einer Verwaltungsreform sein. Ich kann das aber leider nicht erkennen, meine Damen und Herren.

Die derzeitige Aufklärung über den Mietvertrag zum Stadthaus Deutz und seine Konditionen erinnert mich an die Geschichte von Hase und Igel. Bekanntlich gewinnt der Igel. Die Verwaltung erinnert mich leider eher an den Hasen. Also müssen wir, der Rat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Igel sein. Apropos Hase: Meine Fraktion



beantragt Akteneinsicht zu dem Vorgang Mietvertrag zum Stadthaus Deutz, und eine bedeutsame Unterlage, nämlich die Sonderuntersuchung zur Mantelbebauung Kölnarena, Stadthaus Deutz durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft fehlt. Das hat Kollege Petelkau auch schon angesprochen, und ich bin dankbar, dass Sie darum Akteneinsicht anfordern.

Meine Fraktion musste darum auch nochmals Akteneinsicht beantragen. Gute Aktenführung, gerade bei einem Millionenmietvertrag, sieht anders aus. Ja, kennt die Verwaltung diese Beauftragung der Sonderuntersuchung nicht? - Kann eigentlich nicht sein, da die Verwaltung 1998 sie selbst beauftragt hat. Warum ist diese Sonderuntersuchung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, so interessant? Da es sich um eine renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft handelt, denke ich, dass sie uns sicher nicht vorsätzlich belogen hat. Wir können dank Klaus Heugel, ehemals SPD-Fraktionsvorsitzender und dann Kölner Oberstadtdirektor, offen darüber reden, da die Mitteilung dazu im öffentlichen Teil damals im Hauptausschuss war. War es eine Arroganz der Macht oder Nachlässigkeit?

Der Hauptausschuss fand am 21.09.1998 unter TOP 1.1, Mantelbebauung Kölnarena Köln-Deutz, hier: Presseberichterstattung. Ich darf zitieren:

Es wurde der Verwaltung vorgeworfen, sie habe schlecht verhandelt. Entscheidungsrelevante Punkte seien nicht in Abstimmung und Einklang mit den beschlossenen Gremien der Stadt beschlossen worden. Dies betrifft insbesondere im Einzelnen die mietvertraglichen Regelungen.

Und weiter:

Die Verwaltung wird eine externe Überprüfung der Wirtschaftlichkeit durch einen Wirtschaftsprüfer in Auftrag geben.

Und jetzt kommt der Hammer, meine Damen und Herren: Auch wenn ich den Bericht der Wirtschaftsprüfer, wie auch Herr Petelkau, noch nicht kenne, so kenne ich und hoffentlich auch die Verwaltung - ich sage nur: Hase - die Mitteilung jenes Oberstadtdirektors Heugel, SPD, vom 18. Januar 1989 unter TOP 20.21 zum Bericht der Prüfer, das vertragliche Ankaufsrecht sei geprüft und für gut befunden worden.

Jetzt stellt sich mir die Frage: Wie kann eine seriöse Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Ankaufsrecht prüfen und bewerten, das es nach heutiger Beantwortung unserer Frage gar nicht gibt?

(Beifall von Katja Hoyer und Ralph Sterck [FDP])

Welche Unterlagen stellte die Verwaltung denn da zur Prüfung? Die richtigen Verträge oder gefakte Unterlagen? Denn die richtigen Verträge, das haben wir nun schriftlich mit der Beantwortung, kennen kein Ankaufsrecht, auch wenn der Rat unter anderem gerade unter diesen Bedingungen 1995 das Anmietungsmodell beschlossen hat. Dennoch soll nach Aussage der Verwaltung die Prüfungsgesellschaft genau dieses Ankaufsrecht konkret geprüft und bewertet haben.

Ich denke, hier gibt es noch viel Aufklärung zu betreiben, meine Damen und Herren. Erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung: Wir Freien Demokraten lieben gute Deals mit der Wirtschaft. Wir hassen schlechte Deals,

(Beifall von Katja Hoyer und Ralph Sterck [FDP])

und schon gar nicht ist diese Stadt dazu da, wie eine Weihnachtsgans ausgenommen zu werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Darum brauchen wir auch Aufklärung der Sachverhalte; das wurde hier schon gesagt. Denn ich sehe die derzeitigen Bemühungen der Verwaltung in der Sache irgendwie so, dass diese unter einer gewissen verwaltungsinternen Amnesie leidet, meine Damen und Herren. Darum müssen wir das hier in Angriff nehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Ich schaue einmal. - Von Volt liegen uns keine Redeanmeldungen vor. Dann hätte jetzt Herr Pütz das Wort.

(Protestrufe von Zuschauerinnen auf der Besuchertribüne)

- Bitte unterlassen Sie den Protest von der Tribüne und verlassen Sie jetzt die Tribüne! - Herr Pütz, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Perspektive um das Stadthaus in Deutz, um den



Hauptsitz unserer Stadtverwaltung, besorgt uns als SPD-Fraktion gleichermaßen wie die antragstellenden Fraktionen. Die Berichte in den Kölner Tageszeitungen über den Zustand des Gebäudes, über fehlende Eintragungen in das Grundbuch, über die nicht umgesetzten politischen Beschlüsse und eine daraus resultierende prekäre Perspektive besorgen uns. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, interpretieren Sie unsere Aktuelle Stunde zur fast aussichtslosen Lage des Kölner Großmarktes bitte nicht absichtlich falsch als Desinteresse für das Stadthaus und schon gar nicht als Versuch, Fehler aus der Vergangenheit zu ignorieren oder gar totzuschweigen. Im Gegenteil, wir sagen ganz klar: Die offenkundigen fehlenden Eintragungen im Grundbuch, die der Stadt ein Vorkaufsrecht einräumen sollten, und die Nichtumsetzung unserer politischen Beschlüsse müssen aufgeklärt werden. Darin schließen wir uns Ihnen und Ihren Äußerungen an.

(Beifall bei der SPD)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, spielen Sie bitte nicht die Interessen der Menschen am und um den Großmarkt und die Mietangelegenheiten der Verwaltung hier in einem billigen politischen Schachspiel, welche Aktuelle Stunde denn nun wichtiger sei, gegeneinander aus. Stattdessen ergeben sich doch wirklich tagesaktuell zahlreiche neue Fragen. Wir haben viele Fragen heute schon formuliert, aber warum fällt uns heute erst auf, dass kein Vorkaufsrecht zugunsten der Stadt Köln verankert wurde? Und das, obwohl die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE bereits 2016 in einer schriftlichen Anfrage danach fragten, die aber leider mit einer sehr dünnen Antwort abgespeist worden ist, oder Stadtdirektor Stefan Keller, der bereits 2018 im Verwaltungsausschuss, im AVR, das Thema ausführlich in einem Bericht angesprochen hat. Verfolgt wurde dies aber leider nicht weiter.

Darüber hinaus müssen wir uns doch alle fragen, wie die grundsätzliche Bedarfslage der Verwaltung für Büroflächen in dieser Stadt aussieht. In der Pressemeldung zur Anmietung der ehemaligen Kaufhofzentrale in der Leonhard-Tietz-Straße vom August 2020 - also noch gar nicht so lange her - ist die Rede von „dringend benötigten Büroflächen für städtische Dienststellen“. Auch darüber hinaus sollten gerade wir als Ratsmitglieder uns der schwierigen Situation mangelnder Büroflächen durchaus bewusst sein und dies auch schon länger im Blick haben.

Meine Damen und Herren, Sie erkennen, dass wir leider nicht von einer frühzeitigen Thematisierung

der zukünftigen Gestaltung zur Anmietung sprechen können, so wie Sie es in der Begründung Ihrer Aktuellen Stunde dargestellt haben. Vielmehr müssen wir festhalten, dass die Problematik um das Stadthaus in Deutz in der Verwaltung bereits seit Jahren bekannt sein muss, es allerdings wenig Bemühungen zur Lösung gab.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt dürfen wir also bitte nicht so tun, als ob uns das fehlende Vorkaufsrecht plötzlich vor eine unlösbare Aufgabe stellt. Bei aller Notwendigkeit möchte ich auch noch einmal betonen: Wir brauchen Aufklärung an dieser Stelle. Bei aller Notwendigkeit der Vergangenheitsbewältigung müssen wir jetzt den Blick nach vorn richten. Immerhin geht es um die Arbeitsplätze Tausender städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag engagiert unsere Stadt am Laufen halten. Unsere Verwaltungsmitarbeitenden haben ein Recht darauf, an zeitgemäßen, ergonomisch gestalteten Arbeitsplätzen in adäquater Umgebung ihre anspruchsvolle Arbeit ausüben zu können. Unsere Verwaltungsmitarbeiter brauchen daher jetzt eine klare Perspektive, wie es weitergeht, und zwar ohne jahrzehntelanges Interim, ohne überquellende Büros und ohne einen Flickenteppich von Räumlichkeiten, der über die ganze Stadt verteilt ist.

(Beifall bei der SPD)

Diese Fragen und diese Punkte, meine Damen und Herren, muss die Verwaltung von heute beantworten und entsprechende Maßnahmen dringend in Angriff nehmen. Folglich sind aus unserer Sicht noch viele Punkte ungeklärt, und wir erwarten, dass wir diese zeitnah in den Ausschüssen miteinander diskutieren und miteinander eine Lösung finden, denn die fachliche Diskussion gehört dorthin - in die Ausschüsse. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Pütz. - Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich schaue in Richtung AfD. - Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Harry Blum, der erste christdemokratische Oberbürgermeister dieser Stadt nach über 40 Jahren sozialdemokratischer Regentschaft und Miss- und Vetterwirtschaft in Köln

(Zuruf von der SPD: Mit der CDU!)



würde sich über diese Aktuelle Stunde freuen. Warum? - Nun, weil Sie, liebe Antragsteller, in Ihrem Antrag genau das formulieren und bestätigen, was Harry Blum schon vor über 23 Jahren gesagt hat - er war übrigens vom Fach, er war selbst Immobilienunternehmer -: Er hat sich über den Mietvertrag des Stadthauses folgendermaßen geäußert - oder so wird er zumindest zitiert -:

Ich habe noch nie einen so vermieterefreundlichen Vertrag gesehen wie diesen.

Die Aufarbeitung des Sachverhalts hat gerade begonnen, und diese Aktuelle Stunde kommt, ehrlich gesagt, ein wenig zu früh. Wir als AfD-Fraktion begrüßen aber ausdrücklich, dass sich die FDP und, wie wir heute hören, auch die CDU, daranmachen, Akteneinsicht zu nehmen, und wir wünschen Ihnen ganz aufrichtig gutes Gelingen beim Aufarbeiten der Hinterlassenschaften von über 40 Jahren sozialdemokratischer Vettern- und Misswirtschaft in dieser Stadt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist mein Wunsch für die Zukunft. Vielleicht tut dieser Sachverhalt - es ist ja ein erneutes Desaster, das sich hier auftut - etwas in die Richtung, dass er bei uns allen den Sinn dafür schärft, wie stark in dieser Stadt Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Wir wollen klimaneutral werden, aber wir scheitern an der Aufstellung öffentlicher Toiletten. Wir wollen die Zentralbibliothek sanieren, obwohl wir gerade erst mit der Sanierung der Bühnen hoffnungslos gescheitert sind. Wir wollen eine neue historische Mitte schultern, laborieren aber seit über 20 Jahren an der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums herum; und wir führen seit Jahren eine Verwaltungsreform durch, und die Schlangen vor den Bürgerämtern werden immer länger. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Ich weiß nicht, wer den Artikel jüngst gesehen hat. Die *taz* hat über Köln geschrieben - die *taz*, wohl gemerkt - und spricht im Zusammenhang mit Köln von einer „dysfunktionalen Stadt“. Das, meine Damen und Herren, sollte uns zu denken geben. Wir als AfD-Fraktion fordern daher: Für alle politischen Projekte in dieser Stadt muss gelten: erst die Pflicht, dann die Kür. Das Gebot der Stunde lautet: Konzentration auf die Kernaufgaben. Dieser erneute Skandal mahnt uns dazu, meine Damen und Herren vom Reker-Bündnis: Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht! Handeln Sie entsprechend. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte allerdings die Verwaltung, weil sie so oft angesprochen worden ist, bitten, das Ganze vielleicht an dieser Stelle jetzt im Rat abzuschließen. Wir werden das zur weiteren Bearbeitung, davon gehe ich aus, an die Verwaltung verweisen. Aber ich bitte Herrn Greitemann um die Einschätzung der Verwaltung. Bitte schön.

Beigeordneter Markus Greitemann: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Die meisten Dinge sind gesagt worden. Der Auftrag ist verstanden. Vielleicht nur zur Erhellung: Die Aktuelle Stunde war ja insbesondere auf die Abmietung des Ostgebäudes bezogen. Dazu möchte ich gern ein Statement abgeben, um dies abzurunden, auch in dem Sinne, dass Sie wissen, dass die Verwaltung daran arbeitet, was hier eingefordert wird, in die Zukunft gerichtet.

Der Vertrag zur Anmietung des Stadthauses ist vor allem mit aufwendigen Instandsetzungspflichten zulasten der Stadt Köln verbunden. Faktisch übernimmt die Stadt Köln als Mieter die Betreiberverantwortung, dennoch sind Marktmieten vereinbart. Das deckt sich mit dem, was Sie bisher gesagt haben. Im Rahmen der Verhandlungen liegt ein drittes Verlängerungsangebot des aktuellen Eigentümers vor, das für die Stadt Köln zu dauerhaft hohen finanziellen Verpflichtungen führen würde, sodass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, das heißt, die Verwaltung der Stadt Köln unter meiner Führung, auf der Suche nach alternativen Standorten für die zurzeit im Ostgebäude untergebrachten städtischen Ämter ist. Das ist der Grund für unsere Vorlage im Ostgebäude.

Zu den anderen Themen, zu dem, was Sie bezüglich der Vergangenheit eingelassen haben, kann ich nur Folgendes sagen: Die Oberbürgermeisterin hat das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, den Vorgang zu prüfen, um eine umfassende Klärung und eine unabhängige Bewertung des Sachverhalts sicherzustellen. Persönlich von mir angemerkt: Das ist auch sehr in meinem Interesse, da es schließlich um Bau geht und ich der Baudezernent bin. Fragen zum Vorgehen der Prüfung würden wir gern beantworten, wenn Herr Jülich in Arbeit ist und wir dann auch die Dinge aufgearbeitet haben. - Danke schön.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Greitemann. - Dann würden wir, das hat Herr Brust eben schon angesprochen, diese Aktuelle



Stunde zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen und kommen jetzt zu den Anträgen. Wir werden die Punkte 3.1.1 und 3.1.5 gemeinsam behandeln.

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Bewerbung der Stadt Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis vorbereiten - Jugendschutz mit Maßnahmen sicherstellen"
AN/0800/2023

3.1.5 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Cannabis Cologne"
AN/0775/2023

Ich habe Anmeldungen für folgende Redebeiträge. Es beginnt Herr Dr. Unna, dann folgt Frau Recktenwald, Herr Detjen, Frau Hoyer, Herr Jeschka, Herr Hock, dann Herr Petelkau und Herr Büschges.

Herr Unna, bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Medizin gibt es den Grundsatz, zunächst die Diagnose zu stellen und dann zur Therapie zu kommen. Das empfehle ich uns auch, wenn wir heute über das Thema THC respektive Cannabis sprechen. Es ist ein ernstes Thema. Es ist eine wirksame pharmakologische Droge, das steht außer Zweifel. Medizinischer Cannabis ist inzwischen klarer Bestandteil der Palliativmedizin, und wir müssen feststellen: Cannabis ist in dieser Gesellschaft angekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eine Droge. Ja, es ist, glaube ich, wirklich wichtig, festzustellen, dass wir nicht dabei sind, in Deutschland eine neue Droge einführen zu wollen, legalisieren zu wollen oder Ähnliches, sondern gute Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Und die Wirklichkeit ist eben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Cannabis in dieser Gesellschaft angekommen ist. Wir haben bei den 15- bis 17-Jährigen 9 Prozent, bei den 18- bis 24-Jährigen 22 Prozent User. Wir haben 4,5 Millionen User pro Jahr in der Bundesrepublik

Deutschland, und damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Welche Art von Stoff wird da konsumiert? Wir wissen es nicht, weil wir nicht hinsehen, weil wir keine Kontrolle haben. Wir wissen, dass es einen florierenden Schwarzmarkt gibt mit allen Begleitscheinungen, die das hat. Wir wissen, dass es toxische Inhaltsstoffe gibt, die beigemischt werden. Wir wissen, was das mit den Heranwachsenden und den jungen Erwachsenen macht. In erster Linie, zu etwa drei Viertel, sind Männer betroffen, Stichwort: Schizophrenie und Ähnliches. Wir wissen, dass die Zahlen stark steigen. Der *Kölner Stadtanzeiger* und andere haben darüber berichtet. Im Zehnjahreszeitraum von 2011 bis 2021 haben sich im Regierungsbezirk Köln die Zahlen von 630 nach etwa 1 000 entwickelt und von 2011 bis 2021 in der Stadt Köln von 174 nach 313. In diesem Fall sind manifeste Diagnosen gemeint, das heißt, Hauptursache Verhaltensstörungen durch Cannabisgebrauch, Menschen, die stationär aufgenommen wurden.

Vor diesem Hintergrund empfehle ich, die bisherige Verbotspolitik, die maßgeblich die alten Bundesregierungen und auch die CSU-Gesundheitsminister zu verantworten hatten, einer kritischen Prüfung zu unterziehen, und muss aus meiner bzw. unserer Sicht als Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln feststellen: Diese Verbotspolitik ist aufgrund der Datenlage, die wir haben, krachend gescheitert - krachend gescheitert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Abstrichpunkt für das, was wir heute vorhaben: die Betrachtung der Wirklichkeit. Ob uns das passt oder nicht passt, ob mir das passt oder nicht passt, sei einmal dahingestellt. Aber wir müssen sie zur Kenntnis nehmen. Und es ist einfach der falsche Ansatz, wenn man sagt: Das, was wir in den letzten Jahrzehnten falsch gemacht haben, möchten wir bitte auch in Zukunft falsch machen dürfen. Das ist doch keine vernünftige Politik!

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Aspekt ist die Kriminalisierung der User. Wir haben in Deutschland etwa 33 t000 Handelsdelikte pro Jahr, das heißt, Menschen, die kriminalisiert werden. Ich gehöre einer Berufsgruppe an, deren Approbation im Fall eines einschlägigen Delikts - da ich ein pharmakologisches Staatsexamen habe - infrage gestellt wird. Das gilt auch für



andere Berufsgruppen: Humanmediziner, Zahnmediziner; ich glaube, auch Juristen sind betroffen, wenn ich richtig informiert bin. Das heißt, wir kriminalisieren Leute, wir vermessen Berufskarrieren durch die Kriminalisierung, von der uns die Polizei selbst sagt, dass sie derer nicht mit ihren Mitteln Herr werden kann.

Wir haben offensichtlich den Jugendschutz vernachlässigt, denn es ist ein offenes Geheimnis, dass auf unseren Schulhöfen gedealt wird. Wir haben offensichtlich den gesundheitlichen Verbraucherschutz nicht in den richtigen Bahnen - wegen der toxischen Inhaltsstoffe -; und wir müssen uns als verantwortliche Gesundheitspolitiker und -politikerinnen fragen lassen: Wollen wir das weiter so machen?

Vor diesem Hintergrund hat die neue Bundesregierung etwas sehr Weises getan: Sie hat den Kommunen die Möglichkeit gegeben, Modellvorhaben zu erproben, evidence based medicine. Wir sehen uns an, was passiert. Ich rate uns, wenn wir das machen, dass wir uns das auch langfristig ansehen, denn ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes - was wir wahrscheinlich alle hier im Haus wollen, vermute ich einmal - passiert nicht nach zwölf Monaten. Wenn wir das nach zwölf Monaten evaluieren, wird das Ergebnis negativ sein; das sage ich Ihnen bereits jetzt. Das muss einen etwas längeren Atem haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb - ich komme jetzt zum Ende - denken wir, dass es gut und richtig ist, nicht nur die Social Clubs der neuen Bundesregierung flächendeckend auszurollen, sondern auch Modellregionen zu erproben. Dabei können übrigens auch Fehler auftauchen; es können Fehler gemacht werden. Dafür können wir nichts, sondern es ist das Wesen eines Modellversuchs, dass auch negative Antworten auszuhalten sind. Daraus muss man dann die richtigen Schlüsse ziehen.

In diesem Sinne bitte ich darum, dass wir als Stadt vorangehen und unsere Verwaltung auffordern, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und vorbereitend Gespräche zu führen, um dann möglicherweise Modellregion werden zu können. - Ich bitte daher um Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Dr. Unna. - Frau Recktenwald, bitte.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich einmal ein Thema für die Jugend! Das haben meine Freunde so gesagt. Ich habe gedacht: Hm, ist das so? Stimmt ja eigentlich nicht. Wir haben es eben schon gehört: Erst vor wenigen Tagen veröffentlichten dänische Forscher*innen eine Studie, wonach bis zu 30 Prozent der Schizophrenen bei Männern zwischen 21 und 30 Jahren durch problematischen Cannabiskonsum ausgelöst werden. Als angehende Psychiaterin hat mich das eigentlich wenig überrascht. Es gibt viele populäre Meinungen über Cannabis: quasi ein gesundes Kraut, hilfreich bei Stress, bei Schmerzen, bei Nervenerkrankungen, kann ja auch im Prinzip gar nicht abhängig machen. - Das stimmt natürlich nicht. Cannabis macht natürlich kein körperliches Entzugssyndrom, wie man es von Alkohol kennt, aber es kann trotzdem Abhängigkeitserkrankungen auslösen. Jetzt denken sich wahrscheinlich einige: Die SPD ist doch für die Legalisierung. Warum erzähle ich hier, warum das gefährlich ist? - Genau darum geht es hier, denn was es nachgewiesener Weise de facto nicht gibt, ist ein Zusammenhang zwischen der Legalisierung und der Prävalenz von Cannabiskonsum, sprich: Menschen, die konsumieren möchten, die machen das so oder so. Eine Abhängigkeit hat ja prinzipiell nichts damit zu tun, dass ein Stoff einfach nur verfügbar ist, sondern es geht eher um persönliche Risikofaktoren, um sozialen Status und fehlende Prävention.

Es gibt ein weiteres Problem: Illegal verkaufte Substanzen verändern sich. Heute illegal verkaufter Cannabis ist in der Wirkung stärker, er ist mit chemischen halluzinogenen Stoffen versetzt, und so können auch Psychosen wahrscheinlicher werden. Eine Möglichkeit, solche Gefahren im Vorfeld des Konsums auszuschließen, gibt es heute im Prinzip überhaupt nicht. Genau deshalb ist es sinnvoll, die Abgabe kontrolliert durchzuführen und eine größere Sicherheit für Konsument*innen zu schaffen. Gleichzeitig werden die Konsument*innen aus der Illegalität und der Gefahr der Strafverfolgung geholt. Wir können so versuchen, eine Gruppe, die bisher kaum in das Suchthilfesystem eingegliedert ist, mit präventiven Maßnahmen neu zu erreichen oder auch mit einer niederschweligen Beratung abzuholen.

Köln als Stadt ist prädestiniert dafür, eine solche Modellkommune zu werden. Dies kann eine sehr sinnvolle Erweiterung unseres bis jetzt schon gut



aufgestellten Drogenhilfesystems darstellen. Deshalb sind entsprechende Vorbereitungen schon jetzt zu treffen, damit Köln eine Vorreiterin auf dem Weg in eine Drogenpolitik wird, die eben nicht auf Restriktionen beruht, sondern auf Prävention, auf Hilfe und Beratung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Recktenwald. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Anwesende! Wir LINKE freuen uns, dass es uns gelungen ist, im Kölner Rat ein ethisch-moralisches Bündnis für die kontrollierte Freigabe von Cannabis zu bilden mit der Maßgabe, sich für eine Modellstadt Köln einzusetzen. Nun kann man natürlich einwenden: Das ist aber ein Minischritt. Ich sage dazu nur: Wir nutzen die Möglichkeiten, die uns der Bund gibt, frühzeitig und optimal aus. Es gab in der Politik in den letzten 50 Jahren immer wieder ethisch-moralische Bündnisse und Entscheidungen, die sehr, sehr lange dauern. Ich erinnere an die Abschaffung des § 218, die Abschaffung der Atomkraft oder das Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen. Das sind Themen, die immer wieder auftauchen und bei denen sich Bündnisse bilden, quer zu den Parteien oder mit verschiedenen Konstellationen.

Lassen Sie uns also den Weg für die Freigabe und kontrollierte Abgabe von Cannabis gemeinsam gehen, um den vielen Hürden und Klippen gemeinsam zu begegnen. Das ist ein langer Weg. Ich erinnere mich an meine Zeit als Schöffe Mitte der 1990er-Jahre am Amtsgericht Köln, als der Richter zu uns Schöffen kritisch und etwas genervt bemerkte: Heute müssen wir wieder Cannabiskonsumenten verurteilen. So sei die Gesetzeslage, sagte er und verwies darauf, dass es zwei Kiffer in der Bundesregierung geben würde, die das sozusagen auch anders betreiben könnten. Gemeint waren Joschka Fischer und Gerhard Schröder.

(Vereinzelt Beifall bei der LINKEN - Ralph Sterck [FDP]: Schröder hat doch viel mehr gekiff! - Niklas Kienitz [CDU]: Schröder hat noch größere Dinge gebaut!)

So viel zu dem Kollegen Amtsrichter und was er in den Verhandlungen gesagt hat. Alles Weitere können Sie gern interpretieren. - Danke schön.

In den letzten 30 Jahren hat die Kölner Stadtverwaltung eine aktive und aufsuchende Drogenpolitik betrieben. Mit diesem Antrag wollen wir an diese Politik anknüpfen und sie weitertreiben. Wir stehen also nicht im Gegensatz zur Verwaltung, sondern wir gehen diesen Weg und wollen sie dafür gewinnen, ihn mit uns gemeinsam zu gehen.

Bezüglich der Finanzierung möchte ich für die Antragsteller darauf hinweisen, dass eventuell erhöhte Personalkosten und Kapazitäten bei der Bewerbung zur Modellstadt notwendig sind, die über das Mehrstellenbudget finanziert werden können. Wir müssen von einem Kurs der Repression wegkommen - hin zu einem legalen und kontrollierten Verkauf von Cannabis. Das trocknet auch den Dealer-Sumpf aus und Polizei und Gerichte können sich besser um die Wirtschaftskriminalität in diesem Land kümmern. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. - Frau Hoyer, bitte; danach Herr Jeschka.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Als der Kollege Detjen eben von dem ethisch-moralischen Bündnis sprach, habe ich sofort an die ethisch-moralische Wende von Helmut Kohl gedacht.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Geistig-moralische!)

- Geistig-moralische Wende, gut. Ich freue mich, dass uns die Fortschritt-Koalition auf Bundesebene heute die Möglichkeit gibt, über diesen Antrag zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Debatte um die Freigabe von Cannabis ist wirklich eine hochemotionale und auch eine sehr ernste. Auch bei uns in der FDP ist diese Debatte sehr leidenschaftlich geführt worden. Das ist auch verständlich. Immerhin, das wurde auch gesagt, handelt es sich bei Cannabis um eine Droge, genau wie bei Alkohol. Deshalb ist es auch so wichtig, dass mit der Legalisierung Vorkehrungen im Bereich des Jugendschutzes und der Prävention einhergehen



müssen. Außerdem, das wurde auch schon gesagt, muss das Vorhaben regelmäßig und langfristig evaluiert werden.

Meine Damen und Herren, obwohl von Cannabis im Vergleich zu anderen Drogen bei Erwachsenen deutlich weniger Gefahren ausgehen, kann es in jüngeren Jahren schwere gesundheitliche Folgen haben. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Psychosen. Deshalb bleibt die Abgabe an Jugendliche auch weiterhin strafbar. Hier müssen wir ehrlich bleiben. Allerdings wünsche ich mir auch Ehrlichkeit, wenn es um die Gefahren von Alkohol geht. Ein Besuch im Sanitätszelt an Weiberfastnacht zeigt anschaulich, welche Konsequenzen übermäßiger Alkoholkonsum auch für Jugendliche hat, und zwar häufig über den Tag hinaus.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ganz ehrlich: Ich kann persönlich kaum nachvollziehen, dass Flatrates für Trinken offensichtlich gesellschaftlich akzeptiert werden, ein Joint aber sofort sanktioniert werden muss. Das fällt mir schwer.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bei Abwägung aller Risiken ist die FDP der Überzeugung, dass die teilweise Cannabisfreigabe der richtige Weg ist, denn auch die Kritiker der Freigabe müssen doch zugeben, dass die Verbotspolitik, wie es Herr Unna eben schon gesagt hat, krachend gescheitert ist.

Die Konsumvorgänge sind trotzdem gestiegen. Die strafrechtliche Verbotspolitik hat nichts bewirkt. Ganz im Gegenteil, sie ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Konjunkturprogramm für den Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität. Das ist besonders bedenklich, weil der Schwarzmarkt Jugendlichen Zugang zu harten Drogen verschafft. Außerdem ist Cannabis auf dem Schwarzmarkt meist verunreinigt und minderwertig, denn auch das ist klar: Cannabis ist nicht gleich Cannabis. Seit Jahren ist bei Cannabis der THC-Gehalt enorm angestiegen, und Studien belegen, dass eben dieses THC für den Anstieg von Psychosen verantwortlich ist. Eine Kontrolle bei der Abgabe könnte dies verhindern.

Meine Damen und Herren, all diese Beispiele zeigen eindrücklich, dass man Drogenkonsum am besten mit Aufklärung, Prävention und Unterstützung und Beratung begegnet, aber nicht mit dem Strafrecht.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Außerdem bindet die strafrechtliche Verfolgung unnötige Ressourcen von Polizei und Justiz. Der Großteil der erfassten Fälle sind Kleinkonsumenten, und diese Fälle werden meist von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einmal deutlich klarstellen: Die Bundesregierung will mit der geplanten Teillegalisierung nicht den Konsum von Cannabis fördern, wie es gern von interessierten Kreisen dargestellt wird. Nein, die Bundesregierung will - erstens -, dass Kiffen besser kontrolliert wird, - zweitens - den hochdosierten und gepantschten Stoff eindämmen, - drittens - Jugendliche besser schützen und last but not least die Kriminalität zurückdrängen. Wer es mit diesen Zielen ernst meint, der muss auch dafür sorgen, dass wir hier vor Ort - sprich: in Köln - einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis möglich machen. Deshalb unterstützt meine Fraktion den vorgelegten Antrag, dass sich Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis bewirbt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, beim 90/Die Grünen, der SPD und der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Herr Jeschka, bitte, danach Herr Hock.

Manuel Jeschka (Voll): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe alle anderen! Ich möchte mich natürlich meinen Vorrednern anschließen. Es ist mitnichten so, dass wir alle - und auch ich im Speziellen - Cannabis in irgendeiner Art und Weise verharmlosen würden. Das tue ich mit Drogen generell nicht; es ist völlig egal, welche Droge. Ich habe viel zu viele Menschen an Drogenkonsum, an falschem Konsum zugrunde gehen sehen. Ehrlicherweise macht mich dieses Scheinargument auch ein wenig traurig, weil man damit über Menschen urteilt, die man eventuell gar nicht kennt, was mir das Gefühl gibt, dass man sich mit dem Thema des Konsums von Drogen nicht wirklich auseinandersetzt.

Aber bei all den Emotionen, Meinungen und vor allem auch politischen Überzeugungen ist es natürlich total spannend, auch einfach einmal auf die Wissenschaft zu schauen, was diese eigentlich sagt. Das ist bei Cannabis gar nicht so einfach, und insbesondere in Deutschland liegt das auch



an einer nicht besonders guten Datenlage. Deshalb war es so wichtig, den dritten Punkt in den Antrag aufzunehmen, dass wir zumindest hier in Köln regelmäßig evaluieren, um weiterhin faktenbasiert entscheiden zu können, wie es weitergehen soll.

Trotzdem lassen sich aus den bisherigen Daten durchaus Tendenzen erkennen. Was aber viel wichtiger ist: Die bisherigen Erkenntnisse, zum Beispiel aus den Niederlanden, wo es nicht so gut gelaufen ist, können uns in Deutschland helfen, es besser zu machen. Falls Interesse daran besteht, einige Dinge zu lesen, so gibt es eine gute Übersicht: das *Policy Paper: Effekte einer Cannabislegalisierung* von Manthey et al. aus dem April 2023, also sehr aktuell.

Jetzt kommen einige Fakten. Erstens: Einweisungen und psychische Folgen nehmen tatsächlich teilweise zu. Gleichzeitig steigt aber auch der Konsum in Ländern, in denen Cannabis nach wie vor nicht legalisiert ist. Er steigt aber auch in Ländern, in denen er legalisiert ist. Der Zusammenhang, es wurde eben schon gesagt, ist wenig erforscht. Es gibt sogar Studien, die belegen, dass der Konsum bei Jugendlichen nach der Legalisierung zurückgeht.

Weiterhin sieht auch der Wissenschaftliche Dienst keinen Hinweis und vor allem keinen Einfluss darauf, dass insbesondere strenge Drogenpolitik Konsumverhalten verändert. Studien aus England - es wurde auch schon kurz gesagt - legen nahe, dass gerade die erhöhten Einweisungen und Krankheitsfälle auf stärkeren Cannabis und insbesondere auf synthetische Cannabinoide, die häufig zugesetzt werden, zurückzuführen sind. Deshalb ist es wichtig, durch die Legalisierung insbesondere den Käufer vor unerwünschten Nebenwirkungen zu schützen.

Zweitens: Es gibt wenig Hinweise darauf, dass die Kriminalitätsraten generell sinken. Was aber wenig überraschend passiert, sind die Straftaten im Bereich der Cannabisdelikte. Diese sinken massiv. In Washington ist die Zahl der Inhaftierungen aufgrund von Cannabisdelikten um 98 Prozent zurückgegangen, in Kanada in über drei Jahren um über 90 Prozent. Das führt dazu, dass Polizei, Gerichte und natürlich auch die Gefängnisse massiv entlastet werden.

Drittens: Der Schwarzmarkt wird natürlich nicht ausgetrocknet, erst recht nicht von heute auf morgen. Das kann er auch nicht, weil man auf dem Schwarzmarkt auch viele andere Dinge kaufen kann, die der Süchtige begehrt. Was aber nach-

weislich passieren wird: Er wird verkleinert. In Kanada wird Cannabis heutzutage zu über 90 Prozent in legalen Shops gekauft oder im Garten angebaut. Das heißt, diese 90 Prozent werden nicht mehr auf dem Schwarzmarkt gekauft, was ein ziemlicher Schlag für den Schwarzmarkt vor Ort gewesen sein muss. Außerdem legen Studien aus den USA und aus Uruguay Ähnliches nahe.

Vierter und letzter Punkt - es gibt noch viele Punkte, aber das ist der letzte für mich -: Kinder- und Jugendschutz ist mit Abstand der wichtigste Punkt, das haben wir heute auch schon gehört. Island - ein super Beispiel - ist natürlich am Start, und wir können sehr viel davon lernen, weil gerade in der Prävention sehr viel richtig gemacht wird und dies teilweise auch nicht so schwer wird. Island hat zum Beispiel Ausgangssperren für Minderjährige in der Nacht und Werbeverbote eingeführt. Es ist einfach verboten, für Cannabis und Alkohol zu werben. Gleichzeitig gab es mehr Kultur- und Sportangebote und viel mehr Zeit mit der Familie. All das hat dazu geführt, dass der Konsum illegaler und auch legaler Drogen in Island heutzutage zu den geringsten in Europa zählt. Das war vor 20 Jahren noch ganz anders. Da war man nämlich Spitzenreiter.

Zum Schluss noch einige Zahlen. Die wichtige Botschaft aus unserer Sicht zu diesem Antrag: Viereinhalb Millionen Konsumenten - wir haben es gehört -, das sind, heruntergerechnet auf Köln, 60 000 Menschen. Man kann jetzt verschiedene Schlüsse aus dem ziehen, was ich gesagt habe. Uns aber vorzuwerfen, man habe die Probleme dieser Stadt nicht begriffen und würde all das für kurzfristigen Applaus tun, verkennet leider die Probleme dieser 60 000 Menschen und ist zusätzlich auch nicht sehr sachlich, weil diese 60 000 Menschen kriminalisiert werden, weil sie hin und wieder mal einen Joint rauchen, 60 000 Menschen, die nichts Böses tun und vor allem auch niemandem schaden, höchstens sich selbst. Viele dieser Menschen möchten nicht kriminalisiert werden und haben - vor allem auch aus Angst vor Kriminalisierung - Angst, über ihre Sucht zu berichten oder Hilfe zu suchen.

- Ich mache den letzten Punkt. - Genau darum geht es hier: Es geht um diese Menschen, insbesondere um diese 60 000 Menschen in Köln, die nichts Böses tun und deshalb auch nicht wie Kriminelle behandelt werden sollen. Diesen Menschen soll mit gescheiterten Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen geholfen werden; sie dürfen nicht in eine dunkle Ecke gedrängt werden. Um diese 60 000 Schicksale geht es. Das wird mit



diesem Antrag und der neuen Politik besser gelingen als mit der Prohibitionspolitik der letzten 50 Jahre. - Danke schön.

(Beifall von Volt und Ralph Sterck [FDP])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Jeschka. - Herr Hock, bitte, danach Herr Petelkau.

Michael Hock (Die FRAKTION): Herr Wolters! Meine Damen und Herren! Liebe alle! Zunächst einmal freuen wir uns natürlich, dass unsere Anfrage vom März 2022 zur THC-Modellstadt heute in dem von einer breiten Ratsmehrheit getragenen Antrag ihre praktische Beantwortung findet. Ich gehe davon aus, dass das so weit erledigt ist. Gern geschehen.

Ich spreche heute nur zu unserem Antrag „Cannabis Cologne“, denn wir wollten uns unser Thema natürlich nicht einfach so von den anderen Parteien wegnehmen lassen, allein aus Populismusgründen. Das haben wir übrigens von der FDP gelernt. In Schleswig-Holstein hatten im Jahr 2000 die JuLis die Website bekifft-ficken.de gekauft und betreut. Der gesamte Slogan der JuLis hieß damals: „Lieber bekifft ficken als besoffen Auto fahren“. Er ist heute nicht mehr online. Ich nehme an, wegen der Autofeindlichkeit.

(Heiterkeit)

Wir von der FRAKTION gehen deshalb heute schon einen Schritt weiter. Mit unserem Antrag „Cannabis Cologne“ verfolgen wir das Ziel einer möglichst weitflächigen Begrünung Kölner Dächer mit Cannabis. Die Idee dazu kam uns, als wir zuletzt bei einem entspannten Haschischpfeifen in unserem steuermittelfinanzierten Büro saßen und über den Klimawandel nachdachten und darüber, warum Köln eigentlich beim Behördenranking und in der Außenwahrnehmung so miserabel abschneidet, sowie über die äußerst angespannte Haushaltssituation.

Als rein populistischer Antrag formuliert, fiel uns dann am nächsten Morgen, als wir die Cannabis-spritzen aufgeräumt hatten, auf, dass das auch nüchtern betrachtet vielleicht eine ganz gute Idee ist. Also haben wir angefangen, uns ein wenig anzuschauen: Wieso macht das mit dieser Dachbegrünung eigentlich Sinn? Ich könnte Ihnen jetzt etwas über die Vorteile unserer Idee für die Klimaresilienz der Stadt erzählen, für die Wahrneh-

mung Kölns, insbesondere bei der jungen Generation, und nicht zuletzt über die Vorteile für den städtischen Haushalt.

Solange aber die in diesem Rat gefundenen Antworten auf den Klimawandel in halbherzigen und teuer besungenen Verkehrsversuchen, die Antwort auf Kölns Imageproblem im hochpreisigen Austausch des Stadtlogos und die Antworten auf die Haushaltssituation in eher nicht preisgünstigen Prestige- und Großprojekten bestehen, kurz: Solange die Kölner Politik mutlos und von keinem neuen Einfall belästigt weiter unseren Wahlkampf übernimmt - danke übrigens an dieser Stelle -, erscheinen mir diese Ausführungen wenig zielführend.

Ich möchte Sie deshalb nicht weiter mit diesen Argumenten langweilen und Sie stattdessen anders überzeugen. Charlie Chaplin soll einmal gesagt haben: „Life is a tragedy when seen in close-up, but a comedy in long-shot.“ Oder op Kölsch: Da lachste dich kaputt. Diese Einstellung hilft ungemein, um mit den Problemen, die Sie nicht lösen werden, umzugehen. Und nun stellen Sie sich vor: Eine Pflanze, die Ihnen zu dieser Einstellung verhilft, wächst direkt auf Ihrem Bürogebäude, hier auf dem Spanischen Bau des Rathauses. Wäre das nicht wunderbar? - Meine Damen und Herren, liebe Freunde, stimmen Sie heute für unseren Antrag. Purple Haze, und danke für Ihre Zustimmung.

(Beifall von Walter Wortmann [Die FRAKTION])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hock. - Dann haben wir jetzt Herrn Petelkau und danach Herrn Büschges.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Zuschauertribüne und am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde an dieser Stelle gern etwas Wasser in den Wein gießen. Es war eine große Euphorie, dass es jetzt endlich losgeht. Ich möchte noch einmal den Wiener Arzt Dr. Albert Syen zitieren, der in seiner Pro- und Contra-Liste als wesentlichen ersten Punkt bei „Pro“ stehen hat: Das gewichtigste Argument für den Konsum von Cannabis als Freizeitdroge ist, dass eben manche Menschen gern Cannabis konsumieren wollen. - Manche Menschen wollen Cannabis konsumieren. Das ist doch das, was Sie heute auch mit Ihrem Antrag umsetzen wollen, denn es kann ja nicht sein, dass



hier fabuliert wird, dass die bisherige Drogenpolitik gescheitert und dies der Grund ist, dass wir Cannabis freigeben. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir das Motiv nehmen würden, müssten wir alle anderen Drogen ebenso freigeben, und das kann es doch letztlich nicht sein!

(Beifall bei der CDU - Volker Görzel [FDP]: Sollte aber!)

Es kann nicht sein, weil die Auswirkungen gerade auf Kinder und Jugendliche dramatisch sind. Als ich mir die ganzen Schilderungen heute Nachmittag angehört habe, kam gerade beim Thema Jugendschutz immer wieder heraus, dass gerade psychische Erkrankungen nach dem Konsum von Cannabis - das haben alle Studien bisher gezeigt - ein Thema sind, aber es wird immer so getan: Ja, bei den Jugendlichen passiert ja gar nichts. - Aber Cannabis wird ja gerade für Jugendliche und Kinder gar nicht freigegeben, das muss man auch betonen. Das heißt, es wird gerade für die Gruppe weiterhin einen Schwarzmarkt geben.

Setzen Sie sich doch einmal mit der Polizei auseinander. Ich habe gestern Abend am Rande einer anderen Veranstaltung noch mit unserem Kölner Polizeipräsidenten gesprochen. Er sagte, er habe überhaupt nicht die Kapazität an Personal, um das Thema vernünftig zu handeln. Wenn ich mir das Thema Jugendschutz anschau: Wir sind doch bereits beim Thema Alkoholkontrollen gescheitert, auch das wurde heute hier schon gesagt, und jetzt packen wir dort eine neue Variante drauf und glauben, dass das dann alles easy going ist.

Schauen Sie doch einmal nach Amsterdam. Amsterdam fährt gerade zurück und verbietet Kiffen im öffentlichen Raum. In Köln haben wir das Wegebier. Haben wir demnächst dann auch unseren Wegejoint und all die Konsequenzen daraus? Das muss man doch am Ende genauer analysieren und hinschauen. Ich kann nur sagen: Das, was gerade in Berlin gemacht wird, ist die glorreiche Fortsetzung einer Ampelpolitik, die in vielen anderen Bereichen ebenfalls gescheitert ist; und auch dieser Teil wird scheitern. Das Problem ist, dass auch wir hier in Köln für die Folgen bezahlen. Unsere Kinder und Jugendlichen werden an dieser Stelle nicht besser geschützt, sondern einem breiteren Problem ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur davor warnen, und ich möchte auch weiterhin betonen: Wir sollten diesen Schritt nicht gehen. Wir sollten, im Gegenteil, unsere Schutzkampagnen - das ist vielleicht der einzige Teil im finalen Gesetz, der

dann in Berlin realisiert wird -, das Thema Jugendschutz auf alle Drogenkonsumenten ausweiten. Ob das dann so weitgehend sein muss, wie es in Island praktiziert wird, müsste noch überlegt werden. Aber ich denke, hier besteht wirklich Grund zur Sorge, sodass man diesen Teil deutlich ausbauen muss. Das sollte erst einmal im Vordergrund stehen, bevor man über Ausweitung spricht.

Dazu würde mich auch die Stellungnahme unserer eigenen Stadtverwaltung, unseres Gesundheitsdezernenten interessieren, wie das die Verwaltung sieht. Die Polizei sagt ganz klar: Wir haben nicht die Kapazität, diese Experimente zu begleiten. Sie glauben, dass die Verwaltung das Personal dazu hat. Dazu würde mich interessieren, ob das Grundproblem ebenso gehandelt wird, wie es die Antragsteller sehen, und ob auch das Handling im Gesundheitsamt für eine Modellstadt einfach so aus der Personalreserve abgebildet werden kann. Die CDU-Fraktion und ich halten es für einen extrem bedenklichen Beschluss, der heute hier getroffen werden soll. Deshalb lehnen wir den Antrag klar ab.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, den Jugendschutz in dieser Stadt zu verbessern, egal, gegen welche Droge. Das ist eine gute Aufgabe, und dahinter sollten wir uns versammeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Die Verwaltung, Herr Dr. Rau, hatte mir schon signalisiert, dass er, nachdem alle Fraktionen und Gruppen gesprochen haben, auch zu dem Antrag Stellung bezieht. - Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Livestream! Fast alle hier - bis auf die CDU, und auch bei den Grünen und der SPD hatten wir leichte Zweifel - wollen ja unbedingt Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis sein. 25 Gramm dürfen sie straffrei besitzen, drei Pflanzen dürfen sie privat anbauen und einige weitere Dinge. Es scheint so, als wolle man in Berlin und hier unbedingt die Legalisierung einer Droge auf Kosten des Gesundheits- und des Jugendschutzes erzwingen.

(Beifall bei der AfD)



Es wirkt so, als wenn Minister Lauterbach, der ja auch einen Kölner Wahlkreis hatte, nur der „Corona-Minister“ war und sonst nichts anderes hervorgebracht hat außer Verboten und Einschränkungen. Deshalb scheint es, als wenn man ihm jetzt einen Gefallen tun wollte. Interessant ist auch, dass alle bisherigen Städte, die sich für diese Modellregion angemeldet haben, rot und/oder grün regiert sind.

Die Risiken von Cannabis haben wir heute zur Genüge gehört. Sie werden meines bzw. unseres Erachtens heruntergespielt. Man kann mitnichten davon ausgehen, dass eine Legalisierung wirklich dazu führen wird, Drogenkriminalität einzudämmen. Im Gegenteil, und mit dieser Meinung bin ich bzw. sind wir nicht allein, wird es natürlich Unterscheidungen bei Cannabis geben, dies sagte auch der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reichert. Legales und - in Anführungsstrichen - hochwertiges Cannabis wird dementsprechend vermutlich teurer sein, und folgelogisch ist der Schwarzmarkt nicht trockengelegt, sondern eher durch minderwertiges und/oder synthetischer Cannabis erheblich angekurbelt.

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte ist ebenfalls ein entschiedener Gegner der Legalisierung, besonders für die unter 25-Jährigen; denn erst mit 25 Jahren ist das menschliche Gehirn ausgereift, und der Kinder- und Jugendschutz ist eben nicht abschließend geklärt. Sie schreiben zwar lapidar, dass Maßnahmen erarbeitet werden sollen - wahrscheinlich einen Arbeitskreis gründen, oder was? -, aber ich gehe davon aus, dass Sie bestens darüber informiert sind, welche Folgen erhöhter Cannabiskonsum mit sich bringt. Ein Stoff wie THC, der eine therapeutische Verwendung findet, kann kein Genussmittel sein. Man kann zur CSU stehen, wie man will: Söder hat klargestellt, dass es keine Frankfurter Bahnhofsviertel in Bayern geben wird - und das wollen wir auch in Köln nicht.

(Beifall bei der AfD)

Weiterhin gibt es, das haben wir heute auch schon gehört, Wesensveränderungen, die auf Cannabiskonsum zurückzuführen sind. Dazu zählen gesteigerte Impulsivität, Angststörungen, Schizophrenie, Gleichgültigkeit und Psychosen. Dabei sprechen wir nur über das normale THC. Wie ist denn die Regelung mit synthetischem THC, dessen Wirkung nach Einnahme schier unkontrollierbar sein kann, bis hin zu psychotischen Episoden? Zu den Streitfragen zum THC im Straßenverkehr kommen wir sicher auch noch irgend-

wann. Ab wann wollen Sie den Führerschein entziehen? Wollen Sie irgendwelche Sanktionen oder Maßnahmen einführen? Sie wollen Suchtberichte - sogar jährlich. Eigentlich ist es ja ein Treppenwitz, denn - das wissen Sie selbst - das ist utopisch.

Abschließend - das ist für uns eigentlich das Wichtigste - ist die Frage, ob neben den vielen Risiken und Einschränkungen eine Modellstadt für Cannabis genau das ist, was wir in Köln brauchen. Meine Damen und Herren, die Schulplatzvergabe ist ein Desaster. Wir schaffen es ja noch nicht einmal, Grundschulkindern den Besuch einer für sie fußläufigen Schule zu ermöglichen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Thema!)

- Hören Sie zu, das ist Thema. - Die Stadt Köln treibt jetzt ausstehende Corona-Bußgelder ein. Unabhängig, wie man dazu steht, muss einem das doch zu denken geben. Wir haben - ich benutze einen Ausschnitt aus meinem letzten Beitrag - lange Schlangen vor den Bürgerämtern gesehen und spüren natürlich alle auch die Unzufriedenheit der Kölnerinnen und Kölner in fast allen Situationen des Alltags. So attestieren wir Ihnen ein um das andere Mal: Wir schaffen es nicht einmal, unseren ureigenen Aufgaben nachzukommen, und müssen uns schon wieder mit einem Antrag beschäftigen, der offensichtlich nur zwei Dinge im Sinn hat: Beschäftigungstherapie für die Verwaltung und den Gefallen für den Herrn Lauterbach.

(Beifall von Christer Cremer [AfD])

Ich sage Ihnen: Dieses Thema gehört weder zur Pflicht noch zur Kür einer Stadtverwaltung. Köln ist einfach nicht bereit, THC-Modellstadt zu werden - nicht, wenn unsere Jüngsten im schlimmsten Fall quer durch die Stadt zu einer Kita gefahren werden müssen. Wir haben definitiv andere Baustellen. Auch deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. - Danke.

(Beifall von Christer Cremer [AfD])

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen für Redebeiträge mehr, aber Herr Rau wird abschließend aus Sicht der Verwaltung etwas zu den Anträgen sagen. - Danke schön.



Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Vielen Dank. - Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung schließt sich dem an, was ich in fast allen Beiträgen gehört habe, nämlich: Cannabiskonsum ist - wie übrigens auch Alkohol- oder Nikotinkonsum - potenziell gefährlich, sogar sehr gefährlich. Ich will Ihnen sagen: Ich selbst habe Kliniken geleitet und etliche Hundert Menschen persönlich kennengelernt, therapiert, Schicksale von mehrheitlich jungen Menschen erlebt, die über Cannabiskonsum in eine Psychose getrieben wurden. Psychose, das sagt sich nicht einfach so leicht und ist unter den psychischen Erkrankungen mit das Schlimmste, was es gibt.

Also, die Gefahr ist ganz erheblich, und ich habe bei nahezu keiner Meldung hier und keiner Kölner Argumentation gehört, dass eine mögliche Legalisierung mit dem Ziel erfolgen soll, zu mehr Konsum zu führen. Das habe ich so nicht gehört. Ich habe niemanden gehört, der sagte, wir sollen mehr konsumieren, sondern ich höre durchgängig das, wie ich finde, richtige Argument: Wir brauchen Wege, den Konsum eher einzuschränken, vor allem den gefährlichen Konsum. Dazu ist die Datenlage derzeit weltweit noch einigermaßen ungeklärt, welcher der richtige Weg ist, gefährlichen Konsum zu reduzieren.

Klar ist, dass ein Konsum, der am Rande der Legalität erfolgt, bei dem insbesondere der Handel, das Kaufen, das Verkaufen, das Anbauen etc., im Bereich der Illegalität erfolgt, schwieriger kontrollierbar ist. Schwieriger kontrollierbar heißt, dass Merkmale der Substanz weniger gut steuerbar sind wie möglicherweise auch des Konsums. Insofern ist sicherlich die Notwendigkeit gegeben, mehr Evaluation zu betreiben, um sicherer zu sein, welcher der richtige Weg ist.

Damit sind wir beim Stichwort Evaluation. Sowohl das, was uns als Gesetzesideen aus Berlin vorliegt - wohlgemerkt: das Gesetz liegt noch gar nicht vor -, beinhaltet eine wissenschaftliche Evaluation als auch der hier vorliegende Antrag. Jetzt möchte ich Ihnen aber auch als ehemaliger sehr aktiver Wissenschaftler sagen: Wissenschaftliche Evaluation sagt sich leicht. Man braucht dazu aber auch Hirnschmalz und Kapazitäten. Das, was wir als Auftrag von Ihnen schon vor zwei oder drei Jahren bekommen haben, einen Suchtbericht zu schreiben, an dem wir arbeiten, wird definitiv bei Weitem nicht ausreichen, Merkmale und Kriterien einer wissenschaftlichen Evaluation zu erfüllen, die uns hinterher in die Lage versetzen, zu sagen: Das war ein richtiger oder ein falscher Weg.

Von daher möchte ich Ihnen sagen: Ganz entscheidend ist, dass wir, wenn wir diesen Weg beschreiten, auch die Voraussetzungen schaffen, dass wir diese Evaluation durchführen können. Ich sage Ihnen zu diesen Voraussetzungen kurz Folgendes: Wir mussten Sie schon mehrfach darüber informieren, dass wir die Öffnungszeiten unseres Drogenkonsumraumes am Neumarkt nicht so, wie von Ihnen beschlossen, realisieren können, weil uns das Personal fehlt.

Ich habe gerade gestern eine Brandmeldung aus dem Gesundheitsamt erhalten, dass wir unsere Substitutionsambulanz im Betrieb gefährdet sehen, weil uns das Personal fehlt. Das heißt, die Fachleute bei uns im Gesundheitsamt, die genau dieses Aufgabenfeld bearbeiten, fehlen uns. Deshalb ist es so, dass der Antrag, über den Sie hier gleich abstimmen werden, richtigerweise sagt: Die Verwaltung muss im Gesundheitsamt die Ressourcen schaffen. - Jawohl, wir müssen die Ressourcen schaffen, aber ich habe gerade aktuell noch keine Idee, wie wir diese Ressourcen schaffen, und ich habe auch nicht wirklich eine Idee, wie Sie das vorgedacht haben, woher wir diese Ressourcen bekommen. Von daher ist das dringende Plädoyer der Verwaltung: Wenn Sie uns eine solche Aufgabe mitgeben, dann müssen wir auch die Bedingungen dafür bekommen, dass wir das so realisieren.

Nächster Punkt - das hängt auch mit den Ressourcen zusammen -: Sowohl die Berliner Idee eines Gesetzes als auch Ihr Antrag sieht die Situation: Wir müssen parallel zu einer möglichen Legalisierung ganz erheblich in den Jugendschutz und in die Suchtprävention investieren. Wir haben bisher überhaupt noch keine Idee, wie sich Berlin das vorstellt: ob wir das quasi als Modellregion aus eigener Kraft tun müssen oder ob wir hierfür irgendwelche Unterstützung von Berlin erhalten. Dies ist aus unserer Sicht zwingend erforderlich, um hier erfolgreiche Modellregion sein zu können.

Insofern, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ist der Verwaltungsappell an Sie, den Bedarf, den wir an Ressourcenaufbau zwingend sehen, bei Ihrem Beschluss zu berücksichtigen und uns, wenn Sie uns entsprechend beauftragen, auch die Möglichkeit zu geben, genau das, was Sie uns aufgeben, auch abzuarbeiten. Mit dem derzeitigen Personal lässt sich das definitiv so nicht machen. Ich nenne einige Beispiele: Wir brauchen Personal für den Jugend- und Gesundheitsschutz. Wir brauchen aber wahrscheinlich auch so etwas wie eine Begleitung und Überwachung von Abgabe- und Lizenzierungsmodalitäten. - Das sind nur Stichworte. Wir werden sehr



wahrscheinlich auch in der Suchtbehandlung Personal brauchen. Aber auch so etwas wie die Medizinalaufsicht muss gestärkt werden, und wahrscheinlich sogar Personal zur Bearbeitung entstehender Ordnungswidrigkeiten.

All das sind Merkmale, die zeigen: Es ist nicht einfach mal so ein Modellprojekt, das man kurz beschließt und dann einen Bericht schreibt, sondern die Ressourcen, die wir dafür brauchen, sind erheblich, und diese bitte ich Sie, im Blick zu haben.
- Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Rau, für Ihre Worte, die auch den Ball wieder ein Stück in Richtung Politik zurückgespielt haben. - Trotzdem möchte ich Ihnen von meiner Seite, bevor wir zur Abstimmung kommen, ein Kompliment machen. Ich fand die Debatte wirklich sehr sachlich. Man kann sie auch ganz anders führen. Ich denke, sie wurde dem Thema auch mit den Einlassungen von Herrn Dr. Rau am Schluss gerecht und zeigt, dass wir mit dem Beschluss noch lange nicht am Ziel sind. - Keine weiteren Wortmeldungen.

Deshalb würde ich jetzt zur Abstimmung kommen. Zunächst den Punkt 3.1.1, also den Antrag der Fraktionen Grüne, SPD, LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION und Ratsmitglied Gabriel abstimmen lassen.

Ich frage einmal positiv: Wer ist für diesen Antrag?
- Das sind die LINKEN, die SPD, die Grünen, die FDP, Volt, Die FRAKTION, Frau Gabriel und Herr Zimmermann. Ich glaube, ich habe jetzt niemand übersehen. Wer enthält sich? - Wer stimmt dagegen? - Das sind die CDU und die AfD. Dann ist der Antrag so angenommen, denn Enthaltungen kann es jetzt keine mehr geben.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 3.1.5 auf, Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend Cannabis Cologne. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Das ist die Fraktion Die FRAKTION. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu

3.1.2 Antrag AfD-Fraktion betreffend "Die Situation der Kliniken der Stadt Köln dul-

det keinen weiteren Aufschub – Sanierungsfahrplan unverzüglich umsetzen!"

AN/0798/2023

Das Wort hat Herr Boyens. - Kleinen Moment noch, eine kleine Korrektur: Frau Gabriel hat auch für den Antrag 3.1.5 gestimmt. - Eigentlich sitzen Sie dahinten, Sie haben sich jetzt dahin gesetzt. Trotzdem noch einmal die kleine Korrektur zu Punkt 3.1.5. - Bitte, Herr Boyens.

Stefan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Kliniken der Stadt Köln sprechen, denken die meisten von uns automatisch an hohe zweistellige Millionenverluste. Das war aber nicht immer so. Im Jahr 2011 haben die Kliniken der Stadt Köln einen Gewinn von immerhin 19 Millionen Euro gemacht. Heute, keine zwölf Jahre später, steht, wie gesagt, ein Verlust von 90 Millionen Euro zu Buche. Typisch kölsche Zahlen, könnte man sagen. 111 Millionen Ergebnisverschlechterung in elf Jahren. Ich wiederhole, was ich in meiner letzten Haushaltsrede gesagt habe. Es ist schade, dass die Oberbürgermeisterin jetzt nicht da ist. Sie hat es nämlich zugelassen, dass sich in ihrer Amtszeit eine klaffende Wunde aufgetan hat, aus der Jahr für Jahr Millionenbeträge aus unserem Haushalt abfließen. Und wir reden hier nicht über Peanuts. In der Amtszeit von Frau Reker werden das in Summe 500 Millionen Euro sein, also mehr als eine halbe Milliarde Euro städtischer Mittel, die uns damit an anderer Stelle schmerzlich fehlen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir reden hier sogar über einen Gesamtschaden für die Stadt Köln von 1 Milliarde Euro. Warum? Wir brauchen in den nächsten fünf Jahren noch weitere 500 Millionen Euro - das sieht die Planung der Kämmerin vor -, um die Verluste abzudecken. Also eine wirklich dramatische Lage! Frau Reker ist ja in dieser Stadt so etwas wie die Vorstandsvorsitzende des Konzerns Stadt, und ja, man kann die Stadt Köln nicht ohne Weiteres mit einem börsennotierten Unternehmen vergleichen, in dem nach dem Grundsatz „Fix it, sell it or close it“ verfahren wird; aber ein klein wenig mehr von dieser Mentalität „Fix it, sell it or close it“, ein klein wenig mehr Ambition, Biss und Führung in Bezug auf die Städtischen Kliniken, das hätten die Wähler, das hätten die Menschen in dieser Stadt von ihrer Oberbürgermeisterin seit 2014, wie ich finde, schon erwarten dürfen.

(Beifall bei der AfD)



Denn jeder weitere Tag des Zuwartens kostet uns, kostet den Steuerzahler 250 000 Euro. Aber neben dem rein finanziellen Aspekt, meine Damen und Herren, ist meiner Fraktion noch ein weiterer Gesichtspunkt sehr wichtig. Sehen Sie mal: Es handelt sich um das fatale Signal, das wir heute aussenden, das die verantwortliche Politik dieser Stadt an die Menschen, insbesondere an die Beschäftigten der Stadt Köln aussendet. Denn die Kliniken, das ist ja nicht irgendein abstraktes Gebilde. Das sind Pfleger, das sind Fachkräfte, das sind Ärzte, und die machen den Unterschied. Sie stehen für die medizinischen und therapeutischen Leuchtturmprojekte, und sie benötigen dringend eine Perspektive. Von denen sind jetzt vielleicht einige schon auf dem Absprung, weil sie innerlich gekündigt haben und es leid sind, ein weiteres Mal und immer und immer wieder vertröstet zu werden. Dieses Spiel, das wir hier spielen, meine Damen und Herren, ist unverantwortlich.

Herr Petelkau, es war Ihnen gestern im Finanzausschuss nicht nur inhaltlich, sondern geradezu auch körperlich anzusehen, dass Sie sich hier offenbar von sachfremden Überlegungen haben leiten lassen, und ich muss Ihnen sagen: Das war - gestatten Sie den Ausdruck - ein ziemliches Herumgeeiere von Ihnen und der CDU. Noch einmal: Die Menschen in dieser Stadt haben uns gewählt, haben Sie gewählt, damit Sie handeln und gestalten.

(Beifall bei der AfD)

Werden Sie diesem Anspruch gerecht und packen Sie die längst überfällige Sanierung endlich an! Wir als AfD-Fraktion haben schon vor über vier Jahren den Weg gewiesen und ein Konzept vorgelegt, das jetzt im Großen und Ganzen so umgesetzt werden soll. Meine Damen und Herren, die Kliniken der Stadt Köln dulden keinen weiteren Aufschub! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dem Antrag vor. Damit können wir darüber abstimmen. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre"

AN/0803/2023

Wortmeldungen habe ich von Herrn Dr. Lutz, Frau De Bellis-Olinger, Herrn Jeschka, Herrn Lorenz, Frau Tokyürek, Herrn Stark, Herrn Büschges und Frau Gabriel. - Bitte, Herr Lutz.

Dr. David Lutz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch Hallo an die Zuschauer*innen und Zuhörer*innen im Livestream! Die zugegeben etwas platte Überleitung schreibt sich ja von selbst. Nachdem wir eben beschlossen haben, dass in Köln gegebenenfalls THC konsumiert werden könnte, unterbreitet der Rat in seiner Weisheit ein zusätzliches Angebot, wie die Kiffer wieder sicher nach Hause kommen können: nämlich mit autonomem Fahren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ich lasse das ernste Thema Drogenmissbrauch im Straßenverkehr einmal außen vor. Autonomes Fahren begegnet uns in den Medien häufig in Form von Hype- oder Horrornachrichten. Einmal als Hype: Das goldene Zeitalter der Digitalisierung ist endlich angekommen, wenn irgendwo in einer Kleinstadt ein Kleinbus mit maximal 15 km/h über eine vordefinierte Strecke fährt, eigenes Sicherheitspersonal braucht und generell den Verkehr eher aufhält als beschleunigt. Horrornachrichten gibt es häufig aus den USA, wenn ein selbstfahrendes Auto seine Insassen oder unbeteiligte Personen getötet hat. Zur Wahrheit gehört natürlich beides. Aber die eigentlichen Schwerpunkte beim autonomen Fahren und auch hier in sogenannten Pilot- oder Teststrecken liegen irgendwo dazwischen, irgendwo zwischen Hype und Horror.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass das autonome Fahren eben nicht die Probleme im Verkehrssektor bewältigen kann. Es ist nicht nachhaltig genug, und es wird auch nicht zur Vision Zero führen, also zu keinen Verkehrstoten. Gleichzeitig sagen die Studien aber, dass, obwohl autonomes Fahren vermutlich erst einmal zu mehr Verkehr führt, dieser Verkehr zumindest nachhaltiger ist, denn man braucht weniger Ressourcen, Autos werden häufiger genutzt. Die KI fährt üblicherweise deutlich verbrauchsärmer, weil sie an der Ampel eben nicht mit durchgedrücktem Gaspedal



beschleunigt; und auch, was die Zahl der Verkehrstoten betrifft, sollte man im Hinterkopf behalten, dass aktuell je nach Jahr etwa 2 500 bis 4 000 Menschen im Straßenverkehr in Deutschland getötet werden. Dennoch fördern wir den motorisierten Individualverkehr, als gäbe es kein Morgen mehr.

Worüber wir relativ wenig in der Presse erfahren, das sind die Erfolge der ganzen Tests, Teststrecken und Testfelder für autonomes Fahren. Hier gibt es nämlich schon eine ganze Menge, beispielsweise im Raum Stuttgart - Karlsruhe etwas Großes, bei Nürnberg, im Raum Hannover - Wolfsburg - Braunschweig. Auch Regionen, in denen man es nicht unbedingt erwarten würde, wie das Saarland, Düsseldorf oder Wuppertal, planen Teststrecken für autonomes Fahren.

Hier in dieser Stadt, die ja nicht ohne Grund als „Verkehrsdrehkreuz des Westens“ bezeichnet wird, gibt es aktuell keine Planung für Teststrecken für autonomes Fahren. Das finden wir relativ schade, denn eigentlich bietet diese Stadt alles an, was irgendwie getestet werden könnte. Wir haben alte, verwinkelte Altstadtgassen, wir haben breite Straßen, zum Teil noch aus der Römerzeit. Wir haben Straßenringe, Autobahnringe und riesige Firmengelände, wo autonomes Fahren vielleicht Sinn ergeben würde, wie die Messe oder der Flughafen. Wir haben die ganzen Shuttlevölker, beispielsweise in der Weihnachtszeit, in die Stadt hinein und um die Stadt herum. Wir können uns auch einmal von dem Blick auf die Straßen lösen: Wir haben Straßenbahnstrecken, oberirdisch, unterirdisch, mal auf eigenem Gleiskörper, mal im Straßenraum geführt. Wir haben Eisenbahnstrecken für Personen- und Güterverkehr, und wir haben auch noch einen riesigen Fluss quer durch die Stadt.

Neben der Infrastruktur haben wir auch alle Firmen, die man dafür benötigt, allen voran natürlich Ford in der Automobilindustrie. Wir haben die NetCologne als Telekommunikationsanbieter. Wir haben die HGK, einen riesigen Logistikkonzern, und natürlich auch die KVB als ÖPNV-Anbieter, weil autonomes Fahren eben nicht nur in Richtung autonome Autos gedacht werden soll, sondern wir hier vielleicht auch einen Ansatz finden, wie wir die Probleme der KVB, wie Personalmangel oder Gebietserweiterung, angehen können.

Weil wir so viele Möglichkeiten haben, innerhalb und außerhalb des Stadtwerkes - es gäbe noch viele andere Firmen; es gibt auch die großartige IT-Szene in Köln, die mitmachen könnte -, schlagen wir eben nicht den einen Pilot Use Case,

den eigenen Testfall vor, sondern wir geben der Verwaltung den Auftrag, sich mit allen Beteiligten zusammenzusetzen und zu überlegen: Was wäre denn sinnig in dieser Stadt, was würde Sinn ergeben? Wo könnten wir den Gedankenansatz von autonomem Fahren in die Stadt hineintragen und für die Stadt gestalten? Denn eines sollte auch klar sein: Wenn am Ende dieser Diskussion herauskommt, na ja, das bruche mer nit, dann werden wir irgendwann nur noch an der Seitenlinie zuschauen können, wie die Teslas, Googles und Apples dieser Welt in dieser Stadt das autonome Fahren gestalten werden.

Noch ganz kurz einige Sätze zum Änderungsantrag der SPD: Es gibt einige Spezialisierungen darin, einige Detaillierungen, die können wir mitgehen. Das heißt, bei den Punkten 1 und 2 würden wir mitgehen. Die Punkte 3, 4 und 5 sind aus unserer Sicht zu sehr im Detail. Wir wollen der Verwaltung nicht vorschlagen, wann sie mit welchem Unternehmen zu reden hat. Dementsprechend würden wir hierüber punktweise Abstimmung beantragen, wobei über die Punkte 1 und 2 sowie 3 bis 5 gemeinsam abgestimmt werden könnte.

Auch wenn ich jetzt bei dem Änderungsantrag nicht ganz mitgehe, würde ich noch einmal für eine breite Zustimmung unter allen demokratischen Fraktionen werben, denn wir haben hier die Chance, gemeinsam das autonome Fahren in der Stadt mitzugestalten, es durch Test- bzw. Pilotstrecken in die Stadt zu bringen und es so zu gestalten, wie wir es wollen, bevor es dann andere machen. Es müsste eigentlich unser Anspruch sein, dass wir hier mit erhobenem Kopf nach vorn gehen und das gestalten, was wir wollen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Dr. Lutz. - Frau De Bellis, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolters! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream! Autonomes Fahren ist das Schlagwort schlechthin. Es braucht eine klare Vision, und vor allem braucht es Mut. Selbstfahrende Automobile und Lkw haben das Potenzial, die gesamte Mobilität neu zu gestalten. Neben der Logistik zeigen insbesondere Mobilitätskonzepte für den städtisch-urbanen Raum vielversprechende Potenziale. In den letzten Jahren hat sich das automatisierte Fahren stark weiterentwickelt,



auch wenn von autonomem Fahren noch nicht die Rede sein kann. Der technische Fortschritt bei Fahrassistenzsystemen und die Computerleistung lassen Pkw bereits heute allein einparken. Deutsche Autohersteller schicken selbstfahrende Lkw und Pkw auf Teststrecken, und auch manche U-Bahn oder Seilbahn wird automatisch gesteuert.

Wie autonomes Fahren die Mobilität der Zukunft beeinflusst, lässt sich sehr gut abschätzen. Zu den wichtigsten Bereichen gehört unter anderem der ÖPNV. Dort fahren bereits einige U-Bahnen autonom, zum Beispiel in Nürnberg. Dieses Konzept lässt sich auf Busse und Straßenbahnen erweitern. Im Güterverkehr könnten Züge sowie Lkw selbstständig fahren.

Schon heute fehlt es an Personal - eine Situation, die sich durch absehbares Wachstum und den demografischen Wandel verschärfen wird. Autonom fahrende Verkehre können beim Klimaschutz und bei der Verkehrssicherheit nützen. Sie können zum Beispiel, als ÖPNV gedacht, mehr Mobilität bei weniger Verkehr erreichen. Weniger Parkplätze und weniger Straßenfläche werden benötigt - also mehr Platz für den öffentlichen Raum und für die Bürgerinnen und Bürger.

Für Köln als Mobilitätsdrehkreuz der Region und als Stadt mit sehr hohem Mobilitätsbedarf ergibt sich durch die Einrichtung einer Pilotstrecke die besondere Chance, Kompetenzen und Geschäftsfelder in einem der zukunftsweisendsten Bereiche der Mobilität zu entwickeln und aufzubauen, eine Vision, die wir weiterverfolgen sollten. Köln hat das Potenzial. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn alle unserem Antrag zustimmen würden und mutig wären.

Den Änderungsantrag der SPD haben wir uns natürlich auch angeschaut und können, wie mein Kollege Herr Dr. Lutz mitgeteilt hat, Punkt 1 gern übernehmen. Punkt 2 möchten wir nicht ersetzen, wir wären bereit die IHK und Handwerkskammer, die Sie aufgeführt haben, in unserem Antrag zu übernehmen. Punkt 3 ist bereits in unserem Antrag vorhanden, Punkt 4 ebenfalls. Bei Punkt 6 sehen wir das SUMP nicht als das richtige Gremium, die Teststrecke hier zu diskutieren. Später könnte überlegt werden, wenn die Ergebnisse vorliegen und falls wir den SUMP noch als Begleitgremium haben, die Ergebnisse dort einzubringen. Aber letztendlich ist es, so wie das SUMP als Begleitgremium aufgebaut ist, nicht der richtige Ort. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau De Bellis. Die Details besprechen wir gleich bei der Abstimmung, was wo noch mit abgestimmt wird und was nicht. Aber so allmählich lichten sich die Nebel. - Herr Jeschka, bitte.

Manuel Jeschka (Voll): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe alle! Ich stehe heute vor Ihnen, um einen bahnbrechenden Antrag vorzulegen: die Schaffung einer Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre. Autonom fahrende Fahrzeuge sind zweifellos eine der bedeutendsten technologischen Entwicklungen unserer Zeit. Sie haben das Potenzial, unsere Verkehre sicherer, effizienter und umweltfreundlicher zu machen. Als Stadt Köln sollten wir stolz auf unsere Technologieoffenheit sein und die Chance nutzen, Vorreiter auf diesem Gebiet zu werden. Allerdings sollten wir den Blick nicht nur auf autonom fahrende Fahrzeuge richten, sondern auch auf Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Eine Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre bietet die Möglichkeit, nicht nur die Technologie selbst zu testen, sondern auch die Integration autonom fahrender Fahrzeuge in ein ganzheitliches Mobilitätskonzept.

Insbesondere der ÖPNV spielt eine zentrale Rolle bei der Reduzierung des Verkehrsaufkommens und der Verbesserung der Luftqualität in unserer Stadt. Die Pilotstrecke könnte als Plattform dienen, um innovative Lösungen für den Ausbau des ÖPNV zu erforschen und zu implementieren. Autonome Busse oder Straßenbahnen könnten beispielsweise eine effiziente und umweltfreundliche Ergänzung zu den bestehenden Verkehrsmitteln sein. Die Schaffung einer Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre wäre somit nicht nur ein Sprungbrett für neue Möglichkeiten, sondern auch ein Schritt in Richtung einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur.

Wir sollten die Gelegenheit nutzen, um die Weichen für eine integrierte Mobilitätslösung zu stellen, bei der der ÖPNV eine zentrale Rolle spielt. Natürlich müssen wir hierbei auch die Sicherheit an oberste Stelle setzen und eng mit Regierung, Technologieunternehmen und Verkehrsexperten zusammenarbeiten. Strenge Standards und Vorschriften sollten für autonomen Verkehr gelten, um den reibungslosen und sicheren Betrieb zu gewährleisten.

Eine Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre ist ein mutiger Schritt in die Zukunft. Es ist an der Zeit, dass wir uns den Chancen stellen, die diese Technologie bietet, und gleichzeitig den Fokus auf



alternative Verkehrsmittel wie den ÖPNV legen, um eine nachhaltige und effiziente Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Unterstützen Sie diesen Antrag und lassen Sie uns gemeinsam den Weg in eine neue Ära des Verkehrs ebnen, in der autonom fahrende Fahrzeuge und ein starker öffentlicher ÖPNV Hand in Hand gehen. Transparenzhinweis: Diese Rede wurde mit Unterstützung von ChatGPT gehalten. - Danke schön.

(Beifall von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen] und vereinzelt von Volt - Heiterkeit bei Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Jeschka. - Herr Lorenz, bitte.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Autonom fahrende Verkehre hören sich aus heutiger Perspektive revolutionär, ganz neu an. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass schon 1984 in Berlin die automatisch fahrende M-Bahn eingeführt worden ist. Spätestens seit 2008 wissen wir, dass automatische U-Bahnen auch im Mischbetrieb mit von Menschen bedienten U-Bahnen funktionieren, und zwar in Nürnberg. Das bedeutet, im Grunde bedarf es nicht wirklich Pilotphasen, sondern wir wissen schon einiges darüber, wie es funktioniert; wir müssen jetzt nur in die Umsetzung kommen.

Für die SPD-Fraktion kann ich deshalb sagen, dass wir eigentlich die Pilotphase überspringen können und endlich in die Umsetzung gehen und beginnen müssen, in dieser Frage voranzugehen. Richtig ist aber auch, dass es einer Prüfung bedarf und wichtig ist, zu schauen, was für Köln überhaupt Sinn macht und welche Verkehrsmittel zielführend sind. Autonom fahrende Busse, wie zum Beispiel in Monheim, führen in Köln nicht zu den erwünschten Ergebnissen. Wir werden zu wenige Fahrgäste transportieren können, um einen wirklich einen effektiven ÖPNV gewährleisten zu können. Das werden wir auch feststellen, wenn wir die verschiedenen Studien im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen studieren und sehen, dass es schon zahlreiche Studien zum autonomen Fahren gibt.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle explizit Werbung für unseren Änderungsantrag machen. Im Detail: Unter Punkt 3 stellen wir fest, welche Verkehrsunternehmen speziell gefragt werden müssen. Das sind stadteigene Verkehrsunternehmen.

Wir sollten auch - das haben wir unter Punkt 2 geschrieben - nicht nur den Stadtwerkekonzern, sondern auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften befragen, zum Beispiel die Messe, die extrem viel Logistikbedarf hat. Stimmen Sie uns deshalb - hoffentlich - in Punkt 1 und 2 zu; nicht, dass zum Schluss der Fehler bei den Stadtwerken liegt.

Punkt 3 habe ich gerade erwähnt. Punkt 4 ist uns besonders wichtig. In städtischen Entwicklungsgebieten ist es richtig, das zu prüfen. Aber wir wissen, dass wir zum Beispiel mit *Future Cologne* ein weiteres stadteigenes Unternehmen mit einem Entwicklungsprojekt haben, bei dem autonomes Fahren genutzt werden kann.

Zum Abschluss haben private Unternehmen, Rewe und Vodafone, die auf dem Carlswerk-Gelände schon eine entsprechende Prüfung vorgenommen und eine Pilotstrecke eingerichtet haben. Diese sollten wir in der Prüfung nutzen und sie in die weitere Prüfung einbeziehen - deshalb unser Antrag. Wir hoffen auf Zustimmung.

Zu Punkt 6: Frau De Bellis, Sie haben recht damit, dass das Ganze nichts im Beirat zu suchen hat. Aber das Ganze soll ja in den SUMP, also in das nachhaltige Mobilitätskonzept. Deshalb ergibt es durchaus Sinn, noch einmal zu betrachten, was autonomes Fahren für die Mobilität bedeutet. Deshalb sollte ergänzt werden, dass man das Ganze in den SUMP aufnimmt. Daher haben wir diesen Antrag gestellt und hoffen auf Ihre Zustimmung zu diesem Punkt, weil das Ganze dadurch abgerundet wird und im Grunde schon die von Ihnen genannten Tests und Piloten mit aufnimmt. Wir hoffen auf breite Zustimmung.

Übrigens: Meine Rede ist nicht auf ChatGPT, sondern auf schnöden Zetteln erstellt worden. Deshalb war sie auch so verwirrt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Das ist aber nicht aufgefallen. - Frau Tokyürek, bitte, danach Herr Sterck.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe alle! Die Digitalisierung verändert den Verkehrssektor mit hoher Geschwindigkeit. Deshalb ist es notwendig, auch über automatisierte Fahrzeuge zu sprechen. Die möglichen



Auswirkungen des digitalen Wandels im Verkehr zeigen allerdings, dass dieser Prozess als Gestaltungsaufgabe zu verstehen ist. Es geht nicht nur um die technische Entwicklung, sondern auch um Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung und Mobilität.

In der Debatte um das autonome Fahren kommen Aspekte des Klimaschutzes und der nachhaltigen Stadtentwicklung leider etwas zu kurz. Es ist zu befürchten, dass ohne eine gezielte politische Steuerung eine zunehmende Motorisierung mit weiter steigendem Energie- und Flächenverbrauch droht. Es geht nicht nur um rechtliche, technische und sicherheitsrelevante Fragen. Bei der Digitalisierung im Verkehr geht es auch um den Klimaschutz und um Lebensqualität, also: Welche Chancen und Risiken des automatisierten Fahrens gibt es für die nachhaltige Mobilität? Das Hauptrisiko besteht darin, dass der motorisierte Individualverkehr attraktiver wird und die Fahrleistung steigt; denn die Digitalisierung erleichtert das Autofahren und macht es sogar für Zielgruppen zugänglich, die bisher nicht dazu in der Lage waren.

Im schlimmsten Fall könnte auch eine separate Infrastruktur für automatisierte Fahrzeuge entstehen, die andere Verkehrsarten wie Rad- und Fußverkehr einschränkt und den öffentlichen Raum weiter verknüpft. Allerdings zeigen die Analysen aber auch, dass die Automatisierung genutzt werden kann, um die Fahrleistung zu reduzieren und den Verkehr sicherer und effizienter zu machen. Schätzungen gehen davon aus, dass ein öffentlich genutztes, automatisiertes Fahrzeug an einem Tag die Fahrten von bis zu elf Privatfahrzeugen übernehmen könnte. Ich finde, das ist sehr beachtlich.

Es gibt auch Simulationen, beruhend auf Städten wie Lissabon, Pittsburgh und Singapur, die sagen, mit der Automatisierung des ÖPNV und MIV könnte man lediglich noch 10 bis 30 Prozent des Fahrzeugbestandes notwendig machen. Das würde ausreichen, um die Verkehrsnachfrage ohne Einschränkungen abzudecken. Das würde eine Senkung des Energieverbrauchs bedeuten, und was positiv dazukommt: Es könnte den kommunalen Gestaltungsspielraum hinsichtlich Flächennutzung und Stadtentwicklung erweitern. Voraussetzung dafür, dass es zur Verkehrswende beiträgt, ist aber die Bereitschaft, auf das eigene Fahrzeug zu verzichten. Effizienzvorteile wie das Fahren mit gleichmäßiger Geschwindigkeit und geringen Abständen könnten erst bei einem hohen Anteil automatisierter Fahrzeuge realisiert werden.

Leitlinie für die Politik sollte daher sein, das automatisierte und vernetzte Fahren gezielt als Beitrag zur Verkehrswende zu gestalten. In erster Linie geht es dennoch darum - darüber streiten wir auch im Verkehrsausschuss im Rat -: Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf nachhaltige Verkehrsträger ist das Credo, und das ist eigentlich das Wichtigste bei diesem Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Grundprinzip der Daseinsvorsorge durch den öffentlichen Verkehr muss erhalten bleiben. Automatisierte Mobilitätsangebote sollten nicht in Konkurrenz zum klassischen ÖPNV stehen, sondern als Ergänzung dienen, insbesondere dort, wo die Effizienz Vorteile bietet. Dabei gilt es, automatisierte Fahrzeuge möglichst effizient zu betreiben, gemeinschaftlich zu nutzen und in den ÖPNV zu integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Autonomes Fahren kann die Mobilität für alle grundlegend verändern. Deshalb ist es notwendig, die gesellschaftliche Debatte über die Automatisierung im Verkehr zu stärken und sie unbedingt mit den Fragen des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung zu verknüpfen. Was hier vorliegt, ist auch ein Prüfantrag. Wir können uns auf den Weg machen. Wir würden dem zustimmen, um auch zu schauen, wie sich das entwickelt, aber auch, um in der Debatte darum zu streiten, dass wir das Klima und die Verkehrswende im Blick haben.

Nun möchte ich noch ganz kurz auf den SPD-Antrag eingehen. Am Anfang, als ich ihn gelesen habe, kam er mir ein wenig überladen vor. Aber letztendlich, wenn wir schon heute im Rat anstatt im Fachausschuss darüber diskutieren, können wir hier gemeinsam etwas mehr beschließen, als es der Bündnisantrag vorsieht. Insofern werden wir dem SPD-Antrag zustimmen. Ich denke, da verschließt sich überhaupt nichts.

Nur eine Sache hätte ich gut gefunden: Im Beschlusspunkt 2 des SPD-Antrags nennt man IHK und Handwerkskammer. Ich meine, dass die Gewerkschaften auch hier gefragt sind, und es wäre gut gewesen, sie hineinzuschreiben.

(Heiterkeit bei Ulrich Breite [FDP])

- Ja, Sie lachen, Herr Breite, aber ich denke, wenn man über automatisierte Fahrzeuge spricht, muss man die Debatte komplett in der Stadtgesellschaft führen, und dazu gehören auch die Gewerkschaften. Also werden wir diesem Antrag und auch dem SPD-Antrag zustimmen. - Danke schön.



(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Tokyürek. - Bitte, Herr Sterck und dann Herr Büschges.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich mal wieder ein verkehrspolitisches Wohlfühlthema nach den ganzen Pleiten, Pech und Pannen, die uns in den letzten Wochen und Monaten in Köln verkehrspolitisch begleitet haben. Geschäftsleute auf der Deutzer Freiheit bangen um ihre Existenz,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Aaach!)

Fußgänger und Radfahrer auf der Venloer Straße teilweise sogar um Leib und Leben. Vertriebene Touristenbusse und Autos hinterlassen auf der Komödienstraße eine Asphaltwüste. Wenn man es sich anschaut: Die KVB fährt nur nach Notfahrplan, der Schienenausbau verzögert sich, E-Ladepunkte fehlen; bei den Quartiergaragen hat die Stadtverwaltung längst ihren Offenbarungseid geleistet. Dann kommen Aufgaben, wie eben vom Kollegen Lorenz beschrieben: der SUMP, das MIV-Vorzugsnetz oder der Masterplan Parken - also alles Dinge, die die Stadtverwaltung noch „vor der Brust“ hat. Und dann kommt der Kollege Lutz und sagt: Lassen wir das doch von der Stadt machen; wir wollen doch verhindern, dass ein Unternehmen wie Google oder Tesla aus der Wirtschaft das mit seiner Kraft macht. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dem, was uns hier derzeit verkehrspolitisch an Performance geboten wird, und bei dem, was die Stadt sonst zu leisten hat, habe ich meine Zweifel, ob das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Jeschka hat eben die künstliche Intelligenz angesprochen, aber die natürliche Intelligenz eines Liberalen sagt: Wir sind eine innovative, technologiefreundliche und fortschrittliche Partei,

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der SPD: Thema!)

und wir wollen ja wohl nicht als Einzige im Rat da-
gegensprechen. Vielleicht ist es ja wirklich so, wie
es der Kollege Lorenz eben gesagt hat: Vielleicht

ist es die neue Ost-West-U-Bahn, die erste, die
hier autonom fährt,

(Heiterkeit bei der LINKEN - Lino Hammer
[Bündnis 90/Die Grünen]: Für vier Haltestellen,
oder?)

und dem wollen wir uns als FDP natürlich nicht
verschließen. Deshalb stimmen wir diesem An-
trag gern zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank,
Herr Sterck. - Herr Büschges, bitte.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrter Herr
Bürgermeister Wolter! Ich spreche vom Platz aus.
- Ich habe auch einige Dinge auf meinem Zettel,
aber als Erstes möchte ich eine Frage an Herrn
Sterck stellen: Warum haben Sie dem AfD-Antrag
zur Deutzer Freiheit nicht zugestimmt, wenn Sie
das jetzt auf einmal so für sich entdeckt haben?
Das ist ziemlich heuchlerisch.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja!)

Aber zum Ursprungsantrag. Natürlich wollen wir
uns der Technik auch nicht verwehren. Wir sind
ein großer Freund davon, den ÖPNV effizient aus-
zubauen, so, wie es hier beschrieben wird. Wir
sind noch etwas skeptisch, weil wir sowohl Frau
Tokyürek nicht folgen wollen, den motorisierten
Individualverkehr komplett zu verbieten oder aus
der Stadt zu bringen oder wie auch immer Sie es
formuliert haben. Wir sind final der Meinung, dass
Köln sich eigentlich nicht an diese Projekte heran-
trauen sollte. Trotzdem - da schlagen zwei Herzen
in unserer Brust - werden wir vermutlich dem An-
trag des Bündnisses doch zustimmen. - Vielen
Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Frau Gabriel,
danach habe ich eine Wortmeldung von Herrn
Zimmermann.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo an
alle! Für die Bewertung des Mehrwertes von au-
tonomen Fahrzeugen wurden zwei wichtige Krite-
rien noch nicht genannt, die aus unserer Sicht
eine sehr bedeutsame Wirkung auf die Stadt und
die Gesamtgesellschaft haben.



Zum Ersten ist es der Ressourcenverbrauch im gesamten Lebenszyklus. Berücksichtigt man die Fahrzeugproduktion und den Aufbau der digitalen Infrastruktur - die es natürlich braucht, damit die Fahrzeuge fahren können -, so belegen Studien, dass es hier zu Rebound-Effekten kommt. Das heißt, zwar gibt es Vorteile, wie zum Beispiel die Fahrgastkapazität oder die Reduktion des Fahrzeugbestands, aber unterm Strich wird der Ressourcenverbrauch höher sein als die Ressourcensparung. Demnach ist es leider nicht ökologisch nachhaltig. Das belegt die Wissenschaft, die ganzheitlich auf das Thema blickt und nicht nur einzelne Aspekte untersucht.

Zum einen spielen dabei die Rohstoffe eine Rolle, zum Beispiel die seltenen Erden, die sehr aufwendig abgebaut werden und ohnehin knapp sind, zum anderen ist es der Energieverbrauch beim Betrieb. Es ist prognostiziert, dass ein Fahrzeug etwa 4 Terabyte Daten am Tag produziert, und der Energiebedarf, um diese Datenmenge zu erfassen, zu übertragen, zu verarbeiten und zu speichern ist höher, als wir es uns leisten können.

Ein Funfact zwischendurch: Eine ChatGPT-Anfrage verbraucht tausendmal so viel Energie wie eine Google-Anfrage, wobei eine Google-Anfrage eine Glühbirne etwa 6 Minuten zum Leuchten bringen kann.

(Beifall von Dr. Nils Helge Schlieben [CDU])

Die Rohstoffe und die Energie, die wir bräuchten, stehen in der exponentiellen Digitalisierung, in der wir uns befinden, in Konkurrenz mit vielen anderen digitalen Lösungen, die wir an dieser Stelle brauchen, um andere Grundbedürfnisse sicherzustellen.

Zum Zweiten: Neben dem Ressourcenverbrauch ist zur Bewertung des Mehrwertes auch der Faktor der Privatsphäre zu berücksichtigen. Denn nicht nur die Daten der Fahrgäste werden erfasst, sondern die von allen Menschen, die auch nur den Weg kreuzen. Derzeitig fehlen an sämtlichen Stellen rechtliche Rahmenbedingungen und technische Lösungen, die für ausreichenden Schutz sorgen - ob vor KIs, die jegliche Datenströme verspeisen, die sie finden, oder Kriminellen, die Identitäten stehlen, oder vor Firmen, die auf Knopfdruck den Alltag und das Verhalten einzelner Personen rekonstruieren und prognostizieren können, oder auch vor politischen Akteur*innen, die ebenso digitale Profile von uns erstellen und sie derzeit auch frei für antidemokratische Manipulation nutzen dürfen. All das ist gerade aufgrund fehlender politischer Rahmenbedingungen und

fehlender Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung gängige Praxis und der Preis für die kostenlose Nutzung.

Mit diesen beiden Faktoren zeigt die Kosten-Nutzen-Rechnung für den Einsatz autonomer Fahrzeuge eindeutig, dass der Ressourcenverbrauch und die Einbußen der Privatsphäre derzeit nicht vertretbar sind, auch im Sinne des Jugendschutzes, denn Zukunft schützen heißt auch Jugend schützen. Autonomes Fahren ist Stand heute keine zukunftsfähige Lösung für eine flächendeckende Versorgung von Mobilitätsgrundbedürfnissen. Daher plädieren wir KLIMA FREUND*INNEN dafür, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den KLIMA FREUNDEN und vereinzelt bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gabriel. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche ebenfalls vom Platz aus. Vielen Dank an Frau Gabriel und an Frau Tokyürek vorhin, die zwar zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, aber zumindest die beiden Einzigen waren, die auch einige kritische Anmerkungen zu der Idee des autonomen Fahrens nach all der Technikbegeisterung hier im Saal gemacht haben.

Frau Gabriel hat es angesprochen: Mich macht auch der Energieverbrauch stutzig, Datenschutzbedenken, ethische Fragen etc. Natürlich ist es ein Prüfauftrag, und natürlich soll man das alles versuchen und schauen, ob es vielleicht Sinn ergibt. Höchstwahrscheinlich kommt man zu Ergebnissen, die dann vielleicht nicht erfreulich sind. Als Liberaler, Herr Sterck, und als einziger ökologischer Liberaler hier im Saal möchte ich aber auch noch einige Anmerkungen zu einer Verkehrswende machen, wie ich sie mir vorstelle, und dazu gehört das autonome Fahren nicht. Vielleicht bin ich privilegiert, aber meine ökologischen Verkehre beschränken sich auf zu Fuß gehen, auf Fahrradfahren und ab und zu mal die KVB nutzen.

(Zuruf von der SPD: Die sind ja auch autonom!)

Autonomes Fahren gehört mit Sicherheit nicht dazu. Ich möchte auch, was den Aufwand dieses Prüfantrags und späterer Versuche betrifft, nur ganz kurz daran erinnern - Stichwort: ökologische Verkehrswende -: Vor über einem Jahrzehnt hat



unsere schöne Stadt im schönen Land NRW einen ganz, ganz tollen Preis gewonnen, und zwar dafür, dass sie einen Fahrradschnellweg von Frechen nach Köln bauen kann. Wir haben über ein Jahrzehnt gebraucht, um dort nichts, aber auch wirklich überhaupt nichts realisiert zu haben. Aber das sind die Aufgaben, die wir eigentlich haben. Lassen Sie uns die eigentliche ökologische Verkehrswende - damit meine ich den Fuß- und Radverkehr und den ÖPNV - mit aller Kraft voranbringen! Den Antrag zum autonomen Fahren lehne ich ab. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Nun haben wir ein breites Spektrum von Meinungen zu den Anträgen gehört und können jetzt zur Abstimmung kommen, denn es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen - dabei schaue ich jetzt einmal in Richtung CDU und Grüne -, dass wir über die Punkte 1 und 2, so hat es Herr Lutz eben gesagt, gemeinsam abstimmen können. Ist das so in Ordnung? - Dann würden wir auch über die Änderungen, also die Punkte 3, 4 und 6, die dann kommen, gemeinsam abstimmen. Oder will jemand Einzelabstimmung für diese Punkte beantragen? - Nicht. Okay, dann würde ich jetzt über den Änderungsantrag abstimmen lassen, und zwar den der SPD zu den Punkten 1 und 2. Wer würde dem zustimmen wollen? - Das ist DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt und die AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind Frau Gabriel und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion Die FRAKTION.

Dann zu den Punkten 3, 4 und 6, also den drei letzten Punkten des SPD-Antrags. Wer will zustimmen? - Das ist DIE LINKE. Sehe ich das richtig, DIE LINKE? - Ja. Und die SPD. Wer enthält sich? - Die Fraktion Die FRAKTION. Damit wäre dieser Antrag abgelehnt.

Somit könnten wir jetzt über den Antrag von Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt mit den jetzt hinzugefügten zwei Punkten aus diesem SPD-Änderungsantrag in Gänze abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu? - Das sind DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt und die AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind Frau Gabriel und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Die Fraktion Die FRAKTION. Damit hätten wir diesen Punkt abgeschlossen.

Punkt 3.1.4 ist von der Tagesordnung abgesetzt worden, Punkt 3.1.5 hatten wir eben schon.

Tagesordnungspunkt:

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verkehrswende mit Augenmaß - KVB-Vorstand in die Pflicht nehmen - Verkehrsversuche aussetzen" AN/0801/2023

Das Wort hat Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! In keiner anderen Großstadt in Deutschland klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie hier in Köln. Jüngstes Beispiel: die sogenannte Verkehrswende. Unter der Überschrift „Verkehrswende in vollem Gange“ erklärt unsere Oberbürgermeisterin im Internetauftritt der Stadt Köln - Zitat -:

Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir den Radverkehr und den öffentlichen Nahverkehr auch für längere Strecken, die über fünf Kilometer hinausgehen, attraktiver gestalten, und zwar in allen Kölner Bezirken. Deswegen arbeiten wir mit Hochdruck an Rad-schnellwegen und am Ausbau des Stadtbahnnetzes.

So weit der Anspruch. Und wie sieht die Wirklichkeit bei der KVB aus? Entfall ganzer Buslinien, auf etlichen Linien 20-Minuten- statt 10-Minuten-Takt, Entfall von Verstärkerfahrten gerade zu Stoßzeiten. Meine Damen und Herren, genau so werden wir in Köln klimaneutral, nicht wahr? „Nicht immer pünktlich, aber rechtzeitig zur Verkehrswende“ - so wirbt die KVB auf ihren Bussen und Bahnen. Wissen Sie, ich habe ja nichts gegen einen Schuss Selbstironie, und die Werbeagentur, der Aufsichtsrat und der Vorstand der KVB mögen diesen Spruch ja auch witzig finden; aber für die alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen quengenden Kindern an der Hand, die sich morgens an der Bushaltestelle die Beine in den Bauch steht, ist dieser Spruch blanker Hohn.

(Beifall bei der AfD)

Dass die KVB notorisch unpünktlich ist, das wissen wir. Aber ich sage Ihnen: Wer Buslinien streicht, Verstärkerfahrten entfallen lässt und die Takte ausdünnert, der kommt auch zur sogenannten Verkehrswende deutlich zu spät. Frau Haaks ist jetzt leider nicht hier, aber ich fordere Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass dieser Spruch von Ihren Bussen und Bahnen entfernt wird. Veräppeln können sich Ihre Kunden auch allein.

(Beifall bei der AfD)



Doch wer trägt die politische Verantwortung? Hier muss sich Lino Hammer als Vorsitzender des KVB-Aufsichtsrats etliche Fragen gefallen lassen. Wie kann es sein, Herr Hammer, dass die KVB in den letzten drei Jahren ihre Mitarbeiterzahl um nahezu 500 erhöht hat, das Streckennetz gleichzeitig um null Kilometer gewachsen ist, und jetzt fehlen Dutzende Bus- und Bahnfahrer? Was machen diese 500 zusätzlichen Mitarbeiter eigentlich den ganzen Tag bei der KVB, Herr Hammer? - Busse und Bahnen lenken offensichtlich nicht.

(Beifall bei der AfD)

So viele Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte kann ja selbst die KVB nicht einstellen und beschäftigen.

(Beifall bei der AfD)

Wie kann es sein, dass der KVB-Vorstand in diesem Jahr pro Kopf eine sogenannte leistungsabhängige Tantieme von 70 000 Euro bekommen soll? Für welche Leistungen wird hier, bitte schön, gezahlt? Und wie kann es sein, dass der für dieses Desaster fachlich zuständige Personalvorstand und Arbeitsdirektor Herr Densborn ebenfalls diese Tantieme bekommt? Herr Densborn ist auch der Einzige, der 200 000 Euro pro Jahr mehr verdient als die Vorstandsvorsitzende. Darüber, Teresa, solltest Du Dich mal aufregen und diskutieren, als Dich im *Kölner Stadtanzeiger* über die Dienstwagennutzung von Dr. Schaffer zu echauffieren.

(Beifall bei der AfD)

Das Ganze ist eine Petitesse dagegen, und ich frage: Wie und wo nimmt der Aufsichtsrat hier seine Verantwortung wahr, und welche Verantwortung tragen Sie, Herr Hammer, als Vorsitzender dieses Gremiums? Fragen über Fragen. Dass Frau Haaks als Vorstandsvorsitzende ihren Laden offensichtlich nicht im Griff hat, ist bedauerlich, aber dass Sie, Herr Hammer, nach über zwei Jahren Aufsichtsratsvorsitz offensichtlich überfordert sind, den Laden wieder auf Kurs zu bringen, macht die Sache nicht besser. Statt über die Dienstwagennutzung eines einzelnen Vorstands öffentlich zu diskutieren - wie gesagt, eine Petitesse finanziell gesehen, wäre es vielleicht eher angezeigt, dem gesamten KVB-Vorstand im nächsten Winter mal für drei Monate die Dienstwagen wegzunehmen. Dann würden die Herrschaften mit der KVB fahren, und dann müssten sie sich ihre eigene Schlechtleistung einmal selbst zumuten.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre eine erzieherische Maßnahme, meine Damen und Herren.

Wir als AfD fordern:

Erstens: KVB-Vorstand in die Pflicht nehmen. Es kann nicht sein, dass dort Tantiemen fließen, insbesondere nicht für den fachlich zuständigen Vorstand Herrn Densborn.

Zweitens: Verkehrswende mit Augenmaß - das wurde heute auch schon von Herrn Sterck angesprochen -, Aussetzung aller Verkehrsversuche so lange, bis die KVB wieder den früheren Takt hergestellt und das Angebot in vollem Umfang erreicht hat. Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dem Antrag vor. Dann können wir abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer möchte sich enthalten? - Das ist niemand. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt:

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen - passgenaue Wohnraumversorgung für Familien in Wohnungsnot vorhalten“ AN/0797/2023

Ich habe folgende Wortmeldungen: Frau Scho-Antwerpes, Herr Rudolph, Herr Erkelenz, Herr Detjen, Frau Hoyer, Frau Glashagen und dann Herr Cremer. - Frau Scho-Antwerpes, bitte schön.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Andreas! Liebe alle! Wir reden heute über ein Thema, das viele Menschen in Köln bewegt und von dem immer mehr Menschen direkt betroffen sind. Pro Jahr steigt die Zahl der gemeldeten - der gemeldeten! - Wohnungsnotfälle um circa 1 000 Menschen pro Jahr an. Laut Sozialberichterstattung Nordrhein-Westfalen waren im Juni 2021 in Köln 8 170 Menschen wohnungslos und mussten ordnungsbehördlich untergebracht werden. Wie das aussieht, kann man sich vorstellen - egal ob Frauen, Frauen mit Kindern.



Leider können wir davon ausgehen, liebe Kollegen und Kolleginnen, dass sich das Problem weiter verschärfen wird. Von der großen Dunkelziffer, die zum Beispiel die Sofaschläfer*innen ausmachen, ganz zu schweigen.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren mehrfach nachgefragt, wer diese Notfälle sind, und wo und wie diese untergebracht wurden, wie sie versorgt wurden. Ein großer Teil der Wohnungsnotfälle in 2022 waren circa 1 500 Menschen - darunter 500 Frauen -, die in Beherbergungsbetrieben wie Hotels landen. Bemerkenswert ist, dass zur Zahl der Familien keine Angaben gemacht wurden. In einer Antwort aus dem Juni 2022 war von 198 alleinstehenden Frauen und 100 Haushalten alleinerziehender Frauen die Rede. Die Verwaltung gab an, dass ihr die Anzahl der Kinder unbekannt sei. Zu den alleinstehenden Frauen kämen noch 240 Paare mit und ohne Kinder hinzu. Auch hier keine genauen Angaben zur Anzahl der Kinder. Zudem kam heraus, dass es für wohnungslose Frauen in den Hotelunterkünften überhaupt keine fest installierte sozialarbeiterische Betreuung gab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Verwaltung nicht weiß, wie viele Kinder ordnungsbehördlich untergebracht sind, ist meiner Meinung nach ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD)

Und ich hoffe, niemand wagt es, in den heutigen Reden Einzelfälle anzusprechen; denn wir haben es schwarz auf weiß: Kinder werden im Kölner Wohnungslosen-Hilfesystem leider übersehen. Familien in Wohnungsnot werden in Köln nicht ausreichend betreut und ihnen wird kein adäquater und familiengerechter Wohnraum zur Verfügung gestellt. Allen ist die Familie mit den fünf Kindern bekannt, die ja jetzt immer noch eine neue Bleibe sucht und die immer noch nicht adäquat, so wie es sein sollte, nämlich menschenwürdig, untergebracht ist.

Was in Familien an Wohnungsnot in Köln angeboten wird, ist in den meisten Fällen eine Unterbringung in Hotels oder viel zu kleinen Wohnungen. Von den Familien wird dann auch noch erwartet, dass sie umziehen. Es wird nicht daran gedacht, wie wichtig es für die Kinder wäre, in ihrem Wohnumfeld zu bleiben.

(Beifall bei Teilen der SPD und von Karina Margareta Syndicus [GUT Köln])

Auf diese systematischen Probleme macht auch heute wieder das Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung vor dem Rathaus aufmerksam: lautstark - mit Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwarzgrüne Landesregierung hat eine Handlungsempfehlung für die Kommunen herausgegeben, wie sie Wohnungsnotfallhilfen vorausschauend planen und präventiv handeln können. Hier heißt es zur Unterbringung von Familien, dass das Kindeswohl besonders beachtet werden müsse. Da können wir doch nur drei Ausrufezeichen hinter machen. Familien sollten in abgeschlossenen Einheiten untergebracht werden und die Kinder weiterhin in dieselbe Kita und in dieselbe Schule gehen können. Oft sind auch Kinder betroffen, die ohnehin schon traumatisiert sind. Für die ist es besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns bewusst sein, dass die Zahl der Wohnungsnotfälle in Familien im ordnungsrechtlichen Sektor steigt. Die Hintergründe sind uns allen ausreichend bekannt. Köln hat einen enormen Wohnungsnotstand. Der Wohnungsmarkt ist sozusagen nicht zugänglich. Es gibt kaum noch Angebote von bezahlbarem Wohnraum; von großen Wohnungen für Familien ganz abgesehen. Die Stadt muss auf eine alarmierende Entwicklung mit eigenen Angeboten reagieren und zum Beispiel familiengerechten Wohnraum anmieten oder kaufen oder notfalls sogar beschlagnahmen.

Es kann doch nicht sein, dass wir das Siegel der kinderfreundlichen Kommune wie eine Monstranz vor uns hertragen und dabei Kinder von wohnungslosen Eltern jahrelang in nicht adäquaten Notlösungen wie Hotels leben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss doch - hören Sie zu, Sie brauchen keinen Kommentar abzugeben -, den kann ich mir schon vorstellen. Es muss doch selbstverständlich sein, dass bei drohendem Wohnungsverlust von Familien ein besonderer Fokus auf die Kinder gelegt wird. Das Kindeswohl muss doch vorrangig berücksichtigt werden.

Heute beraten wir unter 10.17 über zusätzliche Hilfen für wohnungslose Menschen. Es ist gut, dass wir mit der Beschlussvorlage dafür sorgen, dass die Situation auf der Straße und für Wohnungsnotfälle erträglicher wird. Aber wir packen das Problem der Wohnungsnot mit diesen Hilfen nicht bei der Wurzel an, sondern bekämpfen und mildern die Symptome nur ab. Unterhalten Sie



sich einmal mit Franco Clemens oder mit der „Köl-schen Linda“.

Bürgermeister Andreas Wolter: Langsam zum Schluss kommen.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Das tue ich. Was wir aber dringend brauchen, ist eine passgenaue Wohnraumversorgung. Die Stadt muss mehr leisten, als nur für ein einfaches Dach über dem Kopf zu sorgen. Wir wollen, dass Familien ein Zuhause bekommen und nicht weiter sechs Jahre im Hotel verbringen müssen und dort geparkt werden. Unser Vorschlag war dies. Ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, vielen Dank, Frau Scho-Antwerpes. - Herr Rudolph, bitte.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleg*innen! Liebe Gäste! Die bessere Unterstützung für wohnungslose und obdachlose Menschen hier in der Stadt Köln beschäftigt uns ja fast in jeder Sitzung im Sozialausschuss, aber auch hier im Rat. Sie hatten es schon angesprochen, Frau Scho-Antwerpes, dass wir heute im späteren Teil der Sitzung auch noch einmal das Förderprogramm von 1 Million Euro für die zusätzliche Hilfe für obdachlose Menschen auf der Tagesordnung haben, die wir als Bündnis explizit auch in diesem Haushalt zugesetzt haben, um obdachlose Menschen zu unterstützen.

Sie sprachen vor allem von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen, was ja wiederum auch ein anderer Punkt ist. Deswegen nun konkret zu Ihrem Antrag, liebe SPD: Es steht immer außer Frage, dass Familien besonders vor Wohnungslosigkeit geschützt werden müssen. Der Schutz von Kindern und des Kindeswohls müssen immer die oberste Priorität sein. So weit, so einig - und so passiert das in dieser Stadt auch.

Sie zählen einige Maßnahmen in Ihrem Antrag auf, wie dies nach Ihrer Meinung erreicht werden kann: ämterübergreifende Fachkonferenzen, Beschlagnahmungen, Wiedereinweisungen, Belegwohnungen und Unterstützung von Familien. Vieles, was Sie dort erwähnen, findet bereits in dieser

Stadt statt. Nur zwei Beispiele dazu: Die ämter-übergreifenden Fallkonferenzen sind bereits gelebte Praxis hier in Köln. Die Fachstelle Wohnen und die Präventionsstelle versuchen immer, eine Wohnung zu sichern und den Wohnungsverlust zu vermeiden und notfalls auch eine lückenlose Anschlussversorgung bereitzustellen.

Ein anderer Punkt, den Sie hier erwähnen, ist die Beschlagnahmung. Die ist aber keine schnelle Hilfe für akute Problemlagen. In Ihrem heutigen Antrag beziehen Sie sich auf das Schicksal einer konkreten Familie. Die ist leider ein Sonderfall. Aber auch Einzelfälle soll es nicht geben. Aber auch in diesem Fall wäre die Beschlagnahmung auch keine schnelle Hilfe gewesen.

Es ist ein komplexes Thema; wie Sie es in Ihrem Antrag darstellen, werden Sie diesem Thema meines Erachtens nicht gerecht. Vor allem auch mit den Behauptungen, die Sie gerade in Ihrer Rede aufgestellt haben, die zum Teil auch einfach der Wahrheit nicht entsprechen. Ich würde das gerne in Ruhe diskutieren und uns auch die Zeit dafür nehmen, zu beratschlagen, wie wir tatsächlich die Hilfe in der Stadt für wohnungslose Menschen und besonders für Familien noch weiter verbessern können. Deswegen beantrage ich die Verweisung an den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren sowie an den Unterausschuss Wohnen. Gerade im Hinblick darauf, dass gerade hier in der Stadt Köln vor allem von der Verwaltung das Kölner Konzept gegen Wohnungslosigkeit erstellt wird und das Konzept auch allumfassend gegen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit helfen soll, wäre es gut, wenn man da auch Ideen und Vorschläge weiter einbringen kann. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, vielen Dank, Herr Rudolph. - Das Wort hat Herr Erkelenz. - Herr Erkelenz, bitte schön.

Martin Erkelenz (CDU): Herr Bürgermeister Wolter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnungslosigkeit ist eine der gravierendsten Folgen von Armut überhaupt. Und Sie, Frau Scho-Antwerpes, haben ja auch sehr engagiert - dankenswerterweise - über diese Thematik gesprochen.

Die SPD als Antragstellerin möchte mit ihrem Antrag, ich zitiere:



Die besondere Situation der Familien in Wohnungsnot stärker in den Fokus des Kölner Wohnungslosen-Hilfesystems rücken.

Damit gehen wir auch einher. Bei Wohnungslosen gibt es insbesondere zum Beispiel Folgendes zu beachten: Mit Schufa-Anfragen haben sie zu kämpfen, Einstufung als potenzielle Risikomietler, einem zu geringen Angebot - das wissen wir - an erschwinglichem Wohnraum insgesamt. Damit werden Wohnungslose häufig mit ganz besonderen Barrieren konfrontiert, wenn es um den Zugang zu normalem Wohnraum geht.

Schauen wir einmal, was es in der Stadt Köln schon alles gibt: Übergangswohnungen, Sozialhäuser, Notunterkünfte. Das von CDU und Bündnis 90/Die Grünen im letzten Jahr initiierte oder in der letzten Periode initiierte Projekt „Housing First“; zielgruppenorientierte Projekte, wie zum Beispiel Familienunterkünfte. Auch das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster weist auf, dass die Stadt Köln mehr tut als unbedingt erforderlich. Das ist auch ein Lob an die Verwaltung. Ich denke, das muss man auch einmal sagen.

Schauen wir einmal - und die SPD hat auch davon gesprochen - auf das Förderprogramm des Landes: Hier ist besonders das Landesprogramm „Hilfen in Wohnungsnotfällen“ zu nennen, wo es um Prävention geht, wo es um Zielgruppenorientierung geht, wo die Unterstützung des Landes - und das ist Minister Laumann ein sehr wichtiges Anliegen -, an die Gemeinden auch wirklich ankommt.

(Zuruf von Elfi Scho-Antwerpes [SPD]:
Das habe ich doch auch zitiert!)

Ja, das haben Sie. Darum danke ich Ihnen ja auch. Aber das Förderprogramm des Landes - das wollte ich nur sagen - ist ein wichtiges Anliegen der CDU-geführten Landesregierung.

Andererseits hat die SPD etwas in ihrem Antrag nicht so sehr beachtet: Artikel 14 in unserem Grundgesetz. Dort steht: Eigentum verpflichtet. Das ist eine der Aussagen in diesem Artikel unseres Grundgesetzes, der zugleich das Privateigentum unter einen ganz besonderen Schutz stellt. Und genau deshalb kann es ja wohl nicht sein, dass man ausgerechnet in einem freien Land mit einem solchen Grundgesetz immer wieder einmal - so auch heute - zu alten, untauglichen, miefigen, aus sozialistischen Schubladen stammenden linkspopulistischen Maßnahmen greift

(Empörung bei der SPD)

und das Mittel der Beschlagnahme

(Beifall bei der AfD)

und das Mittel der Beschlagnahme als das Maß aller Dinge ansieht. In Berlin hatte man Ähnliches vor, aber nicht bedacht, dass dabei die Zahlungen von Entschädigungen in Milliardenhöhe fällig werden könnten.

Damit fällt der SPD-Antrag hier und heute im Prinzip fachlich in sich zusammen, weshalb ich die dringende Empfehlung - auch was der Kollege Rudolph eben sagte - gebe, den Antrag zunächst einmal dorthin zu verweisen, wo er sachlich und fachlich diskutiert werden kann - und das wäre dann der Sozialausschuss, der Ausschuss für Soziales und Senioren -, einfach um einmal zu eruieren, wo es vielleicht tatsächlich Verbesserungen in der Kölner Stadtverwaltung gibt, wenn es um die Beseitigung von Wohnungslosigkeit geht. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Erkelenz. - Herr Detjen und danach Frau Hoyer.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich vor einer Woche sehr gefreut, als ich gehört habe, dass Linda Rennings zusammen mit Gerhart Baum eine der Alternativen Ehrenbürger wird. Das hat mich wirklich gefreut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis
90/Die Grünen)

Man muss einfach auch einmal anerkennen, dass solche Personen unterstützt werden, dass ihnen Mut gemacht wird, und dass man sie auch würdigt. Am 4. Juni ist die Veranstaltung. Es würde mich freuen, wenn die eine oder andere von euch auch kommen würde.

Ich habe im Vorfeld mit der SPD sehr intensiv über diesen Antrag gesprochen und habe gesagt, wir müssen einen Antrag entwickeln, wo die FDP, die DIE LINKE und die SPD gemeinsam an den Gedanken anknüpfen, den wir ja entwickelt hatten, dass nämlich die Stadtverwaltung ein Gesamtkonzept entwickeln muss. Und wir waren erfolgreich: Die Verwaltung arbeitet inzwischen an einem Gesamtkonzept. Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes ist auch der Gedanke des Fallmanagement-Dezernats übergreifend enthalten.



(Zuruf von Maria Helms [SPD]: Richtig!)

Wir wollen ja auch die Kollegin, die die Wohnungsbetriebe leitet, unterstützen und gemeinsam mit der Verwaltung an diesen Problemen arbeiten. Deswegen habe ich gesagt: Lasst uns das doch auf Grundlage dieses Gesamtkonzepts der Verwaltung tun - woran ich übrigens viel Kritik habe; aber das ist eine andere Frage - und trotzdem an diesem Konzept arbeiten. Deswegen habe ich gesagt: Lasst uns gemeinsam den Weg gehen. Das war nicht möglich.

Zweiter Gedanke: Liebe Frau Scho-Antwerpes, Sie haben richtig aufs Blech gehauen. Es ist ja auch ein wichtiges Thema. Ich nehme Ihnen das ja auch ab. Nur wenn man in dem Antrag von Ihnen unterscheidet zwischen Obdachlosen, die mietfähig sind, und Obdachlosen, die nicht mietfähig sind, muss ich sagen, kann ich da gar nicht mitgehen. Für mich ist die Frage der Wohnfähigkeit eine nicht würdige Diskussion.

(Vereinzelter Beifall)

Für mich sind alle Wohnungslosen wohnfähig. Das habe ich aus Berlin von meiner Sozialdezernentin, Frau Breitenbach, gelernt, die in unserer Diskussion sagte: Wenn ihr euch auf diese Debatte einlasst, habt ihr verloren. Das steht jedoch wortwörtlich in diesem Antrag. Deswegen kann ich auch inhaltlich - auch so gerne ich wollte - da nicht mitgehen, weil die Unterscheidung in wohnfähig und nicht wohnfähig einfach unterirdisch ist, um es einmal auf eine freundliche Art noch zu benennen. Und deswegen werden wir der Sache nicht zustimmen. Wir werden auf jeden Fall gemeinsam mit euch das in den Sozialausschuss überweisen und sagen: Jawoll, wir werden das im Sozialausschuss diskutieren. Dann werde ich die Frage mit der Wohnfähigkeit auf jeden Fall noch einmal zur Sprache bringen; denn das kann auf jeden Fall nicht der Weg sein, den wir gehen, sondern wir müssen alle Wohnungslosen und Obdachlosen gleichbehandeln und ihnen allen die gleichen Chancen geben. Das ist ja auch der Gedanke von „Housing First“. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. - Frau Hoyer und danach Frau Glashagen, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Meine Damen und Herren! Lieber Martin Erkelenz, ein Punkt ist mir ganz wichtig. Du hast eben gesagt, dass das Thema

„Housing First“ ein Thema war oder ist von den Grünen und der CDU. Wir waren einmal mit euch im Haushaltsbündnis, und ich weiß, dass es zumindest eine Sozialpolitik in der FDP gab, die ganz kräftig dafür gekämpft hat, dass Housing First da hereinkommt.

(Vereinzelter Beifall)

Ja, das ist mir wichtig; denn es ist ein wichtiges Projekt und ein wichtiges Anliegen. Sonst bin ich nicht immer so, aber da muss ich doch einmal sagen, dass wir auch dabei gewesen sind.

Das Thema Wohnungslosigkeit ist natürlich - da hat die SPD ja recht - ein Thema in dieser Stadt, das uns bewegt und das wirklich nach Lösungen schreit. Wir haben - das hat der Kollege Detjen eben angesprochen; ich habe das noch einmal recherchiert - im Dezember 2021 ein ämterübergreifendes Gesamtkonzept gemeinsam mit SPD und DIE LINKE gefordert. Uns wurde dann versprochen, dass es zeitnah kommen wird. Na ja, zeitnah: Es wird jetzt nach der Sommerpause kommen, aber es wird kommen. Wie immer man es bewerten mag, auch ich glaube, dass wir da die eine oder andere Kritik haben werden oder auch nicht das, was wir damals im Antrag geschrieben haben, dort eins zu eins umgesetzt wird. Aber das kann man diskutieren, und ich glaube, diese Grundlage sollte man auch abwarten, um auf Grundlage dieses Konzeptes der Verwaltung einen neuen Ausschlag zu geben und eine neue Diskussion zu führen.

Und ein Punkt - das muss ich wirklich sagen, das hat mich jetzt eben doch noch einmal ein bisschen irritiert. Liebe Frau Scho-Antwerpes, Sie haben ja noch einmal in Ihrer Rede gesagt: Wir wollen keine Einzelfälle besprechen. Sie haben aber dann einen Einzelfall gebracht. Diesen Einzelfall haben Sie auch in Ihrem Antrag gebracht. Und diesen Einzelfall haben wir im letzten Sozialausschuss besprochen. Dazu hat uns die Verwaltung auch eine Stellungnahme abgegeben und auch im nichtöffentlichen Teil. Sie mögen damit nicht zufrieden gewesen sein - das ist in Ordnung -, aber mein Eindruck war, dass das umfassend gewesen ist, sodass ich in diesem Einzelfall das Handeln der Verwaltung auch nachvollziehen konnte. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Frau Glashagen und dann Herr Cremer, bitte.



Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrter Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Diese Stadt - das kann ich aus eigener Erfahrung berichten - wird leider immer unattraktiver für Familien. Junge Menschen kommen in die Stadt, um hier ihre Ausbildung und Studien zu machen und gründen Familien. Doch was dann? Sie stehen vor vielen Problemen: Hebammensuche, Geburtsklinik mit freien Betten finden, U3-Betreuung, Kitaplatz, Schulplatz finden. Doch auch wenn das alles irgendwie geklappt hat, ist es, wie wir heute wissen - an der Demo auch übrigens unten noch einmal am Alter Markt zu sehen - leider immer noch nicht so rosig hier; denn aus verschiedenen Angeboten gibt es viele Notstände. Von Schwimmangeboten will ich erst gar nicht sprechen. Aber hier und jetzt und heute geht es um eines der schwerwiegendsten Probleme, um eine die Existenz bedrohende Thematik: Wohnraum - ein Dach über dem Kopf haben und vier Wände, die ein Zuhause sein sollen. Ein Zuhause!

Liebe SPD, euer Antrag erschließt sich mir nicht ganz. Deswegen ist es nur folgerichtig, dass dieser Antrag in die Fachausschüsse geht - in den Sozial- und Senior*innen-Ausschuss und auch in den Unterausschuss Wohnen; denn dieser Antrag bringt noch offene Fragen mit sich. Wir sind jetzt gerade eben schon so ein bisschen in die Fachdebatte gegangen. Das will ich nicht machen, weil wir ja hier im Rat sind. Und ich glaube, das muss aus Sicht der Fachpolitiker*innen und Sachkundigen geklärt werden.

Ich kann aber auch teilen, dass ihr dieses Thema so hoch priorisiert, dass wir diesen Antrag hier und heute auf der Tagessitzung der Ratssitzung wiederfinden. Ich unterstelle diesem Antrag, dass dahinter eine wirklich gute Idee steht und nicht, dass hier einfach nur die Verwaltung gebasht werden soll, um dann bei positivem Beschluss zu sagen: Alles, was die Verwaltung eh schon macht, ist jetzt nur wegen des Antrags der SPD so. Oder bei negativem Beschluss zu maulen

(Zuruf von Maria Helms [SPD]: Zur Sache bitte!)

und zu sagen, der ablehnenden Fraktion ist es egal, was mit den Familien passiert, die drohen in Wohnungslosigkeit zu kommen. Die eigentliche Herausforderung - und das ist hier eben auch schon angesprochen worden - werden wir leider mit diesem Antrag nicht angehen: Das ist der zu geringe Wohnraum für Menschen, die in dieser Stadt wohnen möchten. Dies ist aus unserer Sicht auch das Problem der Verwaltung beim Thema

Wohnungslosigkeit. Es ist eine Mangelverwaltung von Wohnraum.

Hier komme ich zum Anfang meiner Rede. Eine Notunterkunft bzw. Unterkunft der Fachstelle Wohnen, auch wenn sie über viele, viele Jahre genutzt werden muss, ist kein Zuhause! - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Glashagen. - Herr Cremer, bitte.

Christer Cremer (AfD): Herr Bürgermeister, vielen Dank für das Wort. - Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und im Livestream! Ich war doch sehr überrascht, diesen Antrag von der SPD lesen zu dürfen angesichts ihres Umgangs mit ihrem geschassten Fraktionsgeschäftsführer.

Aber zum Antrag: Dieser scheint aus der SPD-Mottenkiste zu sein: „Wünsch dir was, ich will jetzt einfach einmal zeigen, wie sozial ich bin.“ Aber kein Wort zu den eigentlichen Ursachen für die drohende Obdachlosigkeit von Familien und wie man damit umgehen sollte.

Vorweg: Es ist sicherlich richtig, dass gerade bei drohender bzw. erfolgter Obdachlosigkeit von Familien das Wohl der Kinder im besonderen Fokus stehen muss. Ich glaube, das ist Konsens in der Gesellschaft.

Die Antwort der SPD ist allerdings erbärmlich: Wir richten einen neuen Arbeitskreis ein. Der heißt zwar „ämterübergreifende Fallkonferenz“, um es wahrscheinlich netter und formeller auszudrücken. In unseren Augen ist das allerdings nur ein Ausdruck von Hilflosigkeit und Wichtigtuerei.

(Beifall bei der AfD)

Es wirkt alles, liebe SPD, ein bisschen aktionistisch, plump, links und neunmalklug. Ihr Antrag krankt nämlich daran, dass nicht nach den Ursachen gefragt wird, warum Familien überhaupt in Köln in Obdachlosigkeitsgefahr geraten. Wir haben eine immer stärker werdende Nachfrage nach Wohnraum. Und das hat auch viel mit der von Ihnen gewollten Massenmigration nach Deutschland und Köln zu tun.

(Zurufe des Protests bei der SPD und Beifall bei der AfD)



Steigende Nachfrage heißt steigende Preise. Das ist ganz einfach. Die SPD-Bundesinnenministerin könnte das jederzeit stoppen. Sagen Sie das der Frau Faeser. Die kann dann auch gleich die notwendige Abschieds- und Rückführungskultur in diesem Land etablieren. Das wird die Nachfrage und damit die Preise senken. Das ist ganz einfach. So funktioniert nun einmal Marktwirtschaft.

Dann haben Sie und Ihre Altparteienfreunde ein Klima geschaffen, in dem es einfach unattraktiv und zu teuer ist, Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Sie, liebe SPD, tragen seit Jahrzehnten in diesem Land hier in Köln, im Bundesland und auf Bundesebene Verantwortung. Wo sind die vielen versprochenen Wohnungen? Die SPD stellt doch die aktuelle Bauministerin im Bund. Ja, das sind schlechte Ergebnisse. Wo sind die Wohnungen? Ja, und dann fordern Sie obendrein in Ihrem Antrag einen massiven Eingriff in Eigentumsrechte: die Beschlagnahmung von Wohnungen. Die CDU hat sich auch schon sehr kritisch darüber geäußert. Allein schon die Diskussion darüber ist Gift für das Investitionsklima in dieser Stadt. Das schafft keinen Wohnraum, sondern es stoppt das Schaffen neuen Wohnraums. Da wäre ja jeder Investor bescheuert, wenn er das mitmachen würde.

(Beifall bei der AfD)

Sie, liebe SPD, schaffen die Ursachen für den Mangel und wollen ihn dann mit staatlichen Zwangsmaßnahmen bekämpfen. Dann wundern Sie sich, wie alle Sozialisten, dass der Mangel noch schlimmer wird. Es gibt leider dafür viele Beispiele auf diesem Planeten, dass das immer wieder im Desaster enden wird. Man kann auch sagen, der Sozialismus macht obdachlos.

Dann müssen wir aber auch offen darüber reden, warum gewisse Familien nicht in der Lage sind, den Pflichten aus ihrem Mietvertrag nachzukommen. Es gibt eine Vielzahl von Gründen. Hier darf es auch keine politische Korrektheit geben. Das heißt, auch über die Inobhutnahme von Kindern muss dann geredet werden; denn das ist dann vielleicht auch besser für die.

Ich will hier aber auch noch einmal einige allgemeine Gründe ausführen, für die auch Sie wiederum die Verantwortung tragen, warum es den Familien in dieser Stadt schlechter geht: Die Inflation ist einer der Hauptgründe dafür - der Europäischen Zentralbank und ihrer Geldpolitik sei Dank. Sie steht halt nicht in der Stabilitätstradition der Bundesbank. Dafür trägt auch die SPD die Verantwortung. Laut einer jüngsten YouGov-Umfrage

kann sich fast ein Drittel der Menschen die laufenden Lebenshaltungskosten nicht leisten. Haben wir etwa eine Situation in diesem Land, wo sich Menschen zwischen Wohnen und Essen entscheiden müssen? Und dafür tragen Sie die Verantwortung. Seit 1998 regieren Sie in diesem Land auf Bundesebene und in vielen anderen Bereichen mit - auf Bundesebene mit einer kurzen Unterbrechung. Das ist Ihr Ergebnis.

(Beifall bei der AfD)

Darüber hinaus muss auch über die Folgen des kulturellen Feldzugs mit immer mehr sogenannter Progressivität gegen die traditionelle Familie geredet werden. Die Familie - die klassische Familie - ist nämlich eine der besten Sozialversicherungen und Bollwerke gegen den allgemeinen Werteverfall. Sie, liebe SPD, sind immer wieder ganz vorne beim Gesellschaftsumbau dabei gewesen. Sie prägen diese Republik - leider - auf Landes- und Bundesebene seit Jahrzehnten. Die Folgen sind evident. Und dann der Standard-Ruf nach mehr Sozialarbeitern. Das ist so wie mit der mutwillig herbeigeführten Verknappung von Wohnraum: Problem schaffen und dann mit staatlichen Maßnahmen lösen - das funktioniert nicht! Es ist sicherlich richtig, diesen Antrag en détail im Ausschuss zu besprechen. Er ist in unseren Augen allerdings scheinheilig und nur fürs Schaufenster gedacht. Vielen Dank: Für die soziale Schieflage in diesem Land und in dieser Stadt sind Sie maßgeblich mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Das Wort hat Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe alle! Wir unterstützen den Antrag der SPD und begrüßen aber auch, dass er in den Fachausschuss geschoben wird, damit dort detailliert darüber diskutiert werden kann. Danke schön, Herr Detjen, für den Beitrag; denn ich finde das auch sehr, sehr wichtig, was Sie sagten, dass es da keine Unterscheidung geben sollte. Was die Wohnungspolitik in Köln angeht, da haben wir viele, viele Baustellen, und ich habe mir das eben lange überlegt.

Aber ich möchte jetzt doch einmal kurz etwas aus meiner persönlichen Perspektive erzählen: Vor ungefähr zwei Jahren habe ich eine Kündigung meiner Wohnung wegen Eigenbedarfs erhalten.



Was das hier in Köln mit drei Kindern als freischaffende Künstlerin bedeutet, kann man sich in etwa vorstellen. Man ist der Trumpf im Anti-Mieterquartett. Es gab Corona. Dementsprechend befand ich mich in Grundsicherung und versuchte dann eben einen Wohnberechtigungsschein zu erhalten. Als ich es geschafft hatte, diesen Antrag auszufüllen und alle erforderlichen Unterlagen miteinzureichen, dauerte es genau ein Jahr und sechs Tage, bis ich Antwort von der Wohngeldstelle bekommen habe, nämlich dass man sich nicht vorstellen kann, wie ich von so wenig Geld leben könnte und ich das doch bitte noch einmal detaillierter nachweisen soll.

(Heiterkeit)

Ja, das war sehr spannend. Irgendwann hatte ich dann diesen Wohnberechtigungsschein - es ging um Wohngeld, Verzeihung. Irgendwann hatte ich diesen Wohnberechtigungsschein dann, der mich als Mutter von drei Kindern dazu berechtigte, eine 5-Zimmer-Wohnung mit etwa 120 Quadratmetern anzumieten.

Wie oft finden Sie auf einschlägigen Wohnungsportalen 5-Zimmer-Wohnungen? Genau, nämlich so gut wie gar nicht. Das ist erst einmal kein Problem für mich gewesen, da ich auch gerne auf kleinerem Raum lebe. Also habe ich einige Wohnungen besichtigen dürfen - 3-Zimmer-Wohnungen, 4-Zimmer-Wohnungen - eben mit Wohnberechtigungsschein. Geworden ist es nie etwas; denn das Problem ist: Wenn ich mit drei Kindern in eine Wohnung einziehe, die drei Zimmer oder vier Zimmer hat - ich habe aber einen Schein für fünf Zimmer -, dann gilt diese Wohnung, würde ich da einziehen, als überbelegt. Also wird diese Wohnung eben nicht abgegeben.

Das ist, glaube ich, ein großes Problem, dass wir uns auch anschauen müssen. Ist es nicht besser, eine Familie mit einem Wohnberechtigungsschein in einer 4-Zimmer-Wohnung unterzubringen, als dass sie nachher in einer Notunterkunft landet, die dann gar nicht mehr den guten Ansprüchen entspricht?

Auch das Thema soziales Umfeld sollte wirklich dringend berücksichtigt werden; denn es ist eben nicht einfach mal so gemacht, in einen komplett anderen Stadtteil zu ziehen.

Wenn Sie es geschafft haben, einen Kitaplatz in Ihrer Nähe zu bekommen, dann wird es nicht leichter, wenn Sie nachher mit einem 5-jährigen Kind ans andere Ende der Stadt ziehen und hier wieder versuchen, einen Kitaplatz zu bekommen;

denn die Kitas nehmen eigentlich Kinder hauptsächlich mit einem Jahr, mit zwei und vielleicht noch mit drei Jahren, aber solche Nachrückerkinder sind eher schwierig unterzubringen.

Deswegen freue ich mich auf die Diskussion im Fachausschuss und eine anständige Wohnungspolitik in Köln und darauf, dass wir dieses Problem hier wirklich ernsthaft angehen und lösen werden.
- Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, vielen Dank. - Die Meinungen und Ansichten zu diesem Thema gingen ja doch sehr weit auseinander, aber einig sind wir uns, glaube ich, dass wir diesen Antrag dann in den Ausschuss für Soziales verweisen. Dazu kommen wir aber gleich noch einmal. Da wird ja dann noch einmal die Debatte geführt. Aber Herr Dr. Rau wollte an der Stelle jetzt auch ein paar Dinge sagen. - Bitte schön, Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Meine Damen und Herren! Ich finde gut, wenn wir fachlich noch einmal im Sozialausschuss intensiver diskutieren. Da wir aber in diesem Gremium hier jetzt uns so tief damit beschäftigen, lassen Sie mich ein paar wenige Dinge dann doch aus Verwaltungssicht sagen:

Erstens: Wir sind, glaube ich, mit allen hier komplett einer Meinung. Es herrscht für viele Menschen, die betroffen sind, richtig große existenzielle Not. Wer keine Wohnung hat, kann quasi nicht richtig leben. Wir sind uns, glaube ich, total einig, dass es da möglichst viele Wohnungen und eine möglichst hohe Qualität geben muss. Das ist überhaupt keine Frage.

Kurz: Was ist unser gesetzlicher Auftrag? Der gesetzliche Auftrag ist: Wir als Kommune haben die Gefahr der Obdachlosigkeit abzuwehren. Die Gesetzgebung wie auch die Rechtsprechung sagen sehr klar: Dafür gibt es bestimmte Standards - Mindeststandards -, die erfüllt werden müssen. Die sind aber nicht sehr üppig.

Und weil der im Antrag genannte Einzelfall erwähnt wurde, will ich einfach noch kurz zu diesem Einzelfall sagen: In diesem Einzelfall wurde eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichtes Köln herbeigeführt, das zunächst der Stadt Unrecht und dem Antragsteller Recht gegeben hat. Da ich selbst wusste, dass diese Eilentscheidung quasi



Präzedenzcharakter hat, war es mir wichtig, das rechtlich wirklich überprüfen zu lassen. Wir sind dann in das Beschwerdeverfahren gegangen. Wie hier gerade schon geschildert wurde, haben wir Recht erhalten mit dem Ergebnis, dass das Oberverwaltungsgericht festgestellt hat, wir sind über das, was wir gesetzlich tun müssen, hinausgegangen, haben auch in diesem Einzelfall eine höhere Qualität, einen höheren Standard geschaffen, als es rechtlich notwendig wäre.

Ich will Ihnen auch kurz sagen: Wir haben ein, wie wir immer wieder bestätigt bekommen, wirksames und gutes Präventionssystem. Wir haben über 20 Mitarbeitende in der Präventionsstelle, die gerade zu verhindern versuchen, dass es zu Wohnungsverlust kommt und können beispielsweise auch so etwas wie Übernahme von Mietschulden realisieren, Verhandlungen mit den Wohnungsgebern. Das heißt, da sind wir wirksam in nachgewiesen über 300 Fällen pro Jahr, Tendenz durchaus steigend.

Wir haben insbesondere für Familien, die in Wohnungsnotfälle geraten, über 100 Plätze - zugegebenermaßen vielleicht zu wenig -, aber es gibt diese 100 Plätze, die für Familien und auch Alleinerziehende abgeschlossene Wohnungen haben.

Jetzt kurz etwas zur Beschlagnahmung: Beschlagnahmung hört sich nach einer Lösung an. Eine Beschlagnahmung, die wir erreichen, die mit dem Einverständnis der Vermietenden funktioniert, ist eine gute Lösung. Wenn es aber - ich sage jetzt einmal - zu einer feindlichen Beschlagnahmung kommt, wir also als Amt sagen: Du Wohnungsgeber musst diese Wohnung weiterhin zur Verfügung stellen, auch wenn du es gar nicht möchtest, dann kommt es in aller Regel zu rechtlichen, gerichtlichen Auseinandersetzungen, die wir in aller Regel verlieren. Diese Beschlagnahmen haben eine ganz hohe Schwelle, und die können auch überhaupt gar nicht über sechs Monate hinaus erfolgen. Das heißt, dieses Instrument ist nur ein kurzfristiges, häufig nicht erfolgreiches und langfristig überhaupt gar nicht funktionierendes Instrument. Das muss man sich gegenwärtigen.

Dann: Reguläre Mietverhältnisse wollen wir alle erreichen. Das ist überhaupt gar keine Frage. Ich sage Ihnen aber auch, es gibt halt doch die Fälle derer, die sich nicht helfen lassen wollen und die - Herr Detjen, man kann es nennen, wie man es möchte - schwierige Verhältnisse schaffen. Ich nenne Ihnen einfach einmal kurz ein Beispiel: Eine Familie, die in Mietnot geriet; es wendet sich die vermietende Institution an uns. Wir wollen

Kontakt aufnehmen, werden gar nicht in die Wohnung hereingelassen. Über ein halbes Jahr hinweg ist es uns nicht möglich, Kontakt zu den Wohnungsnehmenden, zu der Familie, aufzunehmen, die aber die Wohnung zerstört, die ihre Mietschulden nicht begleicht etc. Was können wir da tun? Da ist ein reguläres Mietverhältnis aus irgendwelchen Gründen schwierig, und wir können unsere Hilfe da nicht aufdrängen. Das funktioniert halt irgendwie nicht. Das heißt, es gibt einfach Grenzen, die man da sehen muss.

Und jetzt zum Schluss: Jawoll, wir werden - wahrscheinlich in diesem Jahr - mit unserem Konzept gegen die Wohnungslosigkeit herauskommen. Ich freue mich darauf. Ich sage Ihnen aber auch jetzt schon: Das zeigt mögliche Lösungswege auf. Die brauchen aber dann weiterführende Beschlüsse; denn eine Sache, die natürlich in diesem Konzept essenziell ist: Wir müssen an mehr Wohnraum kommen. Es ist nicht so, dass der Sozialdezernent sagt oder auch Sie mehr Wohnraum beschließen, und dann gibt es den, sondern der muss irgendwie entstehen. Von daher haben wir noch eine große Aufgabe vor uns. Der Sozialausschuss, der Unterausschuss Wohnen, sind genau die Richtigen. Deshalb freue ich mich, wenn wir die Diskussion dort vertiefen können. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Dr. Rau. Wir sind jetzt am Ende der Wortbeiträge angekommen. Ich schaue jetzt einmal Richtung SPD-Fraktion. Wollen Sie den Antrag jetzt abstimmen lassen oder schließen Sie sich dem Verweisungsantrag an? - Okay, dann liegt der Verweisungsantrag vor, den Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen. Wer würde dem seine Zustimmung geben?

(Zurufe: Und den Unterausschuss!)

Unterausschuss Wohnen mit dazu, ja. So, dann schaue ich einmal in die Runde: Das sind Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt, AfD, DIE FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

(Zurufe: DIE LINKE war auch für Verweisung!)

DIE LINKE war auch für Verweisung. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit in den Sozialausschuss und den Unterausschuss Wohnen verwiesen.



Ich habe jetzt eben schon die Oberbürgermeisterin gesehen. Ich mache mal noch ein bisschen weiter.

(Heiterkeit)

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag FDP-Fraktion betreffend „Bestandsbezogene Rücklagenbildung“ AN/0780/2023

Ich habe folgende Wortmeldungen vorliegend: von Frau Ruffen, Frau Roß-Belkner, Herr Joisten, Herr Kockerbeck und Herr Achtelik. - Frau Ruffen, bitte schön.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich bin froh, dass Sie nicht gewechselt haben, sonst hätte ich meine Rede hier umschreiben müssen; den Beginn zumindest. Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden gleich hören, dass die Gebäudewirtschaft Rücklagen bildet - das macht Sie schon -, dass die Verwaltung das ansonsten so gar nicht darf, dass man den Antrag in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verweisen will und dass jetzt sowieso alles besser wird, denn das war früher nur schlechter. Also, ich kenne die alle, die Bedenken - und die „Das geht doch gar nicht!“

Das ist uns an dieser Stelle einmal ein bisschen egal; denn die Gebäude im Eigentum der Stadt Köln sind in keinem guten Zustand und werden fast immer erst angefasst, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Nahezu jeder Immobilienbesitzer weiß, dass Eigentum verpflichtet. Er weiß, dass Vorsorge besser ist, als hinterher den Scherbenhaufen zusammenzukehren. Er weiß, dass Instandhaltung und Pflege Werterhaltung ist. Wenn wir uns den Immobilienmarkt anschauen - und wir haben gerade im Bereich Wohnen darüber geredet -, sehen wir, dass es sogar Wertsteigerung bedeutet. Und da wagen wir es als Stadt, das uns von den Bürgern anvertraute Vermögen so schlecht zu behandeln? Das kann und darf eigentlich nicht sein.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und Ralph Sterck [FDP])

Es ist jetzt ziemlich einfach, das Negativbeispiel „Römisch-Germanisches Museum“ herauszugreifen. Da muss erst die Betriebserlaubnis erlöschen, bevor man anfängt. In einer Wohnimmobilie wäre das gleichzusetzen mit der sofortigen

Räumung des Hauses und damit der Wohnungslosigkeit der Mieter. Die nun explodierenden Kosten der Sanierung, den nun jahrelang trostlosen Anblick einer weiteren Großbaustelle am Dom, hätte man alle mit rechtzeitigen Instandsetzungsmaßnahmen ersparen können.

Wir warten im Zeughaus bis zu einem Rohrbruch, der so gravierend ist, dass das Stadtmuseum seitdem heimatlos ist. Über das Interim sprechen wir jetzt nicht. Da kann man vielleicht von Altlasten reden und dass wir jetzt alles besser machen. Aber nein! Was ist denn mit unseren Schulen zum Beispiel? Gerade heute haben in Chorweiler eine ganze Menge Schüler protestiert, weil ihre Schule so heruntergekommen ist. Und ich habe bei mir um die Ecke eine Schule. Da bin ich gestern noch vorbeigekommen. Ich hätte gern ein Foto mitgebracht. Es ist einmal nicht das Humboldt-Gymnasium, sondern eine andere denkmalgeschützte Schule. Da gibt es Betonfertigteilstürze in dieser wunderschönen Klinkerfassade. In einigen Fenstern sind diese schon mit Holz abgestützt, um in Position gehalten zu werden. Den restlichen Stützen sieht man an, dass denen das gleiche Schicksal bald droht oder dass sie sonst herausbrechen. Vor fünf Jahren - vielleicht vor zehn, wenn man großzügig rechnet - hätte man mit einer kleinen Betonsanierung, nicht viel mehr als einem Anstrich, das alles verhindern können. Jetzt wird man sie in der aufwendigen Fassadensanierung vermutlich in Abstimmung mit der Denkmalpflege austauschen müssen. Das ist teuer und bindet viel mehr Energie - auch menschliche Energie in der Verwaltung.

Gerade im Schulbereich kennt sicher jeder und jede Einzelne von Ihnen mindestens ein Beispiel. Warum verbrennen wir hier also Geld, was uns nicht gehört, welches man sinnvoller woanders einsetzen könnte? Wir fordern hier heute eigentlich etwas ganz Einfaches: ein Investitions- und Maßnahmenplan für den Erhalt unserer städtischen Immobilien, und dass das notwendige Budget dafür jährlich zur Verfügung steht. Also eigentlich das, was jeder Einzelne von uns mit seiner Privatimmobilie macht oder machen würde, wenn er eine hätte.

Wenn es jetzt wieder heißt, dafür haben wir kein Personal, dann komme ich zu einem beliebten Thema zurück: Dann lasst uns diese Stellen attraktiv genug machen. Die Schulbaugesellschaft wurde genau aus diesem Grund gegründet; denn sie kann attraktivere Stellen bieten. Leider ist ja - das hatte ich auch schon mehrfach erwähnt - meiner Meinung nach etwas zu kurz gesprungen,



aber die Grundidee ist natürlich richtig und vor allem: Lasst uns die Prioritäten endlich richtig setzen - nicht mit neuen Projekten kommen, wenn wir die alten nicht im Griff haben.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und
Ralph Sterck [FDP])

Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern dieser Stadt und gegenüber unseren Gebäuden. Diese Verpflichtung, verdammt noch mal, müssen wir wahrnehmen. Da reicht es auch nicht, in die Gebäudewirtschaft zu verweisen; denn wir haben noch eine Menge Kölner Immobilien mehr.
- Herzlichen Dank!

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und
Ralph Sterck [FDP])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Ruffen. - Frau Roß-Belkner, bitte.

(Zuruf: Herr Hammer hat sich gemeldet.)

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Ruffen! Es sind gerade viele richtige Fragen aufgeworfen worden, was die Rücklagenbildung angeht, etc. Wir haben in diversen Vorgesprächen, die wir auch geführt haben, über Kameralistik und NKF gesprochen etc. Es ist aus unserer Sicht am sinnvollsten, diese Diskussion auch in dem Ausschuss fortzusetzen - letztendlich dort, wo sie hingehört, nämlich im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, damit da über die entsprechenden Details etc. noch einmal beraten werden kann. Deswegen beantrage ich, dass wir diesen Antrag dorthin verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hammer. - Frau Roß-Belkner. Oder ist - - Dann haben wir jetzt über den Verweisungsantrag abzustimmen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis
90/Die Grünen]: So machen wir es!)

So machen wir es.

Wer möchte denn diesen Antrag in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verweisen? Das ist die Fraktion DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die Volt-Fraktion.

Wer möchte denn das nicht tun? - Das ist Herr Zimmermann, die FDP, die AfD, die Fraktion DIE FRAKTION und Frau Gabriel. Habe ich jemanden vergessen? Ich glaube, da brauchen wir die Enthaltungen gar nicht mehr abzufragen, aber der Antrag ist auch dann mit großer Mehrheit in den Fachausschuss verwiesen. - Vielen Dank.

TOP 3.1.9 hatten wir ja ohnehin schon verwiesen, sodass wir dann zu folgendem Tagesordnungspunkt kommen:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt nach § 38 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - hier: Zentralbibliothek erhalten - AN/0442/2023 0968/2023

Wird dazu das Wort gewünscht? - Ich habe hier Bürgermeisterin Frau von Bülow, Herr Tybussek, Frau Helmis, Frau Glashagen, Frau Gabriel und am Ende der Liste Frau Ruffen und dann auch noch Herrn Bezirksbürgermeister Hupke. Vielleicht noch einen Hinweis darauf, dass es hier nur um die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt geht und nicht um das Thema generell. Wir haben das Thema ja auch noch einmal im nicht-öffentlichen Teil auf der Tagesordnung. - Frau von Bülow, bitte schön.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Herr Bürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute dem Antrag der BV 1 zur Stadtbibliothek folgen werden und können. Auch wenn, wie schon gesagt worden ist, die eigentliche Vorlage zur Stadtbibliothek im nichtöffentlichen Teil behandelt wird, können wir dennoch schon jetzt darüber sprechen. Das ist wichtig, denn im Vorfeld wurde ohne Not viel Unruhe zur Frage der Zukunft der Stadtbibliothek in diese Stadt getragen. Aus Spekulationen hin wurde die Diskussion zu Abriss und Neubau oder Neubau an anderen Orten ausgelöst, gefolgt von tagelangen Presseberichten, Spekulationen über Statik usw. Wir haben eine neue Vorlage. Wir kennen die Zahlen. Wir haben sie geprüft und werden



dieser Vorlage später am Tag zustimmen, auch im Sinne der Genese der Beschlüsse.

Lassen Sie mich dazu kurz fünf kleine Punkte anmerken:

Erstens: Wir stehen nicht bei null. Die Planungen zur Sanierung der Stadtbibliothek gehen zurück ins Jahr 2012. Der erste Baubeschluss zur Sanierung wurde im März 2015 gefasst. Weitere Beschlüsse folgten, der letzte 2021. Somit steht der Sanierungsbeschluss des Rates, und es gibt keinen anderen Beschluss darüber. Für uns gibt es weder Anlass noch neue Erkenntnisse, von diesem Beschluss abzuweichen, auch wenn die Kostensteigerungen und das Sprengen des ursprünglichen Zeitrahmens misslich sind. Die Planungen sind weit fortgeschritten; eine Abkehr davon wäre wenig nachhaltig und zöge weitere Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen nach sich.

Zweitens: Zur Erstellung eines bezugsfähigen Neubaus wird deutlich mehr graue Energie benötigt als bei einer Sanierung. 2019 hat die Stadt Köln den Klimanotstand ausgerufen. Infolgedessen wäre ein Abriss eines sanierungsfähigen Gebäudes und Neubau nicht zu rechtfertigen. Auch das spricht für die Sanierung.

Drittens: Köln bekennt sich zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN, den SDGs, und nimmt seit 2021 als Modellkommune am bundesweiten Verbundprojekt „Bildung - Nachhaltigkeit - Kommune“ teil. Vor ungefähr zwei Monaten wurde in den Räumen der Stadtbibliothek das neue Konzept für die Bibliothek am Neumarkt vorgestellt. Nicht nur dieses, sondern auch die Jahresberichte und das Strategiekonzept der Stadtbibliothek machen deutlich, wie stark sich die Bibliothek am Neumarkt und in ihren Stadtteilbibliotheken bereits als Dritte Orte etablieren konnten und weiterentwickelt werden. Im Einklang mit der Umsetzung des SDG 4 „Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“. Das wird bereits jetzt, an sieben Tagen in der Woche in der Stadtbibliothek erprobt und mit einem niederschweligen und vielseitigen Angebot umgesetzt.

Viertens: Die Bibliothek bildet als Anlaufstelle für sehr unterschiedliche Menschen einen wichtigen Bestandteil des gesamten Kulturquartiers am Neumarkt. Der Neumarkt wird uns später noch beschäftigen. Das führt zu Synergien und wertet das Viertel auf. Zur Belebung des Platzes passt die Stärkung der Bibliothek vor Ort; denn sie bringt Menschen ins Viertel und schafft kulturelle und soziale Infrastruktur an einem schwierigen Platz.

Fünftens: - Sie müssen also nicht befürchten, es dauert lange bei fünf Punkten -: Als Grüne seien mir noch einige Worte zu Heinrich Böll erlaubt: Im September `79 wurde die Zentralbibliothek unter anderem von Heinrich Böll eröffnet. Heinrich Böll war von der Notwendigkeit einer solchen öffentlichen Bibliothek überzeugt. Er hielt eine flammende Rede mit dem Titel „Lesende Staatsbürger sind nicht die gehorsamsten“ und forderte, dass Bibliotheken Freiheitsräume sein müssen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Eine Forderung, die heute durchaus umgesetzt wird. Ferner gab er die Übergabe seines Archivs in Form einer Dauerleihgabe an die Stadtbibliothek bekannt. Die überlassenen Archivalien übernahm die Stadtbibliothek auf Bölls Wunsch hin in das gleichzeitig mit der Eröffnung der Zentralbibliothek als eigene Abteilung gegründete Heinrich-Böll-Archiv, das sich zur wichtigsten nationalen und internationalen Forschungseinrichtung über Böll entwickelte. In der zweiten Etage der Stadtbibliothek findet sich die dauerhafte Präsentation des Arbeitszimmers Heinrich Bölls mit originalen Einrichtungsgegenständen. Auch das lässt sich nicht einfach verpflanzen.

Ich finde, die Stadt kann sich glücklich schätzen, einen solchen Nachlass in ihrer Bibliothek zu beherbergen und zeigen zu können; ebenso wie die Bibliothek „Germania Judaica“, die die Geschichte des Judentums aufarbeitet. Sie ist die zweitgrößte ihrer Art weltweit und aktuell im Haus der Zentralbibliothek untergebracht und hätte in allen angedachten Alternativen nicht genügend Raum.

Aus all diesen Gründen und weil uns eine Vorlage mit belastbaren Zahlen vorliegt, werden wir gern dem Antrag der BV und später der Vorlage zustimmen. Vielen Dank allen, die sich entsprechend dem Motto von Heinrich Böll - „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben“ - für ihre Bibliothek nachhaltig eingesetzt haben. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin von Bülow. - Herr Tybussek, bitte, und danach Frau Helms.

Artur Tybussek (CDU): Lieber Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im März dieses



Jahres hat es in der Bezirksvertretung Innenstadt offensichtlich die Sorge gegeben, dass es nicht zur Generalsanierung der Zentralbibliothek kommt. Und deswegen ist der Rat - sind wir - aufgefordert worden, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Nur darüber ist im Moment zu reden. Über den Beschluss über die zentrale Sanierung werden wir im nichtöffentlichen Teil beschließen. Aber ich habe für alle Vertreter der Bezirksvertretung Innenstadt eine gute Nachricht: Wir gehen davon aus, dass es zur Generalsanierung kommt. Das ist auch ein guter Weg. Die Zentralbibliothek ist gemeinsam mit den Stadtbibliotheken ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Stadtgesellschaft.

Gerade heute haben wir gelernt, dass viele Grundschüler Defizite beim Lesen haben. Diese werden in der Stadtbibliothek hervorragend betreut. Wir tun gut daran, dieser wichtigen Institution ein neues, saniertes Zuhause zu geben.

Anfang des Jahres hat es eine entsprechende Vorlage gegeben, nachdem wir bereits im Jahr 2018 den Baubeschluss gefasst haben. Die Verwaltung hat eine gute Arbeit geleistet - insbesondere die Bauverwaltung. Ich möchte das an dieser Stelle explizit unterstreichen.

Wir haben in der Vorlage gelesen, dass es zu großen Preissteigerungen kommt. Ich finde es daher nur natürlich, dass sich in diesem Zusammenhang Fragen ergeben haben, wo wir als CDU gesagt haben: Diese Fragen müssen beantwortet werden.

Eine wichtige Frage war für uns: Was ist eigentlich mit Auswirkungen für Stadtteilbibliotheken? Sie wissen, dass der CDU-Fraktion die Stadtteilbibliotheken eine ganz wichtige Angelegenheit sind. Wir wollen verhindern, dass es mit der Generalsanierung zu Auswirkungen auf den Ausbau der Stadtteilbibliotheken kommt. Die Verwaltung hat uns dargelegt, dass das so nicht ist. Weiterhin hat die Verwaltung uns nachvollziehbar dargelegt, dass ein Neubau unverhältnismäßig teuer wäre, und deswegen freuen wir von der CDU-Fraktion uns heute darüber, dass wir im Interesse der Nutzerinnen und Nutzer, im Interesse der Kölnerinnen und Kölner, heute im nichtöffentlichen Teil einen guten Beschluss fassen, nämlich: Die Zentralbibliothek als Dritter Ort wird generalsaniert. Und das ist ein guter Tag. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Tybussek. - Frau Helmis und danach Herr Kockerbeck.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Stadtgesellschaft! Ich darf hier heute für meine Fraktion nicht nur als bibliophile Kulturpolitikerin sprechen, die Bibliotheken, mit Verlaub gesagt, als in Beton gegossene Gefühlspeicher unserer Stadt begreift.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich stehe hier auch mit der festen Überzeugung, die Aat Vos, der Architekt, uns bei der wirklich eindrucksvollen Veranstaltung im Literaturhaus nähergebracht hat, nämlich: dass Bibliotheken der soziale Zement unserer Stadt sind.

In der Fortschreibung der Sanierung am jetzigen Standort besteht eine einmalige Chance, das Kulturquartier am Haubrich-Hof als konsumfreien Raum, die Bibliothek an sich als Dritten Ort mit direkter Anbindung an die VHS und das Kulturzentrum am Neumarkt, mit der Nähe zum Haus der Architektur, zum Literaturhaus und weiteren wichtigen Orten zu entwickeln und damit ein wichtiges Zeichen zu setzen.

Über den tatsächlichen Stellenwert, den eine Gesellschaft einer Einrichtung zumisst, gibt meist leider vor allem die Höhe der aufgewendeten Geldmittel und die Häufigkeit der Berichterstattung in den Medien Auskunft. Dass bei solchen zentralen Stadtbauprojekten sowohl die mediale als auch die politische Öffentlichkeit eine Verantwortung hat, zeigte sich an dem Beispiel der Debatte um die Zentralbibliothek ganz deutlich.

Als ich diesen Samstag dort vor Ort mit meinem Ortsverein Flyer verteilte, waren wir einmal wieder Zeuge, was für ein sozialer Ort wirklich diese Bibliothek am Haubrich-Hof ist; wer dort alles hinkommt - sonntags alleine um die 1 000 Besucherinnen und Besucher, das sind Menschen, die oft im Stadtbild nicht gesehen werden. Menschen, die dort am Eingang ihr Hab und Gut abgeben dürfen, weil sie obdachlos sind, dann aber einen ganz normalen Tag als Gäste der Bibliothek verbringen und gesehen werden.

Da sind auch Flaneurinnen und Flaneure, die eher zufällig dort landen. Dort haben wir es mit Studierenden fleißiger oder weniger fleißiger Art zu tun.



Es ist ein Ort des Miteinanders; ein Ort, der Konsumzwang in einem Ort, der von Konsumräumen umringt ist, nicht herstellt.

Bei dieser Aktion, wo wir diese Flyer verteilten, teilte ich auch das Los, was auch bestimmt viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kennen: Nicht jeder reißt einem erst einmal jubelnd einen Flyer aus der Hand und möchte mit einem ins Gespräch kommen. Als die Leute vor Ort aber merkten, dass es mir und meinem Ortsverein darum ging, die Zentralbibliothek am jetzigen Standort erhalten zu wollen, kamen nicht wenige sogar zurückgelaufen und haben den Flyer noch einmal genommen. Wir wurden natürlich von dem wunderbaren Förderverein der Stadtbibliothek flankiert, der heute in Vertretung auch zu Gast ist - ich möchte ihn noch einmal herzlich begrüßen -,

(Beifall bei der SPD)

der sich vor Ort für die Petition eingesetzt hat.

Die Menschen wollten informiert werden, die Menschen waren irritiert und sie verwiesen immer wieder auf die Aushänge an den Fenstern. Was sind da für Aushänge? Dort musste die Stadtbibliothek Plakate anbringen: Liebe Besucherinnen, liebe Besucher, bitte kommen Sie ins Haus. Dieses Haus ist nicht von Statikproblemen bedroht. Meine Damen und Herren, so weit darf es doch nicht kommen, dass eine Stadtbibliothek in unserer Stadt so einen Aushang machen muss!

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Was das bedeutet, ist Vertrauensverlust. Wir schütten Sand ins Getriebe der wichtigen Arbeit der Stadtbibliothek vor Ort.

Welche Verantwortung wir angesichts von Kostenexplosionen im Bereich Oper und anderen Kulturbauten hier haben, liegt doch wohl auf der Hand. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen, anstatt Desinformationen zu streuen. Hier lese ich Blogbeiträge von stadtbekannten Politikern größerer Parteien - Vogelkundler werden die Namen kennen -, die überschrieben sind mit: „Diskussionen um die Kölner Stadtbibliothek sind noch immer nicht sachlich geworden“. Im selben Artikel, im selben Blogbeitrag steht der so genannte „altbackene Haubrich-Hof.“ Meine Damen und Herren, das dient nicht der Versachlichung. Hier ist offensichtlich das Interesse an einem Filetgrundstück mitten in der Stadt viel größer als eine sachliche Debatte um ein Kulturbauprojekt unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Was die uns wichtigen Zukunftsprojekte und unser Umgang mit ihnen leisten müssen, ist zweierlei.

Erstens: Wir müssen uns klar zu den Projekten bekennen, die wir für das Gemeinwohl unserer Stadt priorisieren und dann kritisch und konstruktiv begleiten.

Zweitens: Wir müssen Vertrauen schaffen. Wir müssen Transparenz garantieren. Und wir müssen Risikopuffer einbauen und klar erklären, was bei einem solchen Kulturprojekt geht und was nicht geht.

Dies hat die Verwaltung bei dieser Vorlage vorbildlich getan. Die Eindeutigkeit dieser Vorlage hat sicherlich auch dazu geführt, dass die Fraktionen, die bisher noch eher gewackelt und sich nicht eindeutig positioniert haben, sich nun auch klar zur Stadtbibliothek am jetzigen Standort zur Sanierung bekennen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn wir das leider im nichtöffentlichen Teil beschließen werden - hoffentlich *werden* -, bitte ich ganz herzlich darum, Sachlichkeit und Vertrauen in solchen sozialen Kulturbauprojekten unserer Stadt walten zu lassen und gemeinsam ein wichtiges Zeichen zu setzen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeister Wolter: Vielen Dank, Frau Helmis. Das Wort hat jetzt Herr Kockerbeck und danach Frau Ruffen.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Maria hat gerade deutlich dargestellt, was wir auch wahrgenommen haben: Die Ende Januar losgetretene Diskussion um die Stadtbibliothek, ihre Sanierungsfähigkeit und auch um den Standort hat dieser zentralen Institution unserer Stadt geschadet. So können wir mit unseren Bildungs- und Kultureinrichtungen nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zweitens: Für uns und für andere auch stand nie in Zweifel, dass der seit Jahrzehnten bestehende Platz der Stadtbibliothek mitten in der Stadt und dann am Josef-Haubrich-Hof nicht vorschnell aufgegeben werden kann - nein, überhaupt nicht aufgegeben ist. Das ist so etwas wie eine Wegmarke



in den Köpfen vieler Kölnerinnen und Kölner. Auch das kann man einer solchen Kultur- und Bildungsinstitution nicht antun, dass man einfach über ihre Versetzung diskutiert. Das geht nicht.

Es wurde dargelegt bereits von meinen Vorrednerinnen, aus welchen Gründen der Standort am Neumarkt, am Josef-Haubrich-Hof genau der Richtige ist. Auch wir haben die Vorlage geprüft, folgen der Verwaltung und sind dankbar dafür, dass sie eindeutig dargelegt hat, dass dieses Gebäude im Bestand zu sanieren ist. Uns ist auch wichtig, dass ökologische Gründe dafür sprechen, dass eine Sanierung im Bestand stattfinden kann und auch in dieser Hinsicht der bessere Weg ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeister Wolter: Vielen Dank, Herr Kockerbeck. Frau Ruffen und danach Frau Glashagen.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich bin jetzt ein kleines bisschen verwirrt, weil eigentlich keiner auf das eingeht, was die BV in ihrem Antrag noch so mitbeschlossen hat.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Wolter: Ich hatte noch darauf hingewiesen, aber es haben sich alle nicht daran gehalten.

Stefanie Ruffen (FDP): Ja, ich hätte sonst auch noch eine flammende Rede für den Dritten Ort und die Stadtbibliothek. Wir lieben sie alle. Ich bin auch schon als Kind da gewesen. Wir haben uns alle ein bisschen aufs Glatteis führen lassen, als es hieß, es gäbe bauliche Probleme. In dieser Stadt sind wir ja daran gewöhnt, dass es bauliche Probleme gibt und dass sich alles verzögert. Aber wir haben doch jetzt, glaube ich, gelernt, dass die Stadtbibliothek relativ geschmeidig saniert werden kann, und dass es eigentlich alternativlos ist - auch wenn ich dieses Wort nicht mag.

Ich möchte damit diese Debatte abschließen und ganz kurz auf das eingehen, was die BV Innenstadt noch möchte, nämlich, dass die Stadtbibliothek unmittelbar nach der Sanierung unter Denkmalschutz gestellt wird. Ich hätte dann doch meine Bedenken, dem so einfach zu folgen, weil a) ist das, glaube ich, nicht unsere Fachkompetenz. Wir haben mit Herrn Dr. Werner in dieser

Stadt jemanden, der das wirklich sehr, sehr gut beurteilen kann, der sehr sorgsam mit diesem Urteil umgeht und vor allen Dingen auch auf gesetzlichen Grundlagen arbeitet. Dann b) möchte ich zu bedenken geben, liebe Leute: Wäre Herrn Dr. Werner das bereits vor zehn Jahren eingefallen, dann hätten wir heute eine ganz andere Diskussion um die Sanierung der Stadtbibliothek. Das wäre nämlich um einiges komplizierter geworden. Deswegen: Seien wir dankbar, dass Sie noch nicht auf die Idee gekommen sind und überlassen wir das in dem Fall einmal denen, die sich damit auskennen.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte fast „Experten“ gesagt!

Also: Auch die FDP wird die Stadtbibliothek weiter unterstützen. Die Sanierung ist auch von der Geschwindigkeit das Einzige, was Sinn ergibt. Aber ich bitte Sie, das Thema Denkmalschutz dann doch anders anzugehen, als in dem Antrag formuliert. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Wolter: Vielen Dank, Frau Ruffen. Frau Glashagen, bitte.

Jennifer Glashagen (Vlt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und die, die noch im Stream sind! Ich möchte doch noch etwas anderes sagen und ein Loblied singen, denn man kann die Frage stellen: Haben Bibliotheken sich abgeschafft? Und: Wer braucht denn überhaupt noch Bücher? Bibliotheken sind so viel mehr als Bücher. Wir haben dank vieler verschiedener Akteure einen wunderbaren Plan vorliegen, der unsere zentrale Stadtbibliothek zu einem Dritten Ort nach Lehrbuch werden lässt und diese nicht zu einer Bibliothek wird, wie wir es teilweise in Provinzen erleben, die sich abschafft.

Wir brauchen gerade in der heutigen Zeit mehr Raum zu persönlichen Begegnungen im realen Leben ohne Konsum und Zwang, ohne Grund und Begrenzung. Orte der Begegnung. Hier, an einer so zentralen Stelle, ist deshalb die Transformation der richtige Weg. Was ist eigentlich so besonders an der Stadtbibliothek Köln? Was macht es besser als woanders? Es ist jetzt schon ein erfolgreich etabliertes Angebot für alle: Alle Altersklassen, alle Einkommensklassen, alle Bildungshintergründe und alle Nationalitäten. Eben ein Angebot für alle.



Ich möchte euch ein herausragendes Merkmal nennen: inklusiv. Denn alle anderen Einrichtungen - Jugendclubs, Seniorentreffs, Sport und, und, und - bieten separate Orte für separate Zielgruppen. Ergo: Man begegnet sich nicht. In der „Bib“ hingegen schon. Das bringt eine enorme Chance; regelrecht ein sozialer Kitt für die diversen Interessensgruppen in unserer Gesellschaft. Sie bildet das Sozialgefüge an einem öffentlichen Ort. Die Stadtbibliothek ist deswegen *das* niederschwellige Angebot für alle. Hier ist die Schwelle, Neues auszuprobieren, gering, denn der Ort Bibliothek ist schon bekannt. Man fühlt sich wohl. Die Bereitschaft, im bekannten Umfeld etwas Neues zu probieren, sich anregen zu lassen, ist da.

Ein Beispiel: Man ist vor Ort und erfährt von einer Veranstaltung zu etwas anderem. Man kann Entdeckungen machen. Man findet etwas, was man nicht gesucht hat. Genauso kommen wir alle aus unseren Bubbles, unseren Filterblasen, heraus. Das ist das Thema unserer Zeit. Deshalb möchte ich euch gerne ermutigen, öfter in die Stadtbibliothek zu gehen. Vielleicht stattdessen: Hier traut sich die über 70-jährige Seniorin, eine Infoveranstaltung zu 3D-Druckern zu besuchen, ebenso wie das 7-jährige Mädchen, weil der Ort vertraut und die Gesichter bekannt sind.

Wir von Volt wollen, dass Köln seinen guten Ruf in der Bibliothekslandschaft behält, denn den haben wir. Wir wollen eine schnellstmögliche Umsetzung der Planungen. Deshalb ist die Sanierung der richtige Weg. Ich freue mich über den superhohen Zuspruch heute und bedanke mich.

(Beifall bei Volt)

Bürgermeister Wolter: Vielen Dank, Frau Glasgahen. Ich habe noch eine Wortmeldung von Frau Gabriel. Sie ziehen zurück. Dann hat sich Herr Hupke gemeldet. Es geht um die Sanierung der Stadtbibliothek und weniger um pädagogische Konzepte. Ich glaube, das wird dann an anderer Stelle noch einmal diskutiert. Aber die Bezirksvertretung Innenstadt hat ja diese Anregungen gemacht. Mittlerweile hat sich das Ganze ja weiterentwickelt. Herr Hupke, bitte, Sie haben das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Vielen Dank! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Herr Bürgermeister, lieber Andreas Wolter! Eben kam der Ralf Klemm zu mir und sagte: Du brauchst ja jetzt nur hochzugehen und ein Wort zu sagen: Danke.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP]: Das schaffen sie nicht! - Heiterkeit)

Okay. Und da habe ich gesagt: Das habe ich hier auch stehen.

Ich glaube, das wird die kürzeste Rede, die ich in meiner ehrenamtlichen Funktion gehalten habe. Danken will ich dem Unterstützerverein um Frau Imhoff und Anton Bausinger. Danken will ich natürlich auch dem Literaturhaus, das eine gute Veranstaltung gemacht hat, dem Bund Deutscher Architekten, wo Frau Ruffen auch war, wo ich enorm viel gelernt habe, was dann auch die Zukunft des Bauens in der Stadt anbelangt.

Sehen Sie es mir nach, wenn ich in meiner Aufzählung etwas vergesse. Wenn die Stadtbibliothek stehen bleibt, was wird das in Zukunft für eine einmalige Kulturmeile sein. Das ist eine Wucht. Ich fange einfach an: Schokoladenmuseum, Malakoffturm, St. Maria Lyskirchen, Trinitatiskirche, Overstolzenhaus, Peter und Paul, Karl-Rahner-Akademie, Literaturhaus, Stadtbibliothek, VHS, Rautenstrauch-Joest-Museum, Schnüttgen-Museum, Kunstverein, Thyssen-Stiftung, Hahnenort, EhrenGarde.

Wenn Sie das im nichtöffentlichen Teil so beschließen, danke ich Ihnen dafür, wenn es so bestehen bleibt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bürgermeister Wolter: Vielen Dank, Herr Hupke. Dann können wir auch zu dem Punkt 3.2.1 abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen zu dieser Anregung der Bezirksvertretung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Sonst nicht. Ansonsten ist das mit großer Mehrheit oder einstimmig - ich weiß nicht, ob da Enthaltungen waren - mit übernommen.

Tagesordnungspunkt:

**3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur künftigen Nutzung und Bebauung des ehemaligen Areals der Oberfinanzdirektion Köln, Riehler Platz 2 sowie der ehemaligen Generalzolldirektion, Wörthstr. 1-3, 50668 Köln
0988/2023**



Da gibt es auch noch mal eine Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur zukünftigen Nutzung und Bebauung des ehemaligen Areals der OfD in Köln.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diese Anregung?

Wir stimmen ab wie Alternative 2 mit Verweisung in den Ausschuss.

Gibt es da Gegenstimmen?

(Zuruf: Alternative zu 2?)

Ja, Alternative zu 2.

Gibt es Enthaltungen dazu? - Dann waren wir da einstimmig.

Dann hätten wir die 3er-Punkte alle abgeschlossen.

Frau Oberbürgermeisterin hat mich eben wissen lassen, dass wir jetzt hier einen Wechsel vornehmen.

Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Man hat einen besseren Platz für mich gefunden, den werde ich jetzt einnehmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Reker: Ich begrüße Sie alle recht herzlich! Jetzt sitze ich auf dem heißen Stuhl hier von Herrn Bürgermeister Wolter.

(Heiterkeit)

(Zuruf von Bürgermeister Wolter: Ich habe Ihnen den Platz warmgehalten!)

- Ja!

Ich soll Sie herzlich von Frau Dr. Merkel grüßen. Das hat sie wirklich gesagt. Sie hat sich auch bedankt dafür, dass Köln so eine gute Leistung erbracht hat bei der Unterbringung der Geflüchteten in 2014, 2015, 2016 und jetzt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 4.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Wo ist jetzt das Cradle?" AN/0497/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Gibt es Nachfragen? - Nein.

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses" AN/0512/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Gibt es Nachfragen? - Herr Weisenstein

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Ich hatte jetzt nur die Gelegenheit, das während der Sitzung querzulesen. Uns oder mir erscheint es auch nicht ganz vollständig. Ich kann jetzt aber noch nicht abschließend nachfragen und würde darum bitten, dass wir einen Weg finden, wie dazu noch einmal nachgefragt werden kann, ob man das in der nächsten Sitzung noch einmal aufruft. - Herzlichen Dank!

Oberbürgermeisterin Reker: Tagesordnungspunkt:

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Welcome Desk - Zwischenbilanz nach einem Jahr" AN/0786/2023

Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet. Bitte sehr, Herr Büschges.

Philipp Busch (AfD): Herr Busch. - Danke, Frau Oberbürgermeisterin. Ich grüße Sie! Aber Sie wissen ja, § 4 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung sagt, dass das in Ausnahmefällen zu begründen sei. Ich bitte einmal um die Begründung, weil das nun die dritte Anfrage binnen einer Woche ist, die nicht beantwortet wurde, stattdessen wird immer wieder gesagt, in der nächsten Sitzung, und dann wird sogar noch einmal geschoben. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Reker: Herr Haack.



Beigeordneter Andree Haack: Die Begründung ist, dass Sie umfangreiche Zahlen erbeten haben und wir die von der Ausländerbehörde noch abfragen. Das dauert einfach seine Zeit. Die Zahlen, die Sie dort erfragt haben, liegen leider nicht per Knopfdruck vor.

Oberbürgermeisterin Reker: Bitte sehr, Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ja, Herr Haack, die Anfrage ist nicht so spät eingegangen. Sie liegt Ihnen seit mindestens 14 Tagen vor. Ich hätte schon erwartet, dass man einmal Kontakt zu uns aufnimmt und das auch irgendwie begründet, warum das so lange dauert.

(Zuruf vom Beigeordneten Andree Haack: Mannomann!)

Nix Mannomann! Es funktioniert ja bei allen anderen anscheinend auch.

Oberbürgermeisterin Reker: Ich würde Sie bitten, die Antwort jetzt zur Kenntnis zu nehmen. Dass die Ihnen nicht gefällt, kann ich mir vorstellen, aber die Frage ist damit beantwortet.

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt.

4.4 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Abmietung des Ostgebäudes vom Stadthaus Deutz, Willy-Brandt-Platz 3, 50679 Köln" AN/0779/2023

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen?

(Zuruf von der AfD: Überraschung!)

Gibt es Nachfragen zu 4.4., zur Antwort der Verwaltung? - Das ist nicht der Fall.

4.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Geheime Geheimverwaltung der Stadt Köln" AN/0896/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Nein.

4.6 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Nachfrage Sachstand „Kommunikation im öffentlichen Raum“"

AN/0897/2023

Hier wird die Anfrage zur nächsten Sitzung beantwortet.

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand Großmarkt" AN/0826/2023

Auch diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 zur Unterstützung einer Gemeinde im Erdbebengebiet Türkei/Syrien 1470/2023

5.4.2 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 betreffend "Errichtung einer Koordinierungsstelle Erdbeben Türkei / Syrien" 1594/2023

Ich beginne die Rednerliste mit Herrn Edis, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates. Herr Edis wird zu beiden Tagesordnungspunkten, 5.4.1 und 5.4.2, sprechen, weil Sie, wie ich eben erfahren habe, beschlossen haben, das zusammen zu behandeln.

Ahmet Edis (Grün Offene Liste): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich herzlich bedanken, dass ich im Namen des Integrationsrates zu diesen wichtigen Themen, über die wir diskutieren werden, auch selbst das Wort ergreifen darf.

Das furchtbare Erdbeben in Syrien und in der Türkei hat über 57 000 Todesopfer und unzählige Verletzte gefordert. Viele Städte und Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Mehr als zwei Millionen Menschen alleine in der Türkei wurden obdachlos. Zahlen, wie sich die Situation in Syrien darstellt, liegen nicht vor. Aber ich denke, dass Sie sich in etwa vorstellen können, wie sich das Szenario da darstellen wird.



Drei Monate ist nun dieses schwere Erdbeben in Syrien und in der Türkei mittlerweile her. Noch immer löse jedes kleine Nachbeben enorme Ängste und Anspannung aus, berichten die Ärzte ohne Grenzen. Wie man unschwer erkennt, hat diese Katastrophe tiefe Narben hinterlassen. Auch wenn das schreckliche Erdbeben nicht mehr die Schlagzeilen bestimmt, beschäftigt es weiterhin in ganz besonderer Weise die vielen, vielen Kölner*innen, die türkeistämmig und syrischstämmig sind. Sie verfolgen die aktuellsten Entwicklungen über Social Media und weitere Medienkanäle sehr, sehr intensiv. Viele direkt Betroffene haben weiterhin fast täglich telefonischen Kontakt zu ihren Familienangehörigen, die sich noch im Erdbebengebiet aufhalten. In Köln haben sich viele Migranten-Selbstorganisationen, aber auch Kölner*innen mit einer Flucht- und Migrationserfahrung auf den Weg gemacht und sehr, sehr schnell und spontan Hilfsgütertransporte organisiert und Spenden gesammelt. Dieses grandiose und vielfältige Engagement verdient unsere Anerkennung.

(Beifall)

Trotz dieser Hilfen sollten wir uns allerdings im Klaren sein, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis im Erdbebengebiet alles wieder aufgebaut ist. Das bedeutet, dieses Thema wird uns noch sehr, sehr lange beschäftigen. Die über 100 000 bereits genannten Kölner*innen, türkeistämmig, aus Syrien stammend, zahlen in Köln Steuern, leisten ihren Beitrag und fragen sich natürlich, ob sich unsere Stadt in diesem Fall ausreichend engagiert. Aus diesem Grund haben wir im Integrationsrat auch die vorliegenden Anträge gestellt. Eine Unterstützungsleistung der Stadt Köln mit einer türkischen und syrischen Stadt aus dem Erdbebengebiet wäre ein sehr, sehr wichtiger Beitrag zur Stärkung des Identifikationsgefühls der über 100 000 türkei- und syrischstämmigen Kölner*innen in unserer Stadt und auch ein deutliches Zeichen des Rates für einen solidarischen Zusammenhalt in Köln in einer außergewöhnlichen Notlage.

Der Änderungsantrag des Bündnisses wurde sehr breit, lange, aber auch konstruktiv im Integrationsrat diskutiert. Und im Integrationsrat gab es dafür eine breite Mehrheit.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die vorliegenden Beschlüsse unterstützen. - Vielen Dank für Ihre und eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Reker: So, jetzt habe ich Herrn Dr. Akude auf der Rednerliste. Das macht jetzt Herr Erkelenz. Danke schön!

Martin Erkelenz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin dem Integrationsrat und meinen anderen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar, dass wir diesen Antrag heute hier stellen können. Ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen auch für die Menschen, die am Erdbeben in der Türkei und in Syrien so sehr leiden oder gelitten haben. Wir tun, was wir können. Ich denke, es ist auch wichtig für unsere Stadt Köln, dass wir hier offen zeigen, dass wir auch ein Herz für die Menschen haben, die hier durch ein solches Erdbeben gelitten haben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Reker: Frau Brock-Storms.

Claudia Brock-Storms (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Danke für die Hilfe hier. Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Mitbürgerinnen und Mitbürger! - Es sind noch welche da.

Nachdem Herr Edis gesprochen hat, habe ich natürlich ein bisschen Probleme, all die Zahlen, Daten, Fakten, die ich mir hier so aufgeschrieben habe, noch einmal zu sagen. Ich denke, er hat das schon ausführlich getan.

Ich glaube aber, dass für die Menschen in den betroffenen Regionen, die überlebt haben - und ich glaube, das kann man wirklich so sagen -, das Erdbeben eine apokalyptische Erfahrung war. Die ganzen Zahlen, wie viele Tote, wie viele Verletzte, wie viele zerstörte Häuser, das sind die nackten Zahlen, die gut drei Monate nach dem Erdbeben geblieben sind. Ich werde jetzt die ganzen Namen der Städte nicht mehr vorlesen und auch nicht die unzähligen Dörfer. Allein der Fakt, dass die Weltgesundheitsorganisation sagt, 23 Millionen Menschen seien von dem Erdbeben mittelbar und unmittelbar betroffen, reicht schon aus. Das sind fünf Millionen mehr als alle Einwohner in NRW. Nur um einmal eine Relation zu setzen.

Die Schäden wurden zudem auf 119 Milliarden US Dollar geschätzt, davon 104 Milliarden in der Türkei und 14,8 Millionen US-Dollar in Syrien. Ich



denke, das sind Summen, über die wir uns mal so ein, zwei Gedanken machen können.

Das sind nackte Zahlen.

Das Ausmaß der Schäden ist immer noch kaum zu fassen. Aber während der Fokus der Weltöffentlichkeit und auch der bundesdeutschen Medien weitergezogen ist, kämpfen die Menschen vor Ort immer noch mit den Folgen der Katastrophe. Viele Kölnerinnen, insbesondere die türkisch- und syrischstämmigen Menschen, sind betroffen. Betroffen vom Ausmaß der Naturgewalt, aber auch persönlich betroffen. Denn, egal, wie lange man in Deutschland lebt: Es geht doch um die Heimat. Viele haben Familie, Freunde und Bekannte verloren. Ich - und ich denke, der gesamte Rat - möchte Ihnen heute unser Mitgefühl ausdrücken.

(Beifall)

Aber Mitgefühl ist das eine, Hilfe und Solidarität ist etwas anderes. Daher möchte ich mich für die Initiative der Arbeitskreisvorsitzenden des Integrationsrats ausdrücklich bedanken, die mit ihrem Antrag zur Einrichtung einer Projektpartnerschaft mit einer Stadt im türkisch/syrischen Erdbebengebiet einen Anfang gemacht haben.

Der nun vorliegende Ergänzungsantrag geht leider nicht so weit wie der Ursprungsantrag, wurde aber im Integrationsrat einstimmig verabschiedet. Er ist aber immerhin ein Anfang und ein Zeichen der Stadt Köln an ihre Mitbürgerinnen mit internationaler Familiengeschichte aus Syrien und der Türkei.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle bleibt mir aber auch nur noch eines: Ich wünsche der Verwaltung, dass sie bei ihrer Prüfung der Voraussetzungen der unter Punkt 1 bis 3 genannten Vorhaben Erfolg hat und aus einem Signal ein echtes Unterstützungsangebot und damit ein echter Akt menschlicher Solidarität werden kann. Die SPD-Fraktion wird dem Ergänzungsantrag selbstverständlich zustimmen.

Wir haben ja gleich noch den zweiten Punkt zu der Stelle, sage ich mal, in Anführungszeichen. Wir haben im Vorfeld ein wenig hin und her diskutiert. Ich hätte lieber persönlich Beratungsbedarf angemeldet, weil ich glaube, dass man das besser an den Integrationsrat zurückspielen sollte, um ihm die Möglichkeit zu geben, zu bewerten, ob die Einrichtung der Homepage das abdeckt, was

eigentlich gemeint war. Im Sinne einer kooperativen Verabredung werden wir uns in dem Fall enthalten. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Reker: Frau Niknamtavin hat das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Kolleg*innen! Liebe Gäste! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wie mein Vorredner, Herr Edis, bereits richtig und ausführlich erwähnt hat, ist die Lage in den Erdbebengebieten in Syrien und der Türkei weiterhin katastrophal. Egal mit wem man spricht, der oder die Verwandtschaft in der Türkei hat, jeder kennt jemanden, der oder die direkt vom Erdbeben betroffen ist.

Es ist ein Armutszeugnis, dass Deutschland die Einreise von Erdbebenopfern ohne Visa nicht erleichtert hat und nur wenige Tausend Menschen ein Visum erhalten haben. Der Integrationsrat hat das schon im Februar deutlich kritisiert und einstimmig eine Visumserleichterung gefordert. Die Hilfsbereitschaft der Kölner*innen ist sehr groß. Viele haben Geld gespendet und es haben beispielsweise zwei Kölner*innen beim Aufbau einer Kita in Hatay geholfen. Allerdings gibt es Medienberichte, nach denen die türkische Regierung bewusst Gebiete, die Erdogan politisch nicht gewogen sind, nicht versorgt. Das ist ein Skandal und muss deutlich verurteilt werden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Hilfsbereitschaft kann nicht von Glaubenszugehörigkeit oder Herkunft abhängen. Deswegen bitte ich Sie, die vorliegenden Anträge des Integrationsrats, insbesondere zur Koordinationsstelle für Erdbebenopfer, zu unterstützen. Die Verwaltung soll prüfen, wie die Stadt Köln kurzfristig über humanitäre und Katastrophenhilfe Menschen in besonders betroffenen Gebieten, insbesondere solchen Gebieten, die bisher unterversorgt sind, unterstützen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.



Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Die Kollegin Brock-Storms, ebenso wie Herr Edis, hat die Situation ziemlich eindrücklich beschrieben. Ich glaube, dem kann man sich allgemein nur anschließen. Das ist im Integrationsrat auch so gewesen.

Ich bin sehr dankbar, dass Herr Edis den Wunsch des Integrationsrates deutlich gemacht hat, nämlich dass wir beide Anträge, so, wie sie hier vorgelegt worden sind, unterstützen. Das macht meine Fraktion auch so. Um noch einmal das Thema Koordinationsstelle aufzugreifen: Ich glaube, die Diskussion im Integrationsrat hat sehr deutlich gemacht, dass wir Informationen sehr schnell weitergeben müssen. Das muss nicht unbedingt durch eine physische Person erfolgen; es geht im Grunde genommen auch, indem man dafür die Medien oder die Website nutzt - so, wie das die Stadt bereits anbietet. Ich finde es schön, dass wir heute sehr wahrscheinlich zu einem breiten Votum kommen, wie vom Integrationsrat gewünscht. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Reker: Frau Venturini hat das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Ich kann mich meinen Vorredner*innen auch nur anschließen: Es ist unglaublich wichtig, dass wir hier aktiv werden, solidarisch sind und allen Menschen, die unsere Hilfe benötigen, diese zukommen lassen.

Ich möchte nur ganz kurz auf den zweiten Antrag aus dem Integrationsrat eingehen, und zwar bezüglich der Koordinierungsstelle. Erst einmal herzlichen Dank; die Stadtverwaltung hat bereits eine Webseite erstellt - sehr, sehr zügig. Wir haben das im April beschlossen, und seit kurzer Zeit ist diese Webseite online mit allen Informationen, die benötigt werden. Also, an dieser Stelle herzlichen Dank für die Schnelligkeit. Applaus, Applaus!

(Beifall)

Hier würde ich meiner Kollegin Frau Hoyer zustimmen, dass wir hier, so, wie der Integrationsrat beschlossen hat, zustimmen. Wie Herr Edis schon erwähnt hat: Wir hatten eine intensive Diskussion, denn uns allen war es ein Anliegen, dass die geforderten Punkte des Integrationsrates tat-

sächlich umgesetzt werden. Wir haben gemeinsam versucht, einen Weg zu finden, wie wir das mit knappen Ressourcen tatsächlich angehen können. Daher die große Bitte, den beiden Anträgen zuzustimmen und noch mal einen großen Dank an alle Unterstützende aus der Stadtgesellschaft, der Verwaltung und der Politik. - Vielen Dank!

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 5.4.1 abstimmen. Wer wünscht, dem nicht zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Tagesordnungspunkt 5.4.2 abstimmen. Wer dem nicht zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist wieder die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. Dann ist auch so beschlossen.

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln 0555/2023

Ich sehe nicht, dass das Wort gewünscht wird. Dann lasse ich darüber abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1



und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024 1374/2023

Meine Damen und Herren. Das ist eine Kenntnisnahme. Wünscht da jemand das Wort oder nicht Kenntnis zu nehmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen sehe ich auch nicht.

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 1375/2023

Auch hier frage ich, ob es dazu Diskussionsbedarf gibt. - Das ist nicht der Fall. Auch das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Wenn das jemand nicht wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nicht der Fall.

7.2.1 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2023 0886/2023

Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ganz herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Anlage 1 richten, hier die Ziffer 1501, Rubrik Wirtschaft und Tourismus. Hier werden 50 000 Euro aus der Maßnahme Prozessbegleitung, Frischezentrum übertragen. Wir hatten heute den Tagesordnungspunkt Großmarkt - Diskussion nicht. Und auch nicht ganz überraschend wurde unsere Anfrage zum Thema Großmarkt nicht behandelt. Deswegen möchte meine Fraktion bei diesem Tagesordnungspunkt ihrer Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die 50 000 Euro, die für die Prozessbegleitung Großmarkt übertragen werden, im Sinne der Händlerinnen und Händler am Großmarkt eingesetzt werden.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Auch wenn wir der lokalen und der überregionalen Presse entnehmen mussten, dass das eingeleitete Interessenbekundungsverfahren für die Errichtung eines großen Marktgeländes in Marsdorf im Wahlkreis von Herrn Petelkau, der derzeit leider verhindert ist, wohl nicht zum Erfolg geführt hat, ist uns daran gelegen, dass die Gelder und die Ressourcen, die wir jetzt zur Verfügung ha-

ben, zur Umsetzung der Beschlüsse dieses Hauses, dieses Rates eingesetzt werden, nämlich der Ertüchtigung des Großmarktgeländes in Radertal. Deshalb, lieber Herr Beigeordneter Wolfgang, hat meine Fraktion größtes Vertrauen in Sie, in die Verwaltung, Frau Oberbürgermeisterin. Wie ich gehört habe, waren Sie mit den Händlern zu Tisch. Also: Wir vertrauen Ihnen, dass Sie dieses Geld, das wir beschlossen haben, das wir heute hier beschließen, einsetzen werden, um die Beschlüsse dieses Hauses umzusetzen. Wir werden das alles selbstverständlich beobachten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Reker: Wir nehmen das gerne zur Kenntnis. Ich hoffe natürlich, dass das für alle Ermächtigungsübertragungen gilt, dass sie dann, wenn sie übertragen werden, zweckgemäß ausgegeben werden im laufenden Haushaltsjahr, in das sie übertragen werden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir auch das zur Kenntnis.

10 Allgemeine Vorlagen

10.2 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages 0409/2023

Ich frage einmal nach Wortmeldungen. - Die gibt es nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.3 Verlängerung der Anmietung des Standortes Ringstr. 38-44 in 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von Geflüchteten 0922/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.4 Fahrplanwechsel 2023 - Einrichtung einer TaxiBus-Linie in Klettenberg 0811/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen.

(Zuruf von Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen: Wie Verkehrsausschuss!])



Ja, ja. So weit bin ich noch nicht. Ich warte noch auf Wortmeldungen. Diese gibt es aber nicht.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 2, bzw. Finanzausschuss, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.5 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18
Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 2 auf eine Nutzlänge von 60 m
2751/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 7 und Finanzausschuss, Anlage 8. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.6 Errichtung des Bildungsgangs "Fachoberschule Klasse 11 und 12 - Fahrzeugtechnik (Elektromobilität)" Fachrichtung Technik im Schwerpunkt Metalltechnik des Nicolaus-August-Otto-Berufskollegs (BK 18) zum Schuljahr 2023/24
0642/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.7 Beauftragung der Kölner Schulbaugesellschaft mbH mit dem Bau der Grundschule Friedenstraße, Köln-Porz
0059/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

(Zurufe: Stopp!)

Ja. Ach so: Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 3 und BV 7, Anlage 2.

Also: Gegenstimmen gibt es keine, aber DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

**10.8 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2024
0392/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.9 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2023/24
0624/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

**10.10 Schulrechtliche Änderung des Bildungsgangs "Fachschule für Fahrzeugtechnik" Schwerpunkt Elektromobilität am Nicolaus-August-Otto-Berufskollegs (BK 18) zum Schuljahr 2023/24 in die Tagesform
0677/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.11 Korrekturen zur Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte - Neubau / Erweiterung / Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer
(1356/2022)
1356/2022/1**

Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? - Keine.

(Zurufe von der LINKEN: Doch!)

Sie enthalten sich. DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

**10.12 Wirtschaftsplan 2023 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
1006/2023**

Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.13 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen
1056/2023**

Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Entschuldigen Sie, aber wir sind gerade vor Torschluss noch zu einer kurzen Besprechung zusammengekommen, und ich bitte um Ergänzung des Beschlusstextes. Ich lese einmal vor, wie wir ihn skizziert haben.

Der ausgewiesene Darlehensbetrag verringert sich um den Erlösbetrag der bei den Forderungsabtretungsverhandlungen aus dem Greensill-Verlust erzielten Betrag.



Denn der Greensill-Verlust ist eingepreist in den Gesamtwert. So hat uns Herr Wasserbauer informiert. Und wenn wir jetzt noch einmal 35, 40 Prozent von irgendeinem Unternehmen zurückerstattet bekommen, dann müssen wir das ihnen wieder gegenrechnen. - Danke.

(Zuruf von Jörn Detjen [DIE LINKE]: Bis das Geld da ist!)

Oberbürgermeisterin Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich erst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Das ist DIE FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. - Dann ist er abgelehnt.

Ich stimme jetzt über die Vorlage ab. Wer wünscht, gegen die Vorlage zu stimmen? - Das ist DIE FRAKTION. Und Frau Gabriel, ja. Entschuldigung. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE und die SPD-Fraktion enthalten sich. Dann ist so beschlossen.

10.14 Restitution von zwei Leuchtertischen aus dem Bestand des MAKK, Museum für Angewandte Kunst Köln 1155/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.15 Finanzierung der Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der Gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals 1232/2023

Wortmeldungen sehe ich von Frau von Bülow. Gibt es weitere Wortmeldungen? Sonst spricht jetzt erst Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Die Debatte dazu haben wir bereits im KUK geführt. Ich denke aber, angesichts der Verwirrungen über die Beschlussfassung im KUK möchten wir unseren Änderungsantrag, den wir da gestellt haben, jetzt einfach noch einmal auch im Rat stellen. Eine kleine Änderung gibt es diesmal. Wir haben noch einmal vorgeschlagen, dass die Mittel, die dafür benötigt werden, dass wir die Ziffer 1 ersetzen, dass wir sagen: Keine Mittel, die

für den Ebertplatz vorgesehen sind bzw. vorgesehen werden, dürfen herüberwandern zum Neumarkt. Wir möchten jetzt gerne, dass hierbei noch einmal vermerkt wird: Die Mittel für den Neumarkt sollen aus den Mitteln für den Kulturentwicklungsplan kommen. Da gab es einiges an Geldern, was noch zu verteilen ist. Wir halten es für eine gute Idee, das so zu machen und nicht die Gelder des politischen VN anzugreifen und umzuschichten. Insofern bitten wir darum, diesem Änderungsantrag jetzt zuzustimmen und dann der gesamten Vorlage, wie sie da ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag, den gerade Frau von Bülow noch einmal begründet hat, abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen, und ist in dem Fall auch ein Ersetzungsantrag.

Ich stimme noch einmal die Vorlage in geänderter Fassung ab. Wünscht jemand, dagegen zu stimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.16 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche mindestens einer Investorin oder eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes 0604/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich werde gleich abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 4 und Sportausschuss, Anlage 4. Ich möchte Ihnen noch zur Kenntnis geben, dass zu Variante 2 im so geänderten Beschlusstext die Größe der Turnhalle mindestens der Größe der Schule entsprechen muss. Herr Fuchsberger hat mir das auch erklärt. Sollte also eine achtzügige Gesamtschule realisiert werden, ist auch eine Sechsfach-Sporthalle notwendig. Die ist sozusagen in dem Paket.

So. Können wir jetzt darüber abstimmen? Also: wie Finanzausschuss, Anlage 4 und Sportausschuss, Anlage 4.

(Zuruf: Anlage 2!)



Nein, Anlage 2, höre ich gerade.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

(Zuruf von der LINKEN: Doch!)

DIE LINKE enthält sich. - Okay, dann ist so beschlossen.

10.17 Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit" 1354/2023

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

10.18 Aktualisierte Bedarfsfeststellung Unterbringungsplätze für Geflüchtete 1050/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Herr Erkelenz, Entschuldigung.

Martin Erkelenz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann sagen, hier handelt Köln auch im Sinne von Angela Merkel, die uns ja eben deshalb auch gelobt hat. Köln handelt und unternimmt alle Anstrengungen, um geflüchtete Menschen in unserer Stadt aufzunehmen. Das tun wir auch, um Unterbringung in Turnhallen zu verhindern. Derweil lässt uns aber der Bund gleich doppelt im Stich. Die Regierungskoalition verweigert uns trotz ansteigender Asylbewerberzahlen entsprechende finanzielle Unterstützung. Wir hatten in der letzten Ratssitzung etwas beschlossen, wo wir mehr Mittel brauchen. Ich denke, es sollten angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen, der steigenden Flüchtlingszahlen wieder mehr Mittel an die Kommunen weitergeleitet werden. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu 10.18? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.19 Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für den Abschluss der Corona-Pandemie 1413/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, herzlich willkommen! Sie können sich denken: Wir kommen nicht umhin, uns zum Thema „Abschluss der Coronapandemie“ zu melden.

Wir sind froh, dass Sie den Titel - nämlich Abschluss - gewählt haben. Wir sollten dringend einen Punkt machen. Wir sind der Meinung - wir haben es schon eingangs gesagt -, dass es hier eine fragwürdige Dringlichkeit ist. Wir fragen uns auch, wieso man nicht früher auf die Idee gekommen ist, die auslaufenden Verträge in der Ratssitzung - also knapp 15 Tage vorher - noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen, um diese zu verlängern. Wir sollten das Geld lieber und viel dringender locker machen, um die völlig überzogenen Maßnahmen, die wir auch in Köln hatten und die wir schon zum Thema hatten, aufzuarbeiten.

Herr Spahn, der frühere Gesundheitsminister, hat gesagt, dass wir einander viel verzeihen müssen. Der Meinung bin ich und sind wir nicht. Vielmehr sollten wir, also die Politik, gerade auch die Kölner Politik, Demut zeigen und die Bevölkerung, die wir mit diesen überzogenen Maßnahmen drangsaliert haben, um Verzeihung bitten. Es muss sich aufrichtig entschuldigt werden, auch hier im Kölner Stadtrat. Die Vorlage ist auch deswegen eine absolute Frechheit. Ich bin der festen Überzeugung, dass die in der Vorlage aufgeführten Tätigkeiten von dem bestehenden Personal des Gesundheitsamtes durchaus mindestens genauso gut ausgeführt werden können. Wenn das nicht der Fall sein sollte, Herr Dr. Rau, können Sie dazu vielleicht noch einmal Stellung beziehen. Ansonsten lehnen wir diesen Antrag natürlich ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gerne darüber abstimmen lassen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.



11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

**11.1 241. Änderung des Flächennutzungsplanes, "Alsdorfer Straße" in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld
hier: Feststellungsbeschluss
0391/2023**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie BV 4, Anlage 7.

Wünscht jemand dagegen zu stimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**12.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Deutz-Areal' in Köln-Mülheim
0350/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**12.3 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Euroforum Nord und Euroforum West' in Köln-Mülheim
0376/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**12.4 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Lindgens-Areal' in Köln-Mülheim
0377/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist auch hier so beschlossen.

**12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 66509/10
Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch
0899/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Ist so beschlossen.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

**16.1 287. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0956/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Ist so beschlossen.

17 Gremienbesetzungen

**17.1 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates
0885/2023**

Gibt es Gegenstimmen? Frau Gabriel hat irgendwas gestimmt. Bei 16.1 dagegen gestimmt? - Danke. Und DIE FRAKTION auch. Okay. Gut. Können wir, bitte sehr, konzentriert die Sitzung weiterführen? Das wäre schön.

17.1: Wünscht jemand dagegen zu stimmen oder sich zu enthalten? Dagegen zu stimmen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.2 Bestellung eines neuen Mitglieds für den Beirat der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025
1119/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
1217/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines stellvertretenden Sachkundigen Bürgers im Jugendhilfeausschuss"
AN/0787/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

**17.5 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Unterausschuss Wohnen"
AN/0791/2023**



Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

17.6 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden" AN/0793/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

17.7 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates 1073/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Bestellung einer Sachkundigen Bürgerin mit beratender Stimme im Unterausschuss Wohnen" AN/0887/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung Stadtentwicklungsausschuss" AN/0903/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Liegenschaftsausschuss" AN/0926/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

17.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Bauausschuss" AN/0924/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Gremienbesetzung" AN/0922/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

Hier haben wir keine Eil- oder Dringlichkeitsentscheidungen zu genehmigen, deswegen würde ich gerne die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Schluss: 20.13 Uhr)